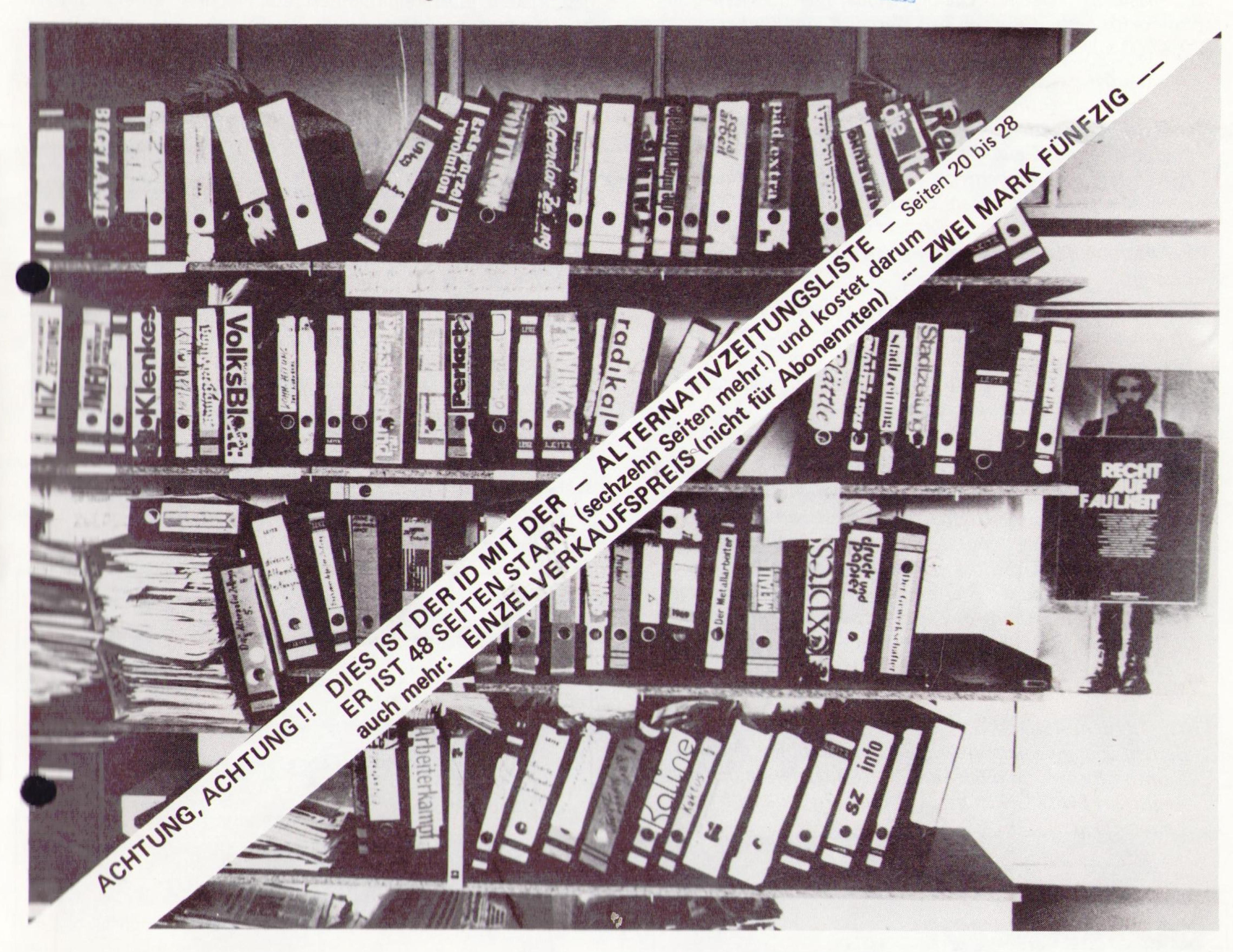
Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 254 4. November 1978
Redaktionsschluss: Donnerstag 16 Uhr
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon: 0611 / 704 352
Druck: Druckladen GmbH. Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90



Die Fortsetzung der ID–Bibliographie aus der Nr. 253 befindet sich auf der Seite 35

Die lange erwartete Alternativzeitungsadressenliste (Uff, der Composer) findet der geneigte Leser auf den Seiten 20,21,22,23,24,25,26,27,28

Hausmitteilung:	**Wie über den Betrieb schreiben ?**	1
Köln:	Alle wollen zu Fuß nach Bonn	3
Köln:	Freispruch im 2. Thieu-Prozeß	37
Hamburg:	Presseerklärung der Mieterinitiativen	37
Frankfurt:	Indianerdelegation 79	39
Karlsruhe:	Autonomes Jugendzentrum hat Ärger	4
Frankfurt:	Neues vom Abendgymnasium	38

Knast und Prozesse

Schwalmstadt:	Herbert Soffel in Lebensgefahr	3
Berlin:	Muß Drenkmann-Lorenz-Prozeß wiederholt werden?	4
Hamburg:	Werner Hoppe ist haftunfähig	5
Berlin:	„Blitzlicht" im Knast	5
Troisdorf:	Verhaftungen in der Straßenbesetzer-Affäre	6
Hannover:	Grohnde-Prozeß gegen Karl Winter	6
Freiburg:	Rhinozerosse gefährden die Anstalt	
Freiburg:	Rhinozerosse gefährden die Anstalt	7
Berlin:	Umschluß für Günter Sonnenberg	7
Münster:	Feiling: Im Prinzip ein freier Mann	7
Münster:	Zum Prozess gegen Professor Sigrist: Die BRD ist keine Bestie, sie ist nur beleidigt	9
Hamburg:	Rechtsanwälten droht Berufsverbot	11

Fortsetzung des Inhaltsverzeichnisses auf der Rückseite

WAS ALLES LIEGENBLIEB

Wir haben diesmal zwar 48 Seiten gemacht (deshalb kostet dieser ID im Buchladen, nicht für Abonnenten, eine Mark mehr), doch noch immer sind druckfertige Artikel liegengeblieben, so:

Über die „Neue" der Leitartikel einer Informationsschrift, die das „Aktionskomitee Menschenrechte für die Vierte Welt" und Mitarbeiter der „Gesellschaft für bedrohte Völker" herausgegeben haben. Darin wird die Finanzierung und die Veröffentlichungspraxis der beiden Träger der „Neuen", des „Berliner Extradienstes" und des „Dritte Welt Magazins" kritisiert. Die Schrift kann für 50 Pfennig (plus Porto) bestellt werden bei: Werner Kron, Winkelstr. 8/9, 4400 Münster.

Auszüge aus einer Rede von Klaus Croissant vom 16.10., die sich im wesentlichen auf die Position des Staates gegenüber der RAF beziehen, auf die von ihm erfahrene Absicht, die Identität der Gefangenen zu brechen, auf die Notwendigkeit für die Gefangenen, diese politische Identität aufrechtzuerhalten und deren Entscheidung, eine politische Verteidigung zu führen. Außerdem äußert sich Croissant zur Position des Verteidigers im Verhältnis zu den Angeklagten.

Eine 30 Jahre alte Frau berichtet von ihrer Festnahme als vermeintliche Terroristin. Hamburger Jungdemokraten schildern ihre Festnahme und Verschleppung durch die Polizei am 18. Oktober. Ein Lehrling berichtet über seine Begegnung mit Schwarzen Listen.

Ein Interview mit einem schwulen Betriebsrat - das Gedächtnisprotokoll eines Antragstellers beim Sozialamt - die Erklärung der Initiativgruppe für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum Siegen, deren Straßenfest von der Polizei niedergeknüppelt wurde - Bericht vom Prozeß gegen fünf Jugendliche aus Troisdorf, die im vergangenen Jahr eine Straße besetzt und ein Bierfest gefeiert hatten - Selbstdarstellung des Info-Dienstes über Alternativprojekte (c/o Rolf Reisinger, Schützenstr. 98, 5600 Wuppertal 2) - Aufruf zum Aufbau einer freien Landschule (c/o Wolfgang Below, Untere Jakobsmauer 9, 8900 Ausgburg).

Aus dem Ausland:
Bericht über eine neue Bewegung in Kolumbien mit dem Namen „Firmes" und über die Zerstörung der beiden norwegischen Flüsse Orkla und Alta durch hydro-elektrische Entwicklung.

Hausmitteilung

MASKEN UND GESICHTER
oder: Wie über den Betrieb schreiben?

FRANKFURT 2. November Wir wollen mehr darüber veröffentlichen, was hier im ID mit Informationen passiert, haben wir mal versprochen. Hier ist ein Beispiel. Die Leute, die regelmäßig Nachrichten aus der „Arbeits"welt (und immer häufiger auch der Arbeitslosenwelt) brüten, haben sich vor kurzem zusammengesetzt. Wir haben uns klarzumachen versucht, was in unseren eigenen Köpfen abläuft, wenn uns Betriebsberichte auf den Tisch flattern. Detlev hat es zusammengeschrieben; es ist kein Manifest, auch nicht allein eine Beschimpfung, sondern ein Diskussionsvorschlag für uns und die Benutzer des ID.

Public-Relation-Köpfe und Wortlose

Neben den Nachrichten, die in den bürgerlichen Medien nicht erscheinen, gibt es noch eine Menge Nachrichten, die auch in den Stadt- und Betriebszeitungen und erst recht im ID unterbleiben. Es sind dies Nachrichten über Dinge, die jeden Tag vorkommen.

Soviel kann ja jeder sagen. Die Frage ist nur, inwiefern ausgerechnet der ID ein Organ ist, dies zu ändern.

Am Anfang, noch vor drei Jahren, dachten wir, die Bewegung der Ausländer, der Frauen und Arbeitslosen, der gewerkschaftsoppositionellen Gruppen sei von einem Schwall von Aufrufen und Berichten, Kontaktadressen und Analysen begleitet, die wir nur abzudrucken brauchen, und ein Zusammenhang stellt sich her. Daß es dann kein Schwall war, sondern ein Rinnsal, verunsicherte uns noch nicht. Mit der Zeit fließen viele Rinnsale zusammen; und Kämpfe, die überall vorkommen, brauchen nicht unbedingt alle beschrieben zu werden; sie sind als einzelne verständlich. Auch daß wir vor allem von Leuten was geschickt

Fritz Teufel — 1ooo Berlin, JVA Moabit

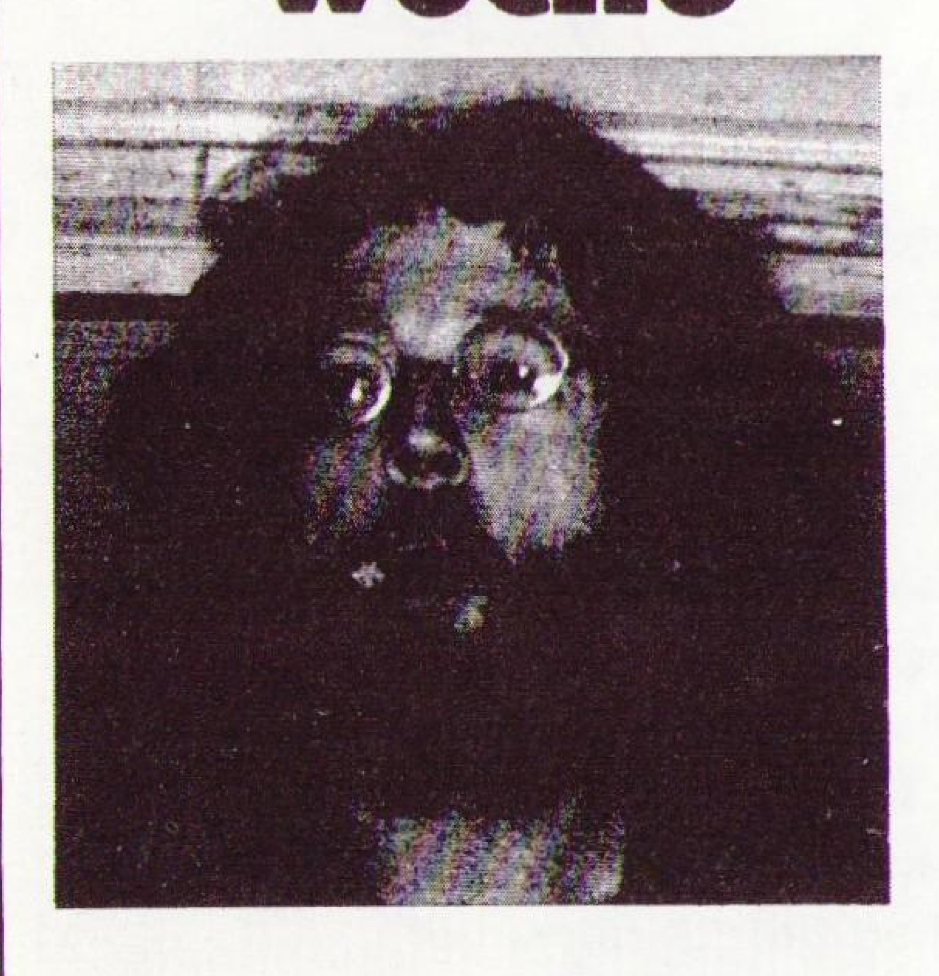
Redaktion "Rote Fahne"
Kamekestr. 19
5ooo Köln

Betrifft:
Eure Forderung "Heraus zum 1.Mai".

Mir ist auch jedes andere Datum recht.

Teufel

aussteiger der woche



Nachdem auf der Titelseite des ID NR. 248 der hier noch einmal abgebildete Brief von Fritz Teufel an die Rote Fahne veröffentlicht wurde, jetzt ein Bericht aus dem Stern dazu:
Fritz Teufel, 34, Ex-Kommunarde und als angeblicher Lorenz-Entführer in der Berliner Haftanstalt Moabit in Untersuchungshaft, fand wieder einmal Beachtung durch Beamte des Bundeskriminalamtes. Die Fahnder waren durch eine Meldung im Frankfurter „ Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" aufgeschreckt worden. Die Sponti-Postille hatte ein Telegramm abgedruckt, das Fritz Teufel an das KPD-Organ „Rote Fahne" geschickt hatte: ‚Betrifft: eure Forderung 'Heraus zum 1. Mai' . Mir ist auch jedes andere Datum recht. Teufel'. Die Terrorismusabteilung (TE) des BKA schenkte dem Jux-Telegramm prompt Glauben. Todernst warnte Terroristenfahnder Rainer Hofmeyer die Berliner Justiz vor einem Teufels-Streich: „ Es wird gebeten, sich möglicher Weise ergebende Maßnahmen mit eigenen Mitteln und Kräften durchzuführen und ggf. BKA (TE) nachrichtlich zu beteiligen.

bekamen, die in ihrem Kopf oder in einer Ecke ihres Büros eine kleine Public-Relations-Abteilung unterhalten, also von Anwälten in Arbeitsgerichtsprozessen, gewerkschaftsoppositionellen Gruppen, Parteien und Initiativen, die einen Aufruf veröffentlichen wollen: auch daß machte uns, für sich genommen, noch keine Bauchschmerzen. Wir haben uns — vielleicht bißchen entgegen dem offiziellen Selbstverständnis des ID — immer genügend als Reporter verstanden, um zu einem eingeschickten Flugblatt, zu einer Presseerklärung die Vorgeschichte zu recherchieren zu wollen (es gelang uns zu selten).

Wir haben auch immer eingesehen, daß wir die Interviews über den sogenannten betrieblichen Alltag machen müssen, mit Leuten, die keine Public-Relations-Abteilung haben. Gerade bei solchen Interviews machten wir aber die bedenkenswertesten Erfahrungen.

Wenn das Tonband aus war, hörten sich die Geschichten immer ganz anders an. Die tägliche Unterdrückung im Betrieb, die Konkurrenz, die Familienpläne und die Pläne, sich selbständig zu machen, die Liebesbeziehungen, der Kleinkrieg mit den Kollegen, die Haßlieben zu dem je konkreten Klassenfeind machten einen viel größeren Platz aus. Dier Ereignisse haben lange Vorgeschichten und sie haben eine lange Nachgeschichte, in der sie [illegible]t wieder unwichtig werden.

Sobald aber das Interview anfängt, setzt die andere Sprache ein: Die Kollegen sind „einmütig empört", die Gewerkschaftsbonzen „können ihre Machenschaften nicht länger verbergen". Die Küngeleien zwischen Stadt-Verwaltung, Unternehmern und Gewerkschaftsfunktionären sind „offenbar". Der Florian sagt immer: keiner hat mehr ein Gesicht. Alle sind in diesen Berichten Masken geworden. Und wir treten an und schminken den Masken mit einigen individuellen Zügen — Stimmungsbilder, Anekdoten — wieder „Gesichter" auf.

Dabei hatten sich die Kollegen gerade ungeheuer angestrengt, in den sehr persönlichen Zügen die allgemein bekannte Fratze des Gewerkschaftsbonzen herauszuoperieren — wie rechtfertigen wir unsere Anstrengungen in umgekehrter Richtung? Die erste Begründung, die wir gegeben haben, war die mit den ID-Lesern: die würden sich in den Betrieben nicht auskennen, wollten sich was Konkretes vorstellen können, nicht immer dasselbe lesen etc. Schließlich sei es das Hauptverdienst des ID, daß er Nachrichten aus den Betrieben in die linke Scene trüge. Daß wir damit die ID-Leser falsch eingeschätzt haben, dazu später [illegible]h mehr. Der wichtigste Irrtum war wahrscheinlich, daß wir das Problem für ein Darstellungsproblem hielten. Irgendwie sahen wir uns wahrscheinlich in der Rolle von Literaten: die gewöhnlichen Ereignisse in den Betrieben waren den Kollegen so selbstverständlich geworden, die Selbstzensur bei der Abfassung von Erklärungen dermaßen stark auf Geschlossenheit sichernde Formeln ausgerichtet, daß es des fremden Blicks eines Reporters zu bedürfen schien, um in Interviews mit den „Betroffenen" die Vieldeutigkeit der realen Situation wieder herzustellen. Anders als die Nachrichtenteile der Zeitungen hatten die Feuilletons und die Kunst immer ein Recht auf die sehr persönliche Darstellung gewöhnlicher Zustände und Ereignisse. So läßt sich auch der ID vorstellen: als eine Folge von Presseerklärungen, Aufrufen und Feuilletons, in denen ID-Reporter ihre Bildungserlebnisse bei Besuchen in der Arbeitswelt dokumentieren.

Neue Berichte über Menschen?

Ist mehr nicht drin? In Wirklichkeit reden die Kollegen sehr viel über die Vorgeschichte und die Nachgeschichte von Kämpfen, ihre Zusammenhänge und Auswirkungen, die Stimmungen und die persönlichen Beziehungen, und zwar immer dann, wenn eine Aktion vorbei ist oder vorbereitet wird: nur der ID ist von diesen Phasen des Nachdenkens ausgeschlossen. Und auf die Phase der Presseerklärungen und Aufrufe beschränkt. Aufrufe und Presseerklärungen haben aber eine ganz andere Funktion als Berichte, in denen sich die Betroffenen über sich selber klar werden. So findet man im ID ein Flugblatt mit kurzer Erklärung aller Eigennamen, aber was danach geschah, sucht mensch vergeblich im nächsten ID. Selbst bei Volvo gelang es uns nicht, nachdem wir über die spektakuläre Arbeitsverweigerung in der Tarifrunde 1976 viel geschrieben hatten, von der nächsten Tarifrunde, die recht anders war, etwas in den ID zu bekommen. Der ID erscheint so als eine Reihe von Presse-Erklärungen zu scheinbar wie zufällig aufgegriffenen Revolten, über deren Vorgeschichte und Folgen mensch nichts hört. Vielleicht dachten wir vor drei Jahren, die Bewegungen der Frauen und Arbeitslosen, der gewerkschaftsoppositionellen Gruppen und der Ausländer seien uns so vertraut und klar in ihrer Perspektive, daß wir zu jedem abgedruckten Flugblatt die dazugehörige Geschichte aus dem Hinterkopf rekonstruieren könnten. Inzwischen kommt es uns selbst aber etwas spanisch vor, was da in unseren Hinterköpfen liegt. Ohne solchen Kontext aber bekommen die ID-Presseerklärungen etwas seltsam Unwirkliches; daß immer dieselben Begriffe gebraucht werden, erscheint nicht als Ausdruck von Übereinstimmung, sondern von Sprachlosigkeit: eine dünne Eisdecke von Formeln, und niemand kann sich getrauen, sie aufzubrechen.

Einige sind dafür, einfach den Einsender eines Flugblatts anzurufen oder aufzusuchen und zu sagen, schreibt mal was oder erzählt was über Euren Hintergrund und Eure Pläne. Manche könnten sich eher vorstellen, daß Analysen über betriebliche Strategien, Arbeitsmarktbewegungen usw. solche Berichte hervorlocken, daß solche Analysen es für die „Betroffenen" erst sinnvoll machen Überlegungen aus den Nachdenkphasen im ID zu veröffentlichen. Sie stünden dann nicht mehr so beliebig im Raum. Der ID würde jedenfalls (zumindest seitenweise) ein Magazin der Betroffenen. Je mehr sich das „Magazin" füllt, desto mehr müßte auch die Auswahl der Nachrichten, die bisher die die Verantwortung der Einsender fällt, von uns gerechtfertigt werden.



Finden sich die heutigen Betriebs-Freaks nicht „politisch"?

Zum Schluß noch was über die Leser. Wie oben gesagt, tun wir immer so, als kennte die linke Scene den Betrieb nur von außen. Dabei waren bestimmt in der Phase des Betriebsinterventionismus nicht halb soviel Genossen in den Büros und Betrieben wie heute. Es gehört zu den größten Merkwürdigkeiten, daß diese Mitglieder des stabilen und instabilen Arbeitsmarktes im ID kaum vorkommen; und das ist nicht erst seit dem deutschen Herbst so.

Jetzt kommt ein Appell: Schreibt, ruft an, laßt euch was einfallen, stiftet Verwirrung auf allen Maskenbällen, ob sie Betrieb, Arbeitsamt, oder ID – Stichwort BETRIEB heißen.

Und auch diese Woche wieder: Neues aus dem Bilderdienst.

Wir haben mit den Schülern des Frankfurter Abendgymnasiums zusammen eine Postkartenserie mit 12 Fotos aus der Flut der Bilder die bei diesem Konflikt bis jetzt entstanden sind gemacht. Ihr könnt diese Postkartenserie für 3.-DM + Versandkosten bei uns bestellen, das Geld, was wir dabei einnehmen geht an die AGler. Die machen auch noch eine große Bilderausstellung, wer Interesse daran hat, daß sie auch außerhalb Frankfurts gezeigt werden kann, soll sich auch bei uns melden.

Alle wollen zu Fuß nach Bonn

LEUTE, WAS BIN ICH GLÜCKLICH DA DRÜBER

KÖLN
25. Oktober

Liebe Leute vom ID!

Das ist ja stark, daß ihr meinen offenen Brief gleich abgedruckt habt! Und ihr haltet es nicht für möglich: das Echo ist riesengroß! Nun hab ich mir in der letzten Zeit überlegt, was mensch mit den vielen Briefen machen soll, abgesehen davon, daß ich sie natürlich persönlich beantworte. Aber irgendwie sind das ja nun nicht nur persönliche Briefe an mich, sondern ich kann mir ganz gut vorstellen, daß andere Leute auch brennend gern wissen wollen, was andere Leute so darüber denken, sagen, schreiben. Und das geht am besten wieder über den ID. Drum hab ich mal ein paar halbwegs abgeschrieben mit der Bitte an euch, sie zu veröffentlichen. Und noch eins: wenn das Wetter in diesem Jahr wunderbarerweise doch noch schön werden sollte, haben wir Kölner Straßenmusiker vor, hier in Köln unser längst fälliges Straßenmusikertreffen, (international, intercitynal und nicht nur Straßenmusiker meine ich!) zu organisieren, zumal der Druck von oben (d.h. der Druck der Ordnungsämter und -hüter, sowie der dreckigen Geschäftemacher der „Einkaufsparadiese") auf unsere ziemlich zahlreiche Straßenmusikergilde immer stärker und abgefeimter wird, besonders im letzten halben Jahr.

Also hier ein paar Briefe (z.T. auszugsweise):

(Auf dem Briefumschlag: Auf nach Bonn)
Heute wurde mir das Frühstück ganz schön versüßt. Ich las im ID deinen offenen Brief und wurde furchtbar angetörnt. Die IDee mit dem Spaziergang nach Bonn ist die beste seit Tunix. Wir können dort endlich zeigen, daß es uns noch gibt und das nicht nur in verrauchten Säälen, sondern auf den Straßen, den Feldwegen, in den Gassen der Dörfer und den Prachtalleen der Städte. Als ich den Brief las, bzw. ich las ihn mit Petra, meiner Freundin, malten wir uns aus, wie dieses Spektakel aussehen könnte und welche Wirkung es auf die Menschen machen würde die immer mehr resignieren und sich von nichts mehr aufreißen lassen. ... Stell dir vor: Alle Marschierer treffen sich am 1. Mai in Bonn und machen dort die phantastischste 1.Mai-Demonstration des Jahrhunderts und die grauen Straßen des politischen big business bunt und laut. Mir wirds ganz warm ums Herz beim bloßen Gedanken daran. Petra auch. ...Für Mainz und Wiesbaden werde ich unsere Gruppe, die Regionalgruppe zur linken Tageszeitung, versuchen anzumachen an diesem Projekt mitzumachen und Vorbereitungen zu treffen um auch von hier Kreuzritter und Kreuzritterinnen auf den Weg nach Bonn in Gang setzen und zudem andere Züge in unseren Städten willkommen zu heißen. Mit dem entsprechenden tohuwabohu.
... Horst Laubis, Emserstr. 59, 6200 Wiesbaden. (17.10.1978)

(Abs.: Finanzamt. Sag mir, wo die Blumen sind? ?)
... Meine Meinung? Astreeejn, ich mache mit. ... Tja, 2 Jahre H und 5 Klapsen vorher noch 2 Erziehungsheime und nachher ne Therapie wo ich rausgeflogen bin, haben mich also heute zum ID-Leser und Anarch gemacht,. (Fixen habe ich mir seit 1 1/2 Jahren abgewöhnt.) Das Vögelchen Claudia, aus wohlerzogenem Hause fiel aus dem Nest un bekam Prellung, sowohl ging ihm die rosa Brille verloren. Es hat festgestellt, daß mensch anders auch sehen kann, wirklich sehen und nach Jahren selbstmitleidiger Träumereien will es kämpfen. Wofür? H. Hesse: Ich wollte doch nur das Leben was von selbst aus mir heraus wollte. Warum war das so schwer? ...
(Claudia Reifenrath, Rhönring 95, 6100 Darmstadt) (23.10.78)

Was du im ID schreibst ist schön, aber wir haben mit dem Zug des rollenden Anti-Atom-Dorfes aus Grohnde nach Kalkar etwas ähnliches gemacht, wobei wir jedoch nicht an Zahl zunahmen! Wir kamen an, aber das was wir an Solidarität erfuhren reichte nicht zum mitmarschieren. Laß dich nicht davon entmutigen!!
(Claus Berlage, Steinhorster Str. 30, 4795 Dellbrück) (23.10.)

... wir sind dabei beim Marsch, nur kann ich mir noch nicht so recht vorstellen, daß Bonn das Ziel sein soll – too much Häuser und Autos. Warum nicht irgend ne riesige Wiese (Hütten zimmern, Tipis und Zelte und DABLEIBEN! Freistaat olé. ... Alles klar, sorge für Veröffentlichung im Holy Flip oder wo. Oh!
(Laufi, Kunstmühle, Bäckergasse 2, 8620 Lichtenfels) (22.10.)

Junge, Junge! Wir gehen unwahrscheinlich gerne LOS – MIT – WEG – WEITER + WEITER. Am besten im Sommer. ... Es juckt uns ganz gewaltig (auch längerfristig gesehen ein stabiler Reiz). Soweit und liebes
(Helga Schmidt-Osthof, Herrenberger Str. 96, 7400 Tübingen) (16.10.)



So liebe Leute, das w[...] für heute. Wenn das so weitergeht, dann heben wir doch das System aus den Angeln, wenn sie auch noch so gut geschmiert sind. Leute, was bin ich glücklich drüber! Herzliche Grüße,
Klaus.
Kontakt:
Klaus der Geiger,
Mainzer Str.27
5 Köln 1

HERBERT SOFFEL WEITER IN LEBENSGEFAHR

Schwalmstadt/Kassel
2. November

In der Nacht vom 29. auf den 30. Oktober hatte Herbert Soffel eine Nierenkolik, wodurch sich sein Gesundheitszustand noch weiter verschlechterte (siehe auch ID 253, letzte Woche). Der Antrag auf Haftentlassung ist noch nicht entschieden. Weitere Informationen über:
Rechtsanwalt Horst Korte, Kassel, Tel.0561/77 865

W 68 – AUTONOMES JUGENZENTRUM IN KARLSRUHE HAT ÄRGER WEGEN SCHWULEN–FEST

Karlsruhe 30.10.78 *Folgendes stammt aus einer Presseerklärung der W 68 und dem W 68 - Info, Nr. 4:*

"Die W 68 im Mühlberger BAhnhof ist das Ergebnis eines langen Kampfes der Jugendlichen in Karlsruhe für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung. Dieses Ziel wurde 1974 mit damaliger Unterstützung des Stadtjugendausschusses erreicht, dem, wie es in den rechtlichen Grundlagen des Stadtjugendausschusses heißt, "die Stadt Karlsruhe die Erledigung der Geschäfte bezüglich der Jugendpflege im Stadtkreis Karlsruhe übertragen hat."

Von Anfang an war die Politik des Stadtjugendausschusses unter Kurt Roth darauf gerichtet, die W 68 der "offenen" Juguendarbeit des Stadtjugendausschusses zu unterwerfen und damit die Selbstverwaltung der W 68 durch die Jugendlichen zu untergraben. Als Grundlage diente ihm dabei die materielle Abhängigkeit der W 68 von der Stadt.

Es gab schon öfter Auseinandersetzungen um die Autonomie der W 68, z.B.:

– 1974 sollte ein Sozialarbeiter eingestellt werden. Es wurden dann zwei hauptamtliche, von der W 68 gewählte, Mitarbeiter durchgesetzt;

– Eine Portugal-Veranstaltung wurde nach dem Verbot ausserhalb der W 68 abgehalten, trotzdem folgten Repressalien;

– Etatkürzung: was zur Folge hatte, daß die Mitarbeiter wieder entlassen werden mußten.

Dennoch ist es dem Stadtjugendausschuß nicht gelungen, unsere Selbstverwaltung in der W 68 zu zerstören. Wie sehr der Stadt diese selbständige Politik im Magen liegt, sieht man daran, wie sie die Arbeitskreise angreift. Z.B. wird die Stadtzeitung wegen Beleidigung verklagt. Die Schwulengruppe und das von ihr organisierte Fest sollen schließlich der erneute Grund sein, die W 68 zu schließen.

Diese Angriffe sind nicht zufällig, sondern berechnet und zielen darauf insgesamt ab, unsere selbständige Politik gegen Unterdrückung jeder Art zu verhindern. Dabei steht der Stadt die W 68 als Möglichkeit, uns für unsere Interessen zusammenzuschließen, im Weg.

PRESSEERKLÄRUNG

"Seit April 1978 ist die Gruppe Schwuler Frühling/HAK durch Vollversammlungsbeschluß ordentliche Aktionsgruppe der Werkstatt 68. Diese Gruppe plante für den 13.10.78 ein Schwules Film Fest, welches unter Androhung der fristlosen Kündigung der Räume der W 68 in der Fliederstraße vom STadtjugendausschuß (STJA) verboten wurde. Die außerordentliche Vollversammlung am 12.10. beschloß einstimmig, trotz der Verbote und der angedrohten fristlosen Kündigung das Schwule Film Fest durchzuführen, und die Einmischung in die Angelegenheiten eines autonomen Jugendzentrums in Selbstverwaltung als unzulässig zurückzuweisen. Das Schwule Film Fest fand statt und war ein voller Erfolg.

Am Dienstag erfuhren wir durch die Medien von der fristlosen Kündigung durch den STJA. Die schriftliche Kündigung erhielten wir allerdings erst am Donnerstag. Bis zum 25.10. sollen wir die W 68 räumen, doch wir werden weiter in der W 68 bleiben und machen am Mittwochabend (25.10.) ein großes Fest, auf dem wir all das machen, was uns Spaß macht. Wir werden den Kampf auf rechtlicher Ebene um unser autonomes Jugendzentrum in Selbstverwaltung W 68 führe. Für den STJA war die Durchführung des Schwulen Film Festes und die Existenz der Gruppe Schwuler Frühling in der W 68 ein willkommener Anlaß, die W 68 zuzumachen. Der STJA wagte diesen Schritt in der Hoffnung auf Unterstützung durch die schwulenfeindliche Stimmung in breiten Teilen der Öffentlichkeit.

Seit 1972 versucht der STJA die Selbstverwaltung durch nach und nach erpreßte "Vereinbarungen" aufzuheben. Dies alles geschieht in einem Klima ständig wachsender Repression gegen Initiativen, die die bestehende Gesellschaftsordnung und ihre Auswirkungen kritisieren und Alternativen dazu entwickeln.

Ein weiterer Aspekt dieser Repression ist das Verbot des Schwulen Film Festes und daß der Gruppe Schwuler Frühling untersagt wird, sich in den Räumen der W 68 zu treffen. Dies wird mit angeblicher Kinder- und Jugendgefährdung begründet. Hier kommt zum Ausdruck, daß Homosexualität nicht als gleichwertige Form menschlicher Sexualität angesehen wird. Die neuere Sozial- und Sexualwissenschaft haben jedoch bewiesen, daß man zu nichts "verführt" werden kann, was nicht ohnehin latent vorhanden ist.

In dem autonomen Jugendzentrum in Selbstverwaltung W 68 haben Schwule die Möglichkeit ohne Diskriminierung sich für den Kampf um ihre Rechte zu organisieren, wogegen der STJA und die Stadt Karlsruhe versuchen, Schwule in die Dunkelheit der Nacht mit ihren unmenschlichen Ghettos zurückzudrängen. Wir nehmen die ständige Einmischung und die Kontrollversuche durch den STJA nicht mehr hin und wollen als das akzeptiert werden, was wir sind, ein autonomes Jugendzentrum in Selbstverwaltung. Wir werden den Kampf gegen Schwulenunterdrückung und den Kampf um das autonome Jugendzentrum in Selbstverwaltung W 68 weiterführen! Wir rufen zu Solidarität und Spenden auf. **Soendenkonto: PSK Karlsruhe 97 111 - 755.** Einstimmig beschlossen auf der Vollversammlung der W 68 am 22.10.78."

MUSS DER DRENKMANN–LORENZ–PROZESS WIEDERHOLT WERDEN?

Berlin 1.11.78 *Vom Prozeß-Büro, c/o Claus Hebler, Postfach 4045, 1000 Berlin 30, kommt der folgende Bericht zum Lorenz-Drenkmann-Prozeß:*

"Rechtsanwalt Schöndienst schickte an seinen Mandanten Ronald Fritzsch die 'Prozeßdepesche Nr. 8' (ein regelmäßig erscheinendes Bulletin zu diesem Prozeß) als Verteidigerpost. Dieser Brief wird nach der Kontrolle mit der Begründung, der Inhalt könnte Aggressionen bei dem Gefangenen hervorrufen, nicht weitergeleitet. Rechtsanwalt Schöndienst legte gegen diesen Entscheid Beschwerde ein. Über diese Beschwerde entschieden 3 Richter (Geus, Weiß, Bauer); sie alle sind Mitglieder des 1. Strafsenats des Kammergerichts, der zur Zeit den Lorenz-Drenkmann-Prozeß führt. Rechtsanwalt Schöndienst stellte gegen diese 3 Richter einen Befangenheitsantrag, der aber von diesem Gericht als unbegründet abgelehnt wird.

Man erinnere sich: vor einiger Zeit durfte Verteidigerpost überhaupt nicht geöffnet oder kontrolliert werden, dann wurde aufgrund der nie bewiesenen Behauptung, Anwälte würden Waffen und Kassiber in die Gefängnisse schmuggeln, der § 148 der Strafprozeßordnung geändert. Durch diese Änderung wurde die Verteidigertätigkeit dahingehend eingeschränkt, daß

der Briefwechsel zwischen Anwälten und Gefangenen durch einen sogenannten Überwachungsrichter kontrolliert wird. Um einen minimalen Schutz für die Möglichkeit einer Verteidigungsvorbereitung zu gewährleisten, hat der Gesetzgeber in § 148a, Abs. 2 folgendes festgelegt:

„Der Richter, der mit Überwachungsmaßnahmen betraut ist, darf mit dem Gegenstand der Untersuchung weder befaßt SEIN, noch befaßt WERDEN. Der Richter hat über Kenntnisse, die er bei der Überwachung erlangt, Verschwiegenheit zu bewahren."

Das heißt in diesem Fall: weil die 3 abgelehnten Richter Geus, Weiß und Bauer Verteidigerpost gelesen haben, dürfen sie deshalb nie wieder mit der Sache – also mit dem Prozeß – befaßt werden. Das bedeutet, sie müssen jetzt ausgeschlossen werden. Da besteht nach dem Gesetz überhaupt kein Spielraum. Alles klassischen Kommentare der Strafprozeßordnung sind sich einig, daß auch in der Beschwerdeinstanz – wie in diesem Fall – das sachlich zuständige Gericht – also der 1. Strafsenat – nicht über eine Beschwerde entscheiden darf, denn um darüber zu entscheiden zu können, muß es die Verteidigerpost lesen. Der prozeßführende Senat hätte noch nicht einmal erfahren dürfen, daß Verteidigerpost angehalten worden ist. Aus diesen Gründen lehnte Rechtsanwalt Schöndienst die Richter ab.

Das kann den 1. Strafsenat aber überhaupt nicht erschüttern. Er fegte diesen minimalen Rechtsschutz für die Verteidigung eines Angeklagten mit der folgenden Begründung vom Tisch und verschafft sich so das Recht, Einblick in den Briefwechsel zwischen Gefangenem und Verteidiger zu nehmen:

– die neue Gesetzgebung sei "unklar und lückenhaft", das Gericht hält sich deshalb für zuständig, über die Beschwerde von Rechtsanwalt Schöndienst zu entscheiden und außerdem

– drehen sie den Spieß um und werfen Rechtsanwalt Schöndienst vor: ". . . handelt es sich hierbei um den standeswidrigen Versuch des Verteidigers, durch Mißbrauch des Verkehrsrechts die normale Postkontrolle zu umgehen."

Da diese Entscheidung des 1. Strafsenats eindeutig gegen den § 148a StPO verstößt, wäre diese Entscheidung ein stichfester Revisionsgrund. Da aber dieses Gericht nichts mehr fürchtet als eine Revision, ist nicht auszuschließen, daß der 1. Strafsenat in Absprache mit dem über die Revision entscheidenden Senat diese Entscheidung getroffen hat, wie es einst Richter Prinzing im Stammheimer Verfahren zu tun pflegte. Es bewahrheitet sich einmal mehr der Ausspruch von Rechtsanwalt Hannover: **"Klassenjustiz stolpert nicht über die Fäden der Strafprozeßordnung."**

WERNER HOPPE IST NACH ÄRZTLICHEM GUTACHTEN HAFTUNFÄHIG

Hamburg 31.10.78 *Werner Hoppe, der seit 1971 in Einzelhaft sitzt (er wurde wegen Mitgliedschaft in der RAF zu zehn Jahren Knast verurteilt), geht es sehr schlecht (siehe auch ID 243, 246). Nachdem er bis auf 50 Kilogramm abgemagert war, wurden ärztliche Untersuchungen für Werner Hoppe möglich. Anfang September 1978 wurde er in ein Krankenhaus verlegt. Wir veröffentlichen eine Pressemitteilung des Hamburger Rechtsanwalts Uwe Maeffert, Bahrenfelder Str. 93, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 16 15:*

"Der vom Strafvollzugsamt beauftragte Gutachter Prof. Dr. Wilfried Rasch vom Institut für Forensische Psychiatrie der Universität Berlin hat in einem Gutachten vom 25.1078 festgestellt:

'Bei Hoppe liegt Haftunfähigkeit vor, da der weitere Vollzug der Strafhaft aus den eingehend dargelegten Gründen sowohl unter den Bedingungen des Regelvollzugs wie auch eines Gefängniskrankenhauses die Besorgnis naher Lebensgefahr begründen würde.'

Dieses Gutachten ist im Zusammenhang mit dem von uns für W. Hoppe gestellten Haftentlassungsantrag vom 4.9.78 erstattet worden. W. Hoppe befindet sich seit diesem Tag auf der Intensivstation des Allgemeinen Krankenhauses Altona. Sein gegenwärtiger Gesundheitszustand ist Folge siebenjähriger Isolationshaft, die der Gutachter Rasch als "weit überdurchschnittlich belastende Haftbedingungen" bezeichnet. Die Staatsanwaltschaft wird jetzt über die Haftentlassung entscheiden müssen. Es gibt Anzeichen dafür, daß dabei politische Kräfte sich über das Gutachten hinwegsetzen wollen."

"BLITZLICHT" IM KNAST

Berlin 24.10.78

Das Provisorische Redaktionskollektiv des Gefängnisses in Berlin-Moabit, Teilanstalt III, will eine Zeitung machen. "Blitzlicht" soll sie heißen und laut Redaktionsstatut "demokratisch und überparteilich" sein und "auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland" basieren.;

Das Redaktionskollektiv sucht Unterstützung durch einen externen Presserat und hat Journalisten und Organisationen darum gebeten, dem Presserat beizutreten. In einem Brief an den Berliner Justizsenator erklärt die Redaktion, warum sie sich "Redaktionskollektiv" nennt: "Wir verstehen unter Kollektiv gemeinsames Handeln und Verantworten. Wir finden das Wort Kollektiv in einer Reihe von demokratischen, westlichen Begriffen. Einige davon seien genannt. Für Sie, meine Herren Juristen: Kollektivdelikt und Kollektivprävention. Für unsere Psychologen: die Kollektivseele. Für die, die am Leben wie am Tod gleichermaßen verdienen: die Kollektivsicherung. Letztlich, für die gewiß nicht marxistisch-leninistische Schweiz: die Kollektivgesellschaft."

Die "Blitzlicht"-Redaktion sucht Mitglieder für den Presserat, Leute, die das Projekt gegenüber dem Justizsenator unterstützen und Anregungen zum Zeitungmachen.

Sie ist zu erreichen über: **Rechtsanwalt Dieter Lorenz, Kurfürstenstr. 131, 1000 Berlin 30 (T.: 030/ 261 61 04) und Prov. Redaktionskollektiv "Blitzlicht", c/o Alexander Pollak Teilanstalt III, UHuAA Moabit, Alt-Moabit 12a, 1000 Berlin 21**



VIER VERHAFTUNGEN IN TROISDORF

Telefonischer Bericht vom Ermittlungsausschuß gegen die Strassenbesetzerprozesse
2.NOVEMBER

Heute morgen um halb sechs haben ungefähr 50 Polizisten eine Hausdurchsuchung bei der Initiative Wohnungsnot, Ermittlungsausschuß gegen Straßenbesetzerprozesse in Troisdorf vorgenommen. Sie traten ohne Vorwarnung die Tür ein und nahmen 4 Bewohner zur Erkennungsdienstlichen Behandlung mit. Vorzuweisen hatten sie nur einen Durchsuchungsbefehl wegen §129a gegen einen von ihnen. Zur Begründung war ein zwei Jahre zurückliegender Kontakt zu einem Gefangenen und das notieren von Lebensdaten von Atommanagern aus einem frei verkäuflichen Buch genannt.. Die Behandlung war „korrekt" aber weitere Erklärungen zu ihrem Verhalten hielt die Polizei nicht für nötig.

Einen Bericht über das Fest, auf die sich die Straßenbesetzer prozesse beziehen ist im ID 247, einen neuen ausführlicheren Bericht mußten wir trotz 48 Seiten wegen Platzmangel auf nächste Woche verschieben.

GROHNDE–PROZESS GEGEN KARL WINTER

Hannover 1.11.78 *Zu den laufenden Prozessen liegen uns 2 Berichte vor. Den Artikel über Karl Winters Prozeß bringen wir gekürzt in dieser Nummer, den Artikel, den Wolfgang Giesler selbst über seinen Prozeß geschrieben hat, bringen wir aus Platzgründen in der nächsten Nummer.*

Vorab: Karl war von den Polizisten Kolbe und Paschedag beschuldigt worden, zweimal mit einer Säge auf die Polizeikette geworfen und sie – wenn die Kette zurückweichen mußte – jeweils wieder aufgehoben zu haben. Anschließend soll er mit der gleichen Säge Kolbe auf den Kopf geschlagen haben. Dabei ergeben sich ganz erhebliche Widersprüche in den Zeugenaussagen zum Ort und Zeitpunkt der Verhaftung.

Karl selbst hat eine längere Darstellung des Ablaufs am 19.3. und seiner Verhaftung gegeben und hat sich auch vom Staatsanwalt dazu befragen lassen. Seine – von den Belastungszeugen abweichende – Darstellung wird durch einige andere Polizeizeugen bestätigt.

Es gibt hier eine relativ heftige Diskussion über die Prozeßtaktik, z.B. das Einlassen auf die Befragung durch den Staatsanwalt. (Siehe dazu den Bericht der Knastgruppe Lübeck im ID) Diese Taktik ist sehr stark darauf ausgerichtet, die Vorwürfe gegen Karl zu entkräften – das geht zum Teil auf Kosten der politischen Inhalte, auch da, wo sie zu Karls Entlastung dienen könnte. So wurde z.B. nicht der Nachweis versucht, daß Karl von einem Greiftrupp verhaftet wurde, auch die Greuel-Geschichten der Polizisten Stabke und Hermann wurden unwidersprochen hingenommen, ohne sie durch Fragen oder Erklärungen zu relativieren. Man sollte es sich mit der Kritik trotzdem nicht zu einfach machen:

Karl hat bereits 2 1/2 Jahre im Knast gesessen, davon 14 Monate in Isolationshaft mit anschließender Erfahrung mit der Gefängnispsychiatrie. Außerdem hat er eine 10-monatige Strafe auf Bewährung ausstehen. Auf diesem Hintergrund ist sein Abhauen im Januar zu sehen und eben auch das zurückhaltende Auftreten im Prozeß. Man muß auf jeden Fall zugestehen, daß es mit auf diesem Auftreten zurückzuführen ist, daß der Haftbefehl aufgehoben wurde und Karl endlich – nach viereinhalb Monaten U-Haft – wieder in Freiheit ist.

Trotzdem haben wir – aus der Erfahrung mit den bisherigen Prozessen – den Eindruck, daß diese Taktik zu weit getrieben wird, daß sie z.T. von Illusionen über das Gericht bestimmt ist. Es reicht nicht aus, wenn Karl einen glaubwürdigen Eindruck macht, aber gleichzeitig unwidersprochen die größten Ungeheuerlichkeiten über die Demonstranten – zu denen Karl ja schließlich gehörte – verbreitet werden. Wir halten es für unbedingt nötig, in den nächsten Prozeßtagen ausführlich auf unser Anliegen am 19.3. und auf die planmässige Zerschlagung der Demonstration durch die Polizei einzugehen, um die bisher verbreiteten Gruselstories zu entkräften. Die Verteidigung muß unbedingt auf das in den vorangegangenen Prozessen mühsam herausgepulte Material zum Polizeieinsatz etc aufbauen.

Außerdem wird eine bessere Verteidigung dadurch ermöglicht, daß wieder mehr Leute im Zuschauerraum sitzen – gerade bei diesem Prozeß ist das nötig.

Am 5. Prozeßtag wird Karls Freundin Verena vernommen, die zunächst eine ekelhafte Fragerei über Karls Persönlichkeitsentwicklung über sich ergehen lassen muß (wegen der Bewährung) – ob denn bei Karl eine Entwicklung zu "stetigen Lebensverhältnissen" sichtbar sei, wie das bei Karl beruflich weitergehen solle etc. Als Verena erzählt, sie wollten eine Töpferei einrichten, in der Karl arbeiten kann, fragt Staatsanwalt Borchers: "Was studieren Sie?" Verena: "Kunst und Musik." Borchers: "Und das machen Sie mit dem Ziel, eine Töpferei einzurichten?"

Bei Verenas weiterer Aussage wachen zum ersten Mal auch die Schöffen auf, als sie berichtet, wie sie zusammen als Sani-Trupp nach Grohnde gefahren sind, dort Verletzte versorgt haben, mit Polizisten diskutiert haben etc., bis dann die vordere Polizeikette (mit der sie redeten) gegen die hintere ausgetauscht wurde. Unmittelbar danach begann der Knüppel- und CM-Einsatz. Bei der dann einsetzenden Flucht hat sie die ganze Zeit darauf geachtet, Karl nicht zu verlieren, da der wegen des Tränengases unter dem Helm seine Brille abgenommen hatte und kaum was sehen konnte.

Nach einem kurzen Augenblick, als sie nach vorn geschaut hatte, sah sie Karl auf dem Boden liegen, umringt von Polizisten, die ihn schlugen und traten. Sie ist ganz spontan hingerannt und wurde dann selbst von Polizisten gekrallt (mit dem Ruf: "Jetzt schicken sie die Weiber vor!") und verprügelt. Mit Hilfe anderer Demonstranten konnte sie sich aber befreien und weglaufen, sonst, erklärte sie, " würde ich hier wohl auch als Angeklagte sitzen."

Trotz vielem Suchen fand sie Karl an diesem Tag nicht mehr wieder. Bei einem Anruf im Krankenhaus stellte man ihr die Frage, ob es sich um einen Polizisten handele. Als sie verneinte, wurde ihr jegliche Auskunft verweigert. Verena ist sich absolut sicher, daß Karl keine Säge gehabt hat und auch nicht mit einer geworfen hat, das hätte sie mit Sicherheit sehen müssen.

Leichter durchschaubar war heute wieder Staatsanwalt Borchers Taktik (der die Aussage Verenas mit Sicherheit als unbrauchbar ablehnen wird, da sie Karls "Verlobte" ist und sich sehr um Karls Prozeß gekümmert hat): Nach der Befragung zu Karls Entwicklung hakte er noch an zwei Stellen nach: zum einen immer wieder, ob sie etwas von einer geplanten Bauplatzbesetzung gewußt hätten, zum anderen wollte er wissen, wozu denn der Mundschutz und Zitronensaft gut gewesen seien, den der Sani-Trupp verteilt habe. Das würde doch nicht nachträglich Einwirkungen von Tränengas lindern! Ob sie das nicht als "vorbeugenden Schutz für die Sturmtruppen" verteilt hätten?!!!

Über den Beweisantrag der Verteidigung, mit einem Hubschrauberflug über das AKW-Gelände nachzuweisen, daß Polizist Hermann seine geschilderten Beobachtungen gar nicht selbst gemacht haben kann, soll bis zum nächsten Termin entschieden werden. Borchers hat den Antrag abgelehnt, da doch jeder schon mal auf eine "gotische oder romanische Kirche gestiegen sei" und die Erfahrung ausreiche, um Hermanns Aussagen zu beurteilen.

Nächste Termine: 6.11. und 13.11., jeweils 9.00 Uhr.

RHINOZEROSSE GEFÄHRDEN DIE ANSTALT

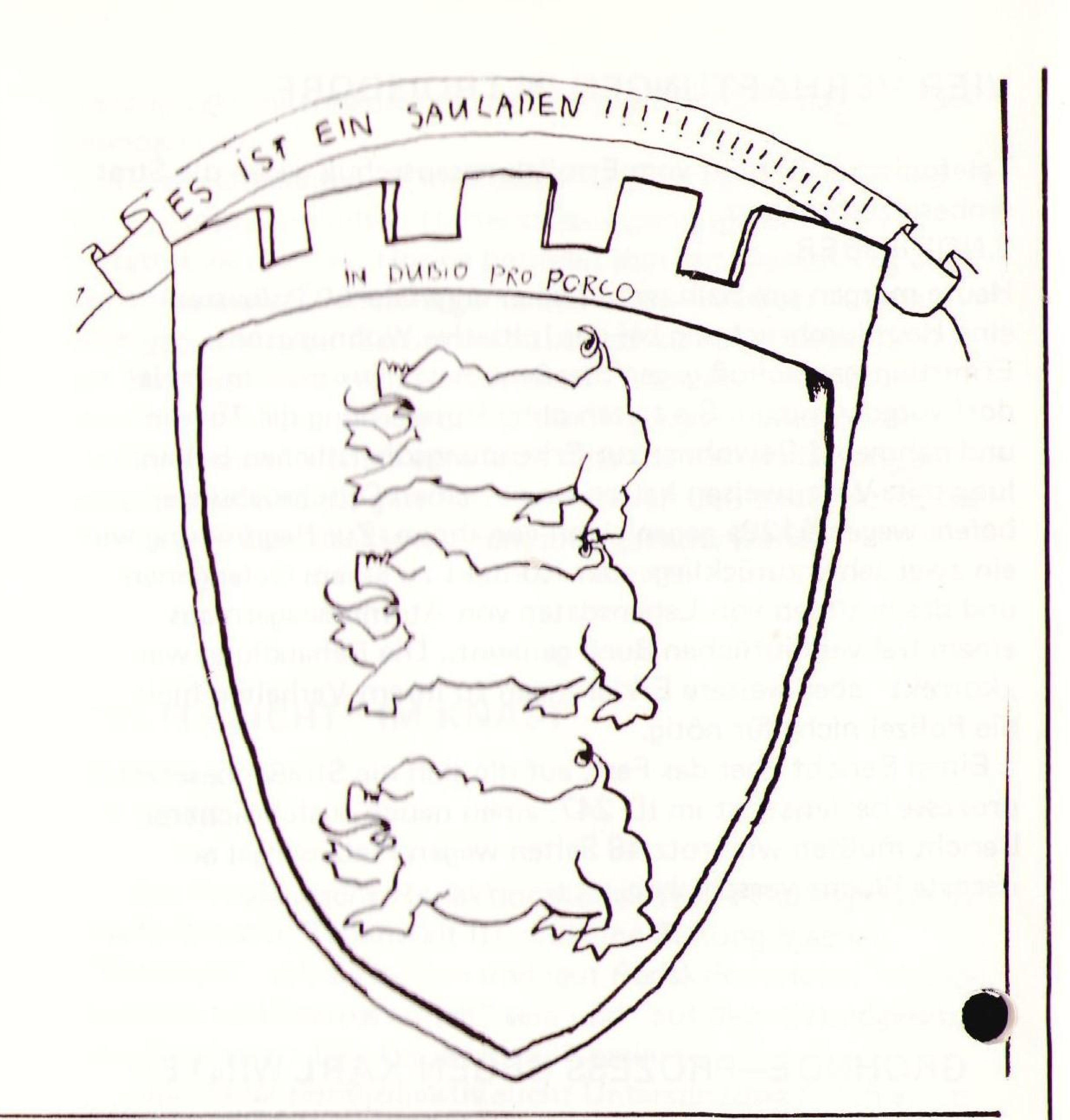
Freiburg
1. November

Joachim Schnorr vom Arbeitskreis Strahlenschutz Freiburg, der seit über sechs Wochen im Knast Baden-Baden sitzt (s. auch ID 246, 251) bekam zwei Karikaturen nicht ausgehändigt, weil sie grobe Beleidigungen enthalten – laut Meinung der Richter am Landgericht in Baden-Baden. Beleidigungen, ond schon recht grobe dazu, gefährden nun mal die Ordnung der Anstalt. Die Richter sagen dazu u.a.:

"Auf der einen Karikatur ist das Wappen Baden-Württembergs dahingehend abgeändert, daß anstelle der drei Löwen drei Rhinozerosse gezeichnet sind! Darüber ist geschrieben "es ist ein Skandal!!!" und darunter "in dubio pro porco". Die andere Karikatur zeigt drei im Kreise laufende Hunde, die mit OLG, LG und SA bezeichnet sind. Darunter steht: "Diese Schweinehunde haben kurze Beine."

LAYOUTER WIDERSPRICHT GERICHT

Frankfurt, 2.November um 23.30 Uhr
Einer der zwei noch verbliebenen ID-Mitarbeiter bezeichnete die oben abgebildeten Wappentiere frei heraus als Schweine...



UMSCHLUSS FÜR GÜNTER SONNENBERG

Berlin 31.10.78 ***Günter Sonnenberg wurde am 26. April 78 wegen zweifachen versuchten Mordes an Polizisten zu lebenslangem Knast verurteilt. Bei seiner Festnahme wurde er durch einen Kopfschuß verletzt, dessen Folgeerscheinungen ihn während des Prozesses verhandlungsunfähig machten. Er leidet unter starken Kopfschmerzen und einem stark gestörten Erinnerungsvermögen. (Siehe ID 230, 233) In einem Antrag auf weitere ärztliche Behandlung fordert die Verteidigung auch den erweiterten Zusammenschluß mit den anderen Gefangenen des Stammheimer 7. Stocks. Wir zitieren aus dem Antrag, der auch über die Haftbedingungen anderer politischer Gefangener informiert:***

"Die Tatsache, daß die Genesung meines Mandanten von einer ausgiebigen Fremdeinwirkung abhängt, dürfte wohl kaum streitig sein. Die Notwendigkeit ergibt sich bereits aus den zum Prozeß erstellten Gutachten der Sachverständigen. Bis dato wurden jeweils Sicherheitsgründe vorgeschoben, um diesen Antrag abzulehnen.

Gegenwärtig befinden sich die Untersuchungsgefangenen Günter Sonnenberg, Meyer und Haag jedoch in dem besonderen Sicherheitstrakt des 7. Stocks der JVA Stuttgart-Stammheim, der mit Sicherheit das gesichertste Gefängnis von ganz Europa sein dürfte. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß gegenwärtig im besonderen Sicherheitstrakt der Untersuchungshaftanstalt Berlin Moabit 6 weibliche Gefangene (Monika Berberich, Waltraut Siepert, Ilse Jandt, Angelika Godak, Frau Stürmer und Gabriele Rollnick) täglich von 14 Uhr bis 22 Uhr, also 8 Stunden, Zusammenschluß haben. Auch die mit Günter Sonnenberg ehemals mitangeklagte Verena Becker hat Zusammenschluß mit den Inhaftierten auf ihrer Station. Sollte das Gericht also davon ausgehen, daß die Gewährung von Zusammenschlüssen ein Sicherheitsrisiko darstellt, würde es damit zwingend anderen Justizverwaltungen die Inkaufnahme von Risiken unterstellen, was angesichts der Perfektion der Überwachung auch in anderen Anstalten wohl kaum aufrecht zu erhalten sein dürfte. Jedenfalls würde sich der Senat von Berlin ganz sicher dagegen verwahren, nicht genug für die Sicherheit in der Haft zu sorgen."

Kontakt: Philipp Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/ 262 20 23

FEILING – IM PRINZIP EIN FREIER MANN

MÜNSTER 25. Oktober 1978 Seit einiger Zeit liegt Hermann Feiling in einem Polizeispital innerhalb des Geländes der Landespolizeikaserne Münster. Hermann Feiling, 27 Jahre alt, der am 23. Juni 1978 durch eine „heimgebastelte Bombenexplosion" in Heidelberg schwer verletzt wurde (siehe ID 248 + 249/50) – er hat beide Beine und beide Augen verloren – , ist im Prinzip ein freier Mann. Als freier Mann bestimmt er, wer ihn im Krankenhaus besuchen darf. So sagte uns der für den Sicherheitsbereich zuständige Kommissar, ein Hauptwachtmeister der nordrheinwestfälischen Polizei, am Tor des Polizeikasernengeländes in Münster, als wir, zwei Journalisten, ihn besuchen wollten.

In der Praxis sieht das aber etwas anders aus. Unser Besuch wurde sofort abgelehnt, und zwar nicht von Feiling, der gar nic[illegible] zu wissen bekam, daß wir ihn sehen wollten, sondern von gereizten Polizeibeamten. „Schreibt an das Landeskriminalamt in Stuttgart. Hier habt ihr nichts zu suchen. Wir kennen eure Methoden." Auch als ein Rechtsanwalt, der Mannheimer Stefan Baier, von Feiling direkt gebeten wurde, ihn zu besuchen, kam nicht zu ihm. Sein Besuch wäre „zur Zeit unerwünscht". (Rechtsanwalt Baier klagt jetzt vor dem Verwaltungsgericht. Er findet, daß durch die persönliche Bitte Feilings an ihn ein Beratervertrag entstanden ist und daß dieser nur direkt von Feiling aufgelöst werden kann.) Feiling, der anscheinend vom Bundeskriminalamt und vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg als eine „Zapfsäule" betrachtet wird, soll angeblich Aussagen über die bis jetzt nie belegte Existenz einer neuen fünften oder 17. Generation von RAF-Nachfolgern gemacht haben, den sogenannten „Revolutionären Zellen". Außer Feiling scheint es niemanden zu geben, der solchen Gruppen angehört. Die Behörden aber versuchen viele Leute, darunter Enno Schwall und Gerd Albartus (siehe ID 245+ 242), zur Zeit vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf wegen versuchter Brandstiftung und terroristischer Vereinigung angeklagt, sowie mehrere andere Personen – in Haft wie Sybille Straub und Sylvia Herzinger, oder gesucht wie Sonja Suder und Christian Gauger – über Feiling in die Revolutionären Zellen, diese vermutete terroristische Organisation, einzustufen.

Feiling scheint so wichtig zu sein, daß das Landeskriminalamt eine Sonderkommission „Revolutionäre Zellen" unter der Führung eines Heidelberger Beamten Raisch aufgestellt hat. Leiter Raisch wohnt angeblich ständig bei oder unter Hermann Feilings Bett in Nordrheinwestfalen. So kann man verstehen, daß Klarheit über die Bedingungen, unter denen Hermann Feiling Besuch empfangen kann, äußerst interessant für die Öffentlichkeit sein könnten.

Vor kurzem aber konnte Feiling sich endlich zu den Bedingungen, unter denen er Besuche empfangen kann, äußern. Zitat: „Mir ist bekannt, daß mich nur begrenzt Personen besuchen dürfen. Als ich in Papenburg (im Spital) lag, wollten mich einmal Personen aus Heidelberg besuchen. Diese wurden nicht zu mir gelassen. Es hieß: Wenn ich Besuche empfangen wollte, mußten Anträge über meine Eltern UND über die Bundesanwaltschaft gestellt werden. Ich habe das hingenommen und dies als ein Arrangement verstanden — damit mir kein Haftbefehl verkündet werde."

Als Feiling dies erklärte, versuchten anwesende Behörden die Phrase „Eltern UND Bundesanwaltschaft" zuerst mehrfach als „Eltern ODER Bundesanwaltschaft" niederzuschreiben. Nur nachdem der Schwerverletzte sich empörte und auf dem UND beharrte, wurde die richtige Formulierung notiert.

Wir versuchten, über diese etwas merkwürdige Aussage größere Klarheit zu schaffen. Feilings Rechtsanwalt, Dr. Frank Dreesen aus Emden, — befragt — tat sein Bestes. Leider war dies nicht sehr gut. Wir fragten den Anwalt, ob wir Feiling besuchen oder ihm mindestens schriftlich oder per Tonband Fragen stellen könnten. Auch wollten wir wissen, ob es zuträfe, daß die Bundesanwaltschaft oder (vielleicht auch UND) das Landeskriminalamt Baden-Württemberg/Stuttgart alle Besuche bei Feiling genehmigen müsse. Über die ersten zwei Fragen brachte Rechtsanwalt Dreesen uns bald Bescheid. Sein Mandant „hätte gesagt", daß er zu diesem Zeitpunkt nicht bereit sei, uns zu empfangen. Er wolle auch keinen schriftlichen oder tonbändlichen Verkehr mit Journalisten. Er wolle „überhaupt keine Publizität". Die Frage, ob Feiling behauptet hätte, daß seine Besuche von der Bundesanwaltschaft kontrolliert wären, hat Rechtsanwalt Dreesen seinem Mandanten überhaupt nicht gestellt. Sie sei, meinte er etwas verlegen, „nicht zutreffend".

ODER TRIFFT SIE DOCH ZU ?

In Abwesenheit mehr präziser Information müssen wir bei Vermutungen bleiben:

1. In einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland ist es ja kaum glaubbar, daß man einen Mann, der so schwer verletzt ist wie Hermann Feiling, als haftfähig betrachten könne. Drum könnte man kaum wirklich glauben, daß ein „Arrangement" zwischen der Bundesanwaltschaft und dem Schwerverletzten (sinngemäß: „Ihr könnt meine Besuche kontrollieren, aber dagegen werde ich nicht verhaftet") jemals entstehen könne.
2. Es ist auch anzunehmen, daß Rechtsanwalt Dreesen seinen Mandanten über die Unmöglichkeit, ihn zu verhaften, aufgeklärt hat... (als wir ihn darüber fragten, konnte er sich nicht dazu äußern).
3. Woher kommt dann so eine Aussage über ein solches „Arrangement"? Feiling scheint doch zu glauben, daß er verhaftet werden könne! Hat ihn jemand mißinformiert?
4. Oder wären die Behörden der Bundesrepublik doch bereit, einen Mann, der beide Beine und beide Augen verloren hat, der eine spezielle Therapie, sicher nicht leicht in Polizei- oder Gefängniskrankenhäusern verfügbar, braucht, doch zu verhaften?

So viele Fragen — leider bis jetzt so wenig Antworten...

NACHTRAG ZU OBIGEM BERICHT:

Hermann Feiling ist aus der Polizeikaserne entlassen. Er wurde zu seinem Bruder gebracht. Es wird vermutet, daß dies wegen der nachfolgend beschriebenen Pressekonferenz geschah.

Am 1. November haben die Anwälte von Sibylle Straub (der Verlobten von Hermann Feiling) und von Siliva Herzinger eine Pressekonferenz in Frankfurt gegeben. Beide Frauen waren einzig und allein deshalb verhaftet worden, weil Hermann Feiling sie belastet haben soll. Grund der Verhaftungen: angebliche terroristische Aktivitäten.

Die Anwälte Arnim Golzem (Frankfurt) und Wolfgang Lehner (Heidelberg) dazu:

Feiling hat seine Aussagen in einem Zustand gemacht, in dem er nicht vernehmungsfähig war. Konkret: am 31. Oktober sagte Prof. Dreßler (er operierte Feiling) von der Heidelberger Uni-Klinik im Düsseldorfer Prozeß gegen Enno Schwall und Gerd Albartus aus (beide stehen dort vor Gericht, weil sie angeblich einen Brandanschlag auf ein Aachener Kino planten, in dem der Entebbe-Film lief, siehe ID Nr. 245). Es wird versucht, auch sie durch die Aussagen Feilings zu belasten.

Dreßler sagte, Feiling habe vom 23. Juni 78 bis 27. Juni — während dieser Zeit erfolgten „Anhörung" und „Vernehmung" — unter Einfluß von Valium und Dipidolor (morphinhaltig, erzeugt eventuell Euphorie, Gefühle von Geborgenheit, Realitätsverlust) gestanden und mehrere schwere Operationen hinter sich gehabt. Polizisten seien im Krankenhaus zur Bewachung Feilings gewesen. Sie hätten auch bei der Pflege geholfen (umbetten etc.). Dreßler sagte, seines Wissens habe sich Feiling geweigert, Namen zu nennen. Er habe sich über solche Fragen so erregt, daß er wieder Valium brauchte.

Hermann Feiling wiederholte mehrmals, daß er Sibylle Straub nicht belastet haben kann.

Er weiß offensichtlich nicht, daß er haftunfähig ist — von seiner Vernehmungsfähigkeit im Juni ganz zu schweigen; er weiß offensichtlich auch nicht, daß seine Aussagen — hätte er sie gemacht — gegen Sybille Straub nicht verwertet werden können, da die beiden verlobt sind. Das jedenfalls war bis jetzt die Rechtspraxis (Bemerkung des Bundesgerichtshofes: „Vielleicht sind wir mit dem Verlobtenstatus bisher zu formalistisch umgegangen.")

Zu seiner dubiosen Unterbringung sagt er auf einem Tonband: „Ich bin in Heidelberg einmal in ein Zimmer geschoben worden, wo ich gar nichts mehr hörte. Also das war nicht auszuhalten und wenn da auch niemand ist, das ist ziemlich übel, wenn man diesen optischen Reiz nicht hat..."

Auch dies bestätigte Prof. Dreßler. Es sei der Raum vor der Röntgenkammer gewesen.

Hermann Feiling hat mehrfach einen Anwalt seines Vertrauens verlangt. Auf einem Tonband heißt es:

„Ich möchte, daß du mir einen Anwalt besorgst. Ich will einen zweiten Anwalt. Ich bin geschockt, was man mit mir so anstellen konnte — mich selbst so fühlte, als sei nichts zu machen. Ich habe den Vorschlag, den Stephan Baier ... Wenn der hier antanzen will, käm er natürlich nicht rein. Er soll dann sagen können, daß er mich anwaltlich sprechen will... Weil ich das hier bestätigen werde, daß ich den verlangt haben. " Das war am 14. Oktober. Stefan Baier versuchte am 29. Oktober zu seinem Mandanten zu kommen. Er erhielt einen Zettel, auf dem stand, Hermann Feiling widerrufe diesen Wunsch, unterschrieben von Feiling, seinem Vater und dem Heidelberger Kripo-Beamten Berberich.

Hermann Feiling sonst noch zu seiner Situation auf Tonbändern, die den Anwälten zur Verfügung stehen:

„Dann brauche ich wirklich einen Anwalt, dem ich vertrauen kann... Wenn jemand, den ich wahrscheinlich gar nicht kenne, durch mich im Gefängnis sitzt... Ich weiß gar nicht, was für eine Struktur ich habe... Wenn das stimmt, bin ich total falsch beraten worden. ... Nicht, wenn man falsche Informationen hat. Daß ich dachte, ich bin von euch, oder von Sybille, ganz weg. Ich bin irgendwie halbwegs verloren. Es bleibt mir nur noch zu warten, was man mit mir macht. Irgendwie ein tristes Leben zu erwarten. Man hat mir die Zeit nicht gelassen, mich wieder aufzubauen."

An anderer Stelle sagt er, daß seine Emotionen ungebrochen seien. Daß er trotz allem kein Selbstmitleid sondern „aufrechten Gang und Durchblick" wolle. Das er aber „entsetzlich starke Hilfe" von außen brauche.

Es folgen Auszüge aus den Kassetten. Hier zur Verhaftung von Sybille Straub:

„Was mich am meisten mitnimmt im Moment ist, ... daß da scheinbar Aussagen existieren, die von mir stammen. Diese Aussagen stammen aus einer Situation kurz nach der Operation. Ich kann mich weder an sie erinnern noch kann ich sagen, daß sie so wie sie mir dann später berichtet wurden, daß sie so der Wahrheit voll entsprechen. Ich hätte diese Aussagen jedenfalls nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte."

Ein weiterer Auszug. Feiling befindet sich mittlerweile in Papenburg — Die von Bekannten an Feiling gesendeten Kassetten sollten abgefangen werden:*„Es hieß ‚das sei verboten"... Wobei das alles auf wackligen Füßen steht, was die hier machen, zumindest die Sachen, die die Kontrolle durchlaufen. Ich kann das nicht ganz verhindern, die können einfach den Haftbefehl, den sie gegen mich haben, eröffnen oder wenigstens verkünden. So lange sie das nicht getan haben, so lange bin ich nicht verhaftet. Das ist insofern günstig, als daß mir jetzt diese Möglichkeit mit der orthopädischen Versorgung günstiger ist. Ich weiß halt nicht, inwieweit mich die Krankenhäuser aufnehmen würden deswegen."*

Zur Situation bei Besuchen:*„Wenn man einfach ins Zimmer kommt und will mich besuchen, da wird man abgewiesen. Da muß man sich vorher anmelden und dann wird irgendwie überprüft oder so... es kommt mir fast so vor, daß sie allen..., zu denen ich irgendwie Kontakt hatte, gegenüber unheimlich skeptisch sind. Also keinen zu mir lassen würden... Selbst wenn das so formal alles richtig gewesen wäre mit dem Anmelden und so."*

Nächster Brief, wieder zur Situation kurz nach den Verletzungen:*„Ich war also mehr so in einem Zustand, wo ich eigentlich gar nicht wußte, wer um mich war und das einzige, was ich wollte, darin bestand, nicht verlassen zu werden. Dafür habe ich dann — also wie gesagt — da dann nicht allein zu sein und zusätzlich eben nicht zu wissen, was eigentlich los ist und wo man sich befindet und warum es dunkel ist — das kriegt man erst mal gar nicht so genau mit — eine Situationskontrolle erst mal zu entwickeln, da braucht man erst mal eine Zeit..."*

Zur Situation im Krankenhaus:*„Ich bitte... zu verfolgen, was mit mir geschieht. Wo ich hingebracht werde und so. Ja, ja das ist nämlich im Moment nicht alles so, daß mich die Polizei nicht mehr im Griff hätte. Das ist absolut nicht der Fall. Ich bin voll unter deren Fittichen. Die haben also nur ein paar Konzessionen gemacht, daß ich also diese Maßnahmen da behalte, also die Krankenhaustherapie für die prothetische Versorgung usw. ... Nur um das möglich zu machen, haben die es eben gemacht, mir also ihren Haftbefehl zu eröffnen." — „Ich glaube, das ist so ein bischen darüber ausgenutzt worden, daß ich einfach nicht allein gelassen werden wollte und da war natürlich die Frage, wer läßt einen nicht allein und weshalb nicht und warum..."*

Nächster und letzter Brief:*„Ich fühl mich tatsächlich ein wenig entmündigt, aber man hat auch irgendwie eine Situation geschaffen, in der ich mich eigentlich nicht traue, nicht traute, irgendetwas noch selbst zu wollen. Irgendetwas wesentliches zu wollen... Ich habe überhaupt kein Vertrauen mehr mir gegenüber und das ist schwierig." — „Es ist für mich ganz unmöglich, irgendetwas ganz anderes zu sein. Dazu will man mich aber zwingen, glaube ich jedenfalls, daß man da alle Register zieht... Und ich geh daran nicht — jetzt nicht — vollends kaputt, weil ich festgestellt habe, daß ich diese meine politischen Gedanken, meine persönliche Identität vielleicht wohl mal wieder finden kann...*

DIE BRD IST KEINE BESTIE – SIE IST NUR BELEIDIGT

MÜNSTER
25. OKTOBER

Fakten: Am 24. Oktober 1976 wurde Prof. Dr. Christian Sigrist (Direktor des Soziologischen Instituts der Universität Münster) zum zweiten Mal wegen Meinungsäußerungen verurteilt. Es scheint, jedenfalls für den Schöffenrichter am Amtsgericht Münster Dr. Vollmar, daß Sigrist nicht nur denkt, die Duisburger Polizei hätte im Juni 1974 den Arbeiter Günther Routhier „ermordet" oder jedenfalls getötet, sondern daß er auch irgendeinen deutschen Staat als eine „ja blutige, mörderische Bestie" bezeichnet hätte. Dies hätte er — oh nestbeschmutzende Schandtat — nicht nur auf deutschem Boden, sondern in dem noch nie deutsch besetzten Teil Skandinaviens, in Stockholm/Schweden getan. Aber der deutsche Staat schläft nicht. Wenn auch die Polizei kaum von diesen verunglimpfenden Worten etwas ahnte, wacht — Bölling sei dank — das Bundespresseamt. Als ein Teil der Sigristschen Verleumdungen neun Tage später, am 14. Mai 76, im WDR-Fernsehen, III. Programm „Ende offen", ausgestrahlt wurde, war das wachsame Presseamt auf der Hut. Zufälligerweise war auch ein Cassettenrecorder dabei und das Programm wurde — wenn auch etwas dilletantisch — aufgenommen. Die Tonbandkassette kam dann vom Bundespresseamt an die Polizei, vielleicht an das BKA, jedenfalls an den Duisburger Polizeichef sowie die Kölner und Münstersche Staatsanwaltschaft.

Im heutigen Deutschland ist ja die Polizei überfordert. Amtshilfe des Bundespresseamts ist das wenigste, was sie erhoffen kann. Es ist nur schade, daß das Bundespresseamt seine lobenswerte Polizei-Unterstützung bis jetzt bescheiden verschweigt. Es könnte doch darüber eine schöne Broschüre rausgeben?

Zurück zu Sigrist. Er wurde angeklagt wegen Verunglimpfung eines deutschen Staates (§ 90a), Volksverhetzung (§ 130) sowie Beleidigung der Duisburger Polizei (§ 185). Der WDR, mindestens der Moderator der Sendung, Bernd Müller, naja, gegen den wurde (und wird scheinbar noch immer) auch ermittelt; aber der WDR ist ein dickerer Hund als ein 43 Jahre alter Soziologieprofessor und die Kölner Staatsanwaltschaft hat die Sache noch immer nicht (seit zweieinhalb Jahren!) bis zum Gericht gebracht.

Non-Germans beware!

Es gibt aber auch einen anderen Verunglimpfer, einen anderen Beleidiger, gegen den ein Prozeß noch kommen könnte: Ein gewisser Herr Jan Myrdal, in Schweden äußerst bekannt als Soziologe. Während dieser Podiumsdiskussion, die am 5. Mai 1976 in Stockholm vom dortigen Goethe-Institut in Verbindung mit dem Germanistischen Institut der Universität Stockholm veranstaltet wurde und welche die „politischen Verhältnisse" in dem größten jetzigen deutschen Staat, insbesondere dem sogenannten Berufserlaß (oder Radikalenverbot) zum Gegenstand hatte, hat nämlich Dieter Posser, damals Justizminister von



Prof. Sigrist
foto: Max Watts

Nordrhein-Westfalen (heute wegen einer bedauerlichen Panne im Regierungsapparat Austausch-Finanzminister geworden), geschworen, daß jeder in der Bundesrepublik ruhig sagen kann, was er von diesem Staat hält. Da passiert ihm auch nichts. Das hat nicht nur Professor Sigrist irreführend gefunden. Jan Myrdal wurde noch viel beleidigender, viel verunglimpfender. Er sagte: „Posser hat, auch wenn er Justizminister ist, ein unglückliches Verhältnis zur Wahrheit — oder um es genau zu sagen, er LÜGT. Und er lügt direkt, um das Publikum zu betrügen . . . er (Posser) hat zum Beispiel gesagt, in der Bundesrepublik kann man nicht bestraft werden, wenn man sagt, daß diese Republik ein Unterdrückungsstaat ist. Myrdal, verunglimpfend, behauptet nicht nur, daß die wissenschaftliche Freiheit und die Kunst-Freiheit in der Bundesrepublik eingeschränkt sind. Er geht noch weiter: er sagt, daß man das dort gar nicht sagen darf. Und dann schloß dieser Schwede seine Intervention ab, indem er Posser noch einmal direkt in Beziehung auf seine Dienste verunglimpfte und beleidigte. Wieder einmal sagt er: „Posser lügt, und weiß daß er lügt. Er hat versucht, sein Publikum irrezuführen und das als Minister. Das ist unbehaglich."

Na, aber der Myrdal ist doch Schwede. Wenn er auch einen deutschen Minsiter verunglimpft, das ist ja im rückständigen Schweden noch nicht strafbar. Dort nicht, aber hier. Und auch für Nicht-Deutsche.

Strafgesetzbuch vom 2. Januar 75, Paragraph 5
Das deutsche Strafgesetz gilt, unabhängig vom Recht des Tatorts, für folgende Taten, die im Ausland begangen werden:

Abs. 13:
Taten, die JEMAND gegen einen Amtsträger, einen für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder einen Soldaten der Bundeswehr während der Ausübung ihres Dienstes oder in Beziehung auf ihren Dienst begeht.

Klartext: ein Non-German, ein Ausländer in seinem Inland, der einen deutschen Minister als Lügner beschimpft, ist, auch wenn er recht hat, dafür in Detuschland möglicherweise zu bestrafen. Wir müßten Jan Myrdal fragen, ob er jemals vorhat, einen Fuß in die FRoG zu setzen (was heißt FRoG? Antwort: Federal Republic of Germany — auch, englisch, Frosch.)

Fabel: Es war einmal ein frog, der sich aus Gründen des innerlichen Wohlbefindens mit sehr schnellen Mehrwertsaufhäufungen (capital accumulation) immer mehr aufpustete und aufpustete und aufpustete und dabei seine Nachbarn gegen die Wand drängte, und auch verletzte. Bis er — überaufgepustet — platzte. Das geschah schon zweimal. 1914 — 18, 1939 — 45, 19.. — ? 1984? ? Mit Entschuldigungen an Äsop (römisch/griech. Fabeldichter)

Wieder zurück zu Sigrist: Der wurde angeklagt und auch verurteilt. Von einemunabhängigen deutschen Gericht. Deutsche Gerichte sind immer unabhängig. Das haben sowohl Dieter Posser in Stockholm — wir haben seinen Beitrag in Stockholm per Cassettenfernsehen im Gerichtssaal mitgekriegt — sowie Schöffenrichter Vollmar in Münster dauernd wiederholt. Natürlich ist es in einem unabhängigen deutschen Gericht ausgeschlossen, daß jemand Richter werden kann, der kommunistische Grundsätze vertreten könnte. (Justizminister Posser in Stockholm zu der Frage, warum DKP-Kommunist Götz von ihm nicht als Richter eingestellt werden durfte). Aber, das ist ja schließlich eine sehr kleine Einschränkung.

Prof. Sigrist, unbelehrbar, doziert im Prozeß: „15. — 16.000 Todesurteile im Dritten Reich, fast alle so berechtigt wie das von Katzenberger, Nürnberg — Verdacht des Beischlafs mit einer Arierin — zum Tode verurteilt. Die Richter, die richten weiter, die Staatsanwälte klagen weiter an. (Doch nicht alle! 2000 Richter und Staatsanwälte wurden wegen Abhängigkeit oder wegen hohen Alters (?) in Pension geschickt.)

Sigrist: „Rechtskräftig verurteilt hat man keinen." Andere Nazi-Juristen — so wie den Bamberger Richter Willi Geiger — ja, die hat man einfach zum Bundesverfassungsgericht geschickt. Dort konnten sie weiter unabhängig sein. Aber Sigrist ist nicht unabhängig. Er ist vorbelastet, befangen. Als Mischling 2. Grades, wie Richter Vollmar so schön erklärt hat, wurde er ja als Kind schon staatsfeindlich beeinflußt. Sein Vater Karl, obwohl Arier, bekam Berufsverbot. Karl Sigrist war so dumm, daß er sich nicht scheiden ließ, trotzdem seine Frau Mischling 1. Grades, Halbjüdin, war. Aber, so Sigrist jun., „ihm ging es trotz allem (unter Hitler) besser als DKP-Mitgliedern, die heute von einem Berufsverbot betroffen sind. Denn er fand damals noch eine Ausweichmöglichkeit und zwar in einem kirchlichen Internat." Heute kommen Lehrer mit Berufsverbot nicht mehr in kirchlichen Ausweichstellen — so bei den Jesuiten — unter. Ja, Sigrist ist vorbelastet, Kindheitserfahrungen, mildernde Umstände, wie der Richter sagte, aber trotzdem oder deswegen — „so ein Angeklagter muß bestraft werden". Ein fairer, ein unabhängiger, ein fairer unabhängiger Richter. Er hat Sigrist sogar von der Volksverhetzung freigesprochen. Das Volk, das ihm 1976 in Schweden zugehört hat, war, — sinngemäß — ja sowieso schon verhetzt. Aber beleidigt hat er die Duisburger Polizei. Solche Sätze wie „Die Polizei bringt jemand um und ist beleidigt", die müssen ja bestraft werden, auch wenn sie wahr sind. (Beleidigt war sie , „die Polizei") Nur — Beleidigung allein ist schwach. Bringt nicht viel. Der Richter muß auch die Verunglimpfung begründen. Und da kommt die mörderische Bestie. Sigrist hat gesagt und auch wiederholt im Gerichtssaal: „. . . die BRD ist heute kein faschistisches Land, aber es gibt faschistische Tendenzen, und das Berufsverbot ist das typische Symptom dieser faschistischen Tendenzen, wenn auch nicht das einzige." Dann hat er wieder über den Faschismus geredet. Und in dem Zusammenhang den Hitler-Staatsapparat „eine blutige mörderische Bestie" genannt. Für unseren Richter — ich hätte ihn so gern gefragt, als er mitleidend vom 1941er Judenstern redete: wo warst du damals, Adam? — mußte es aber klarsein, daß dies sich auf die BRD bezog. Schließlich kann sogar in Münster ein unabhängiges deutsches Gericht nicht wegen Verunglimpfung des Hitlerstaates verurteilen, und so bekam Sigrist eine Geldstrafe: 5.400 Mark. Das wird ihn lehren, daß in der Bundesrepublik die Meinungsfreiheit herrscht, (auch wenn sie zu einer „Kostenfrage" werden kann).

Während des Prozesses hat Verteidigerin Petra Rogge auf der Pressefreiheit herumgepocht. Die herrscht auch. Total. Ich kann das bestätigen: Nachdem Sigrist verdonnert wurde, ging ich zur Münsteraner Hauptpost und telefonierte meine Presseberichte über den Prozeß für Griechen, Schweden, Franzosen und auch an einige deutsche Zeitungen. Dann mußte ich dringend pinkeln gehen, im naheliegenden Bahnhofspissoir. Zwei junge Herren in Blau — Bahnhofspolizei — kamen hinein, schauten zu, gingen wieder raus. Ich auch. Da standen die Herren und nahmen mich fest: „Zur Wache!" Ich: „Waas ? warum ? " „Sie haben gerade REVOLUTIONÄR telefoniert." Ich war sehr müde und etwas sauer über die unabhängige deutsche Justiz. „Wieso wissen sie das? " Sehr verlegen:„Ahem, Hinweis aus der Bevölkerung!" Ich ging nicht zur Wache und wurde nach durchleuchtender Kontrolle freigelassen. Die Pressefreiheit ist intakt.

DROHENDES BERUFSVERBOT GEGEN RECHTSANWÄLTE

Hamburg
30.10.78

Die Staatsschutzkammer des Landgerichts Hamburg hat den Antrag der Staatsanwaltschaft Hamburg zurückgewiesen, gegen Rechtsanwältin Petra Rogge und Rechtsanwalt Rainer Köncke ein vorläufiges Berufsverbot zu verhängen. Die Kammer entschied, daß keine dringenden Anhaltspunkte bestünden, daß gegen die Rechtsanwälte wegen Mißbrauchs ihrer Rechte als Verteidiger ein strafrechtliches Berufsverbot verhängt werden könne.

Gleichzeitig wurde gegen beide Rechtsanwälte das Hauptverfahren eröffnet. Die Anklagebehörde wirft ihnen vor, "für eine von Rechtsanwalt Groenewold errichtete Infozentrale . . . Räume, Papier und Fotodruckmöglichkeiten zur Verfügung gestellt und dadurch eine kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben."

Rechtsanwältin Rogge und Rechtsanwalt Köncke sind mit Rechtsanwalt Groenewold in einer gemeinsamen Praxis assoziiert. Die Anklage gegen sie ist auf der Grundlage der Kontaktschuld konstruiert. Sie sollen dafür bestraft werden, daß sie das Info-System in ihren Praxisräumen geduldet haben.

Die Zulassung der Anklage steht im Widerspruch zu den Gründen des Urteils des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 10. Juli 1978 gegen Rechtsanwalt Groenewold. Das Oberlandesgericht hatte festgestellt, daß das sogenannte Info, nämlich der organisierte Austausch von Informationen und Diskussionspapieren zwischen den inhaftierten Mandanten und ihren Verteidigern grundsätzlich legal und erlaubte Verteidigungstätigkeit sei. Lediglich einzelne Schriftstücke wertete das Gericht als nicht mehr zur Verteidigung gehörig. Wörtlich heißt es im Urteil des Oberlandesgericht, daß "nur ein geringer Teil der Schriftwerke", die Groenewold "zur Verteidigung seiner Mandanten erlaubtermaßen verteilt hat", nicht mehr Verteidigung seien.

Der für Anfang 1979 zu erwartende Prozeß gegen Rechtsanwälte Köncke und Rogge ist der Versuch der Strafverfolgungsbehörden, die Funktionsfähigkeit des Anwaltsbüros zu zerstören. Unabhängig vom Ausgang des Prozesses führt die Belastung mit einem monatelangen Verfahren gegen beide Sozien mit Sicherheit zur Gefährdung ihrer beruflichen Existenz. Zugleich stellt die Anklage eine Verschärfung der Verfolgungsmaßnahmen gegen Verteidiger in politischen Strafsachen dar. Nicht nur der Anwalt, dessen Verteidigungstätigkeit als strafbare Unterstützung behandelt wird, wird verfolgt, sondern nunmehr auch seine Sozien, die mit ihm in einem Büro arbeiten.

Kontakt: Rechtsanwälte Groenewold/Köncke/Rogge, 2000 Hamburg 19, Osterstr. 120, Tel.: 040/ 49 29 15

NOMEN EST OMEN ODER WIE AUS EINEM SCHNELLEN BRÜTER EINE PLUTONIUM–VERNICHTUNGSANLAGE WURDE

Münster 15.10.78 *Der Arbeitskreis Umwelt Münster schickte forlgende Stellungnahme zum spektakulären Vorschlag von Ministerpräsident Riemer:*

Am 29.9. stand's schwarz auf weiß in der FR. "Riemer will auf Schnellen Brüter verzichten — Kalkar soll Plutonium-Vernichtungsanlage werden". Es ist von "Bedenken" die Rede, die dem guten Riemer gekommen sind, als er über die "Zuverlässigkeit in der Brüter-Technologie" nachgedacht hat und also verkündet er am 30.9. in der FR "daß die Erzeugung von Plutonium in Atomkraftwerken vom Typ Schneller Brüter die Gefahr einer kriegerischen Nutzung erheblich erleichtere" und außerdem sei "der künftige Energiebedarf weitaus geringer als ursprünglich behauptet. Da gibt es plötzlich ein "zu großes Risiko" und man warnt vor einer "Plutonium-Wirtschaft", so daß der Kalkar-Demonstrant und AKW-Gegner erstmal nur verwirrt den Kopf schüttelt: Blickt der Riemer nun durch, oder was? Etwas skeptisch is mer schon, aber dammich nochmal, was ist denn eine Plutonium-Vernichtungsanlage?

Eine erste Ahnung beschleicht den Skeptiker bei der Lektüre folgender Presseerklärung: *"Die Auffassungen des norrheinwestfälischen Wirtschaftsministers Dr. Horst-Ludwig Riemer (Efdepe) und der Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft embeha (esbeka) über die Zukunft des Schnellen Brüters 'SNR 300' in Klakar liegen nicht weit auseinander. Nachdem Riemer vorgeschlagen hatte, Kalkar solle nicht als Kraftwerk, sondern als Plutoniums-Vernichtungsanlage konzipiert werden, begrüßte gestern die Kraftwerksgesellschaft 'die grundsätzliche Zustimmung' des Ministers zum Fortgang der Bauarbeiten. 'Brüter sind gleichzeitig Plutonium-Vernichtungsanlagen' stellt die Kernkraftwerksgesellschaft fest. Die Gesellschaft verweist auf das Ziel der Brüterentwicklung, nämlich das bei der Wiederaufbereitung von Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren anfallende Plutonium in diesen Brütern einzusetzen, in denen es unter Energiefreisetzung 'verbrannt' werde. Demgemäß liege die beste Politik der Nichtverbreitung von Plutonium im Bau von Schnellen Brütern, betont die Gesellschaft." (RN, 28.9.)*

Dazu erübrigt sich ja wohl jeder Kommentar und, um es kurz zu machen: nach einigen Diskussionen im AKU sind wir jetzt soweit, eines mit Sicherheit sagen zu können: Riemer und Co. wollen alles andere, nur nicht das Atomprogramm zurückschrauben.

Für uns kommt dabei folgendes heraus:

In einem Schnellen Brüter ist spaltbares Plutonium (pu) 239 das man in Wiederaufbereitungsanlagen aus den Brennstäben von Leichtwasserreaktoren gewonnen hat, von nicht spaltbarem Uran 238 umgeben. Wird das pu 239 gespalten, so werden Energie und Neutronen abgegeben. Die Neutronen werden teilweise von Uran 238 eingefangen, das sich dann in pu 239 umwandelt. Dieses kann dann wieder Z.B. in Leichtwassereaktoren gespalten werden. Plutonium ist eines der giftigsten Elemente überhaupt. 1mg erzeugt mit Sicherheit Lungenkrebs. Weiterhin eignet es sich zum Bau von Atombomben .

Das in der Natur vorkommende Uran besteht zu 99,3% aus dem Uran 238 und nur zu 0,7% aus dem spaltbaren Uran 235, das direkt in Leichtwasserreaktoren eingesetzt werden kann. Würden nur diese Reaktoren eingesetzt, so wären die Uranvorräte der Erde nach wenigen Jahrzehnten aufgebraucht. Der Sinn der Schnellen Brüter-Technologie liegt darin, das Uran 238 in spaltbares Material umzuwandeln und die Uranvorräte zu strecken. Aufgrund der Gefährlichkeit der Schnellen Brüter und des pu ist diese Technologie auch auf Seiten der Betreiber stark umstritten und z.B. in den USA völlig gestoppt worden.

Der einzige Unterschied zwischen dem Schnellen Brüter und Riemers Plutonium-Vernichtungsanlage ist nun der, daß Uran 238 durch Thorium 232 ersetzt wird. Die Brennelemente bestehen bei dieser Anlage auch weiterhin aus dem Plutonium der Leichtwasserreaktoren. Das pu wird gespalten und es werden wieder Energie und Neutronen freigesetzt. Die Neutronen werden teilweise vom Thorium eingefangen, das sich dann wieder in spaltbares Uran 233 umwandelt. Bei dieser Reaktion wird zwar tatsächlich pu vernichtet. Dafür entsteht jetzt Uran 233, ein alpha-Strahler mit einer Halbwertzeit von ca. 160.000 Jahren.

Die Aktivität von Uran 233 ist zwar 8x geringer als diejenige von Plutonium, aber alle alpha-Strahler sind hochgiftig. Das Uran 233 strahlt zwar schwächer, aber dafür umso länger. Es muß wegen seiner Gefährlichkeit ebenso wie Plutonium hinter dicken Mauern fernbedient behandelt werden. Ebenso wie beim Plutonium reichen wenige kg zum Bau einer Atombombe.

Das Uran 233 muß in Wiederaufbereitungsanlagen aus dem Brennelement herausgelöst werden, wie es ursprünglich auch für das pu vorgesehen war, um es wieder in Leichtwasserreaktoren einzusetzen. Jedoch können die Brutstäbe nicht in einer solchen Wiederaufbereitungsnalage behandelt werden, wie sie in Gorleben geplant ist. Man benötigt also eine zweite WAA, wenn beide Technologien laufen sollen. Dabei ist zu bedenken, daß gerade die WAA zu den gefährlichsten Anlagen im atomaren Brennstoffkreislauf gehört. Die technischen Probleme der WAA sind nicht einmal für die Leichtwasserreaktoren mit ihrem Uran-Plutonium-Kreislauf gelöst, obwohl schon seit Jahren damit experimentiert wird. Für den Uran-Thorium-Kreislauf muß erst noch eine neue Technologie entwickelt werden. Es gibt keinerlei Erfahrung damit. Die Eigenschaften des Uran 233 sind weitgehend unbekannt.

Diese Anlage kann auch jederzeit durch Auswechseln der Brutelemente wieder in eine Plutoniumerzeugungsanlage umfunktioniert werden. Man hält sich alle Türe offen. Außerdem befinden sich in der Plutonium-Vernichtungsanlage weiterhin sechs Tonne pu — wie im Schnellen Brüter — und sie wird auch mit Natrium gekühlt, das in Verbindung mit Luft oder Wasser sogleich brennt und zu Explosionen führt. Infolge der hohen Konzentration an spaltbarem Material kann die pu-Vernichtungsanlage genauso wie ein Schneller Brüter durchgehen.

Bei unseren Recherchen fiel uns eine Dokumentation "zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie aus dem Jahre 1977 in die Hände. Darin heißt es auf Seite 128: "Langfristig erscheint eine Kopplung von Hochtemperaturreaktoren mit Konversationsraten nahe unter 1 (Anm.: Es wird fast soviel Spaltstoff erbrütet wie verbraucht wird) mit Schnellbrütern, die im äußeren Brutmantel zusätzliches Uran 233 erzeugen (Anm: Das sind genau Riemers Plutonium-Vernichtungsanlagen) von der Kernbrennstoffversorgung her eine optimale Lösung sein."

Sollte etwa das Atomprogramm nur um eine zusätzliche Variante bereichert werden? Dafür spricht auch, daß Riemer der Ruhrkohle nahesteht. Der Bergbau hat insbesondere Interesse an Hochtemperaturreaktoren — in deren Linie die Plutonium-Vernichtungsanlage gesehen werden muß — da sie die Hochtemperaturwärme zur Kohlevergasung einsetzen wollen, um so einen zusätzlichen Absatzmarkt für die Kohle zu schaffen. Weiterhin ist es möglich, daß sich herausgestellt hat, daß die Plutonium-Brütertechnologie nicht funktioniert und nun



Baustelle des schnellen Brüters in Kalkar

WEITERE PFLANZAKTION IN GORLEBEN

GORLEBEN
1. November

In Gorleben läuft zur Zeit eine weitere Pflanzaktion. Die Platzgruppe der BI Lüchow-Dannenberg schreibt dazu im einzelnen:

„Im Frühjahr haben wir zwar 45.000 Bäumchen in den Boden gebracht, trotzdem sind noch ca. 80 – 90 Parzellen nicht bepflanzt worden. Dies wollen wir mit dieser herbstlichen Pflanzaktion nachholen und haben dafür schon 20.000 Pflanzen bestellt. Überdies sind noch Parzellen zu vergeben (per Nutzungsvertrag). Wir sind jetzt schon mit einem Baubeginn konfrontiert, der darauf abzielt unter unserer Reizschwelle zu liegen. D.h. sie fangen ganz harmlos an: Ausbau der Gorlebener Schule zum DWK-Informationshaus, Befestigung der Waldwege, Aufstellung und Verlegung neuer Polizeieinheiten nach Uelzen und Lüchow und in diesem Stil wird es weitergehen.

Wie können wir darauf reagieren und wie verhindern, daß wir durch diese Taktik nicht desorientiert und gespalten werden. Da alle diejenigen, die auf dem Platz konkrete Arbeit leisten, an dieser Diskussion beteiligt sein müssen, wird jedoch Samstag ein Pflanzer-Treffen stattfinden, auf dem diese Fragen angesprochen werden.

Und nun zum Organisatorischen: Verantwortlich für die herbstliche Pflanzaktion, die noch bis zum 25./26. November gehen wird, ist die PLATZ-Gruppe der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

Anschrift: Drawehner Straße 3, 3130 Lüchow, Tel.: 05841/4684.



ein Ausweg gesucht wird, ohne Kalkar abreißen zu müssen (der Bau hat bisher rund 1 Milliarde gekostet).

Nun hat die Regionalkonferenz der niederrheinischen Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen dem Herrn Riemer einen Brief geschrieben und ihn zu einem Gespräch eingeladen. Wir sind gespannt über den Ausgang, falls das Gespräch überhaupt stattfindet. Wie auf diese Ereignisse von uns reagiert wird (Demo) wird noch diskutiert. Wir werden von uns hören lassen.

Kontakt: Arbeitskreis Umwelt Münster, i.A. Johannes Spruth, Dreilinden 22, 4400 Münster, Redaktion Grünes Blatt

GORLEBEN–AKTIONSTAG

HANNOVER
2. November

Klaus aus Hannover schreibt uns als beteiligter Radler:

Unter dem aus Funk und Fernsehen bekannten Motto "Gorleben soll Leben – wir auch" radelten am 28.10 150 Atomgegner 2 Stunden lang durch Hannover. Aufsehen erregte dabei unsere auf Transparenten vornweg gefahrene Forderung: " Die WAA in Gorleben wird nicht gebaut. Basta" sowie die sich angenehm im Hintergrund haltende Polizei. Sie war von den Ereignissen offenbar total überrascht + verunsichert, lediglich ein Wagen fuhr vornweg und sperrte für uns die Kreuzung ab (" Wo wollen Sie denn jetzt weiter fahren? ") Das Verrückteste: Ein PKW-Fahrer fuhr zu Anfang ziemlich wild in die Fahrrad-Schlange rein und zog sich dabei ein paar Tret-Beulen zu. Die bei solchen Anlässen gern chaotisierende Polizei stellte sich diesmal allerdings vol hinter uns + verpasste dem Fahrer noch einen Strafzettel wegen Verkehrsbelästigung!

DISKUSSION UM WIDERSTAND GEGEN WAA

HAMBURG
25. Oktober

Dieser Brief ist eine Antwort auf das Widerstandskonzept der BI Lüchow-Dannenberg von der Hamburger BI Angestellte gegen AKW

Liebe Freunde!
Euer Konzept zum Kampf gegen die WAA Gorleben haben wir mit Interesse gelesen und ausführlich besprochen. Wir sind wie Ihr der Meinung, daß Gorleben von großer Bedeutung für das Atomprogramm der BRD ist, daß von Gorleben die Weiterführung aller AKW abhängt. Demzufolge halten wir die Aufgaben, was gegen die WAA gemacht wird für einen Entscheidungsprozeß aller BI's in der BRD. So haben wir auch euren Brief als einen zur Diskussion gestellten Vorschlag behandelt. Aus dem genannten werdet Ihr schon gesehen haben, daß es um die Aktionen vorbereitende Diskussionen geht. Konkret schlagen wir vor, einen Arbeitsausschuß zu bilden, der sich aus den Vertretern der regional wichtigsten Kräften zusammensetzt, und eine Bundeskonferenz von Vertretern aller BI's als auch Organisationen zusammensetzt. Wir dachten hierbei an eine Konferenz ähnlich wie vor Kalkar.

(Ich möchte da zuerst mal wissen, wer die „regional wichtigsten Gruppen" sind, und wer sie dazu erklärt. 2. kann ich mich noch an die Konferenzen vor Kalkar erinnern; Kampfabstimmungen und dumme Machtpolitik bestimmter allseits bekannter und verrufener Parteiaufbauer; ich hoffe Ihr meint das nicht mit dem Satz. Der Öko-Redakteur)

Dieser Schritt sollte sofort in Angriff genommen werden, um schon möglichst bald eine Einheit für kommende Aktionen herzustellen, da es wichtig ist, daß wir auf den Zeitpunkt des Bohrbeginns vorbereitet sind. Unsere Vorschläge zu den Aktionen wären folgende:

1. Wir fordern direkte, dezentrale Aktionen in der ganzen BRD und West-Berlin. Damit sollte jetzt schon begonnen

werden, wobei darüberhinaus ein gemeinsamer Aktionstag festgelegt werden sollte. Die Aktionsformen müssen den beteiligten Gruppen überlassen werden. Danach soll eine Bundeskonferenz aller Gruppen, die Interesse haben (Delegiertenkonferenz) stattfinden. Diese Konferenz soll eine überörtliche Auswertung der dezentralen Aktionen vornehmen, sowie die regionalen Demos vorbereiten helfen. Hierzu sollen ausändische Gruppen und alle übrigen Gruppen eingeladen werden (z.B. WSL, Vogelschutzbund, Naturfreunde etc.).

2. Nächster Schritt wäre die regionale Kundgebung und Demonstration. Diese sollte am Sonnabend stattfinden, weil es für die beteiligten Ausländer sonst zu einer großen Strapaze würde. Außerdem halten wir drei Demo-Orte für besser als sechs. Wir sehen es z.B. nicht ein, warum die Norddeutschen BI's an zwei Orten Demos machen sollten. Nach der Aufteilung in Eurem Konzept sieht es so aus, als wolltet ihr sämtliche militante Gruppen von den Demos in Gorleben fernhalten. Hier liegt ein weiterer Grund für die Forderung einer Arbeits- und Bundeskonferenz, da es unserer Meinung von Vorteil ist, uns nicht spalten zu lassen wie bei Brokdorf — Itzehoe. Weshalb habt Ihr sonst z. B. Bremen und Hannover zu Brokdorf zugeordnet obwohl Gorleben dichter liegt. Wir schlagen deshalb vor:

a. Im Norden Gorleben, für alle Norddeutschen und Dänischen BI's.
b. Ein Ort im Westen für die Holländer, Westfalen, Münsteraner.
c. Ein Ort im Süden für die Schweizer, Österreicher, badisch-elsässischen BI's, Bayern, Hessen usw.

3. Unmittelbar nach Bohrbeginn soll eine erneute Bundeskonferenz stattfinden. Diese soll der Auswertung der bisherigen Aktionen dienen und gleichzeitig die Vorbereitung der internationalen Großdemonstration in die Wege leiten. Hierbei stimmen wir mit euch überein. daß die zentrale europäische Demo sehr sorgfältig vorbereitet werden muß. Bezüglich des Ortes der Großdemo haben wir noch keinen einheitlichen Standpunkt erarbeitet, aber die Tendenz geht nach Gorleben...

Kontakt: J. Bortholdt, Bürgerweide 3a, 2000 Hamburg 26.

AKTIONSVORSCHLÄGE ZU GORLEBEN

Im ID 246 und 249/250 habenwir bereits einige Widerstandskonzepte gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben vorgestellt. Aus Münster erreichte uns jetzt ein neueres Papier, das wir in Auszügen abdrucken:

. . . Über die Entwicklung der örtlichen Aktivitäten hinaus befürworten wir ausdrücklich das Zustandekommen von Widerstandsaktionen unter Einbeziehung von vielen Leuten im regionalen und/oder bundesweiten Maßstab. Dabei geben wir aber zu bedenken, daß die Machbarkeit solcher Aktionen abhängig ist von der jeweiligen Entwicklungsstufe des Widerstandes.

Im Augenblick ist die Situation die, daß nur in sehr wenigen Bürgerinitiativen — und dann auch nur sporadisch — was zu Gorlben läuft. Deshalb weisen wir nochmal darauf hin: erste Priorität hat für uns die Entwicklung einer kontinuierlichen örtlichen Arbeit zu Gorleben. DARÜBERHINAUS werden wir uns auf den von uns besuchten Konferenzen (NRW—Landeskonferenz, Münsterlandkonferenz) für das Zustandekommen einer regionalen Demonstration zu Beginn der Flachbohrungen möglicherweise in Kalkar in Zusammenhang mit der Erteilung der 3. Teilgenehmigung, oder in Ahaus, in Zusammenhang mit dem Erörterungstermin für das Zwischenlager, einsetzen. Wir würden es begrüßen, wenn dann ähnliche Aktivitäten anderswo, vor allem in Gorleben, ebenfalls ergriffen werden.

Durch diese Aktionen erhoffen wir uns eine Verbreiterung und Intensivierung des Widerstandes. Gleichzeitig wird damit eine wichtige Voraussetzung geschaffen für die Durchführung weiterer Aktionen in einem noch größeren Rahmen. Hierbei halten wir auch den Aufbau eine ANTI—ATOM—DORFES und vor allem die Durchführung einer INTERNATIONALEN GROSSDEMONSTRATION in Gorleben möglicherweise im Sommer 1979 für erstrebenswert. Zu der Befürchtung, die örtliche Bevölkerung sei damit vielleicht nicht einverstanden, meinen wir: Die Bevölkerung in Lüchow-Dannenberg hat zweifellos eine herausragende Bedeutung im Kampf gegen die WAA. Das kann und darf aber nicht die direkte Betroffenheit der gesamten Bevölkerung in der BRD und anderswo schmälern.

Die Anti-AKW-Bewegung hat bestimmte Erfahrungen gemacht, die sie vielleicht punktuell in Widerspruch zu der Bevölkerung geraten läßt. Darum sind Kompromisse zwischen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, der örtlichen Bevölkerung und der Anti-AKW-Bewegung notwendig. Die Bürgerinitiative sehen wir im Übrigen als einen besonders aktiven Teil der Bevölkerung an und nicht als Vertreter der gesamten Bevölkerung.

Im übrigen halten wir daran fest, daß die intensive und genaue Planung dieser Demonstration auf einer BUNDESKONFERENZ im Frühjahr 79 aufgenommen werden sollte.

Kontakt: AG Gorleben im AK Umwelt Münster, F.H. Lammersdorf, Hornstr. 30, 4400 Münster

DA LIEGT EIN FASS WO DRAUFSTEHT: „GIFT" – „RADIOAKTIV"

WESTBERLIN 30. Oktober 1978 *Von der Kreuzberger Neuen Zeitung, c/o Runkel, Möcknerstr. 79, 1 Berlin 61:*

„Wegen umfangreicher polizeilicher Maßnahmen wurde die Kreuzung Yorckstraße/Mehringdamm in Berlin-Kreuzberg während der samstäglichen Einkaufszeit (10 Uhr 17 bis - - -) gesperrt. Die Autofahrer wurden angehalten, den Bereich weiträumig zu umfahren.

Ab 10 Uhr 05 stand ich mit (-) im Eduscho-Cafe, 200 Meter vom Unfallort entfernt. Durch zahlreiche Polizeifahrzeuge und Feuerwerker aufmerksam gemacht, versuchte ich bis an die eilig eingerichtete Absperrung vorzudringen. Schon bevor ich sehen konnte, was passiert war, unterrichtete mich eine Nachbarin: „Da liegt ein Faß wo draufsteht 'GIFT', 'RADIOAKTIV'!" Tatsächlich: Am Rande des Bürgersteigs lag umgekippt ein gelbes 200-Liter-Faß mit der Aufschrift: 'Vorsicht, radioaktiv' und dem bekannten Warnzeichen für strahlende Abfälle. Inzwischen waren in einigem Abstand je zwei einzelne Feuerwehr-PKW's und ein Kasten-LKW mit der Aufschrift 'Atemschutz' eingetroffen. In den PKW's befanden sich dem Anschein nach Spezialisten. Das Faß wurde mit Meßgeräten untersucht. Ein unauffällig dort anwesender Fotograf einer bekannten Tempelhofer Zeitung schoß von dem Vorgang eine ganze Bildserie.

Die Absperrung betraf jetzt die ganze Kreuzung. Der Menschenauflauf war für diesen Aufwand ziemlich gering. Die umstehenden Jugendlichen machten sachkundige Witze. Die ältere schwiegen zumeist. Gegen 10 Uhr 43 begannen die Beamten die wenigen Zuschauer nachdrücklich aber freundlich zu zerstreuen. Um 10 Uhr 50 war der gesamte Bereich von Zivilisten geräumt."

Die Aktionsgruppe „Gorleben soll leben! Wir auch" schickte uns folgende Erklärung:

„Heute um 9 Uhr „verloren" wir an der Ecke Mehringdamm/ Yorckstraße ein gelbes Faß mit der Aufschrift „Vorsicht! Radioaktiv! Lebensgefahr!", dem Radioaktivitäts-Symbol sowie einem Aufkleber „Von Hahn-Meitner-Institut, Glienickerstr. 100, D-1000 Berlin 39 nach UNIROC Zwischenlager für Kernbrennstoffe Hanau, D-6450 Hanau 9".

Gegen 9.30 Uhr trafen zunächst zwei Kontaktbereichsbeamte ein, bald waren mehrere Funkstreifen anwesend, dann rollte die Feuerwehr an, die Umgebung des Fasses wurde immer weiträumiger abgesperrt und der Verkehr umgeleitet. Gegen 11 Uhr wurde mit Geigerzählern festgestellt, daß das Faß keinerlei Radioaktivität ausstrahlte, die Polizei ließ dann – sogar über Rundfunk – mitteilen, daß sich in dem Faß jedoch eine Bombe befinden könne, obwohl hierfür keinerlei Anzeichen vorlagen. Gegen 12 Uhr wurde das Faß dann unter schärfster Bewachung abtransportiert. – Wir hätten gern die Gesichter des 'Entschärfungskommandos' gesehen, das nach Öffnung des Fasses auf nichts als Sand stieß.

Wir wollten im Rahmen der 2. bundesweiten Aktionstage gegen das Atomprogramm mit dem plötzlich auftauchenden Faß auf die Gefährlichkeit der ständig zunehmenden Transporte von radioaktiven Stoffen hinweisen, die sich normalerweise im Geheimen vollziehen. So fällt z.B. hier in Berlin laufend radioaktiver Müll aus dem Versuchsreaktor des Hahn-Meitner-Instituts an. Fälle, bei denen Fässer mit radioaktivem Müll tatsächlich verlorengingen, sind bekannt. Gerade die letzten Störfälle im Atomkraftwerk Brunsbüttel verdeutlichen, wie sehr die Behörden bei Unfällen versuchen, gegenüber der Bevölkerung derartige Vorgänge zu verwischen und vertuschen. Durch den Bau der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Gorleben droht sowohl eine wesentliche Zunahme der Transporte radioaktiven Materials als auch eine Steigerung der Gefährlichkeit der radioaktiven Stoffe (Plutoniumwirtschaft). Zudem ist die geplante Anlage in Gorleben selbst ein unkalkulierbares Risiko. Deshalb darf die WAA Gorleben nicht gebaut werden.

Wir hatten eine kleine Aktion mit der Faß-Attrappe geplant, um den Widerstand gegen die WAA Gorleben zu unterstützen. Dafür, daß Polizei und Feuerwehr uns durch ihren Großeinsatz Publizität verschafften, dürfen wir uns auf diesem Wege bedanken."

STRASSENSPERRE – ODER AUCH: EIN LEHRSTÜCK FÜR DIE POLIZEI

Göttingen
31. Oktober

Diesen Bericht erhielten wir von einem Demo-Teilnehmer. Der GÖTTINGER ARBEITSKREIS GEGEN ATOMENERGIE teilte in einer Pressemitteilung die Einreichung einer Dienstaufsichtsbeschwerde wegen dieser Vorgänge mit.

Am Sonntag, 29.10., veranstalteten der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Sympathisanten anläßlich der 2. Gorleben-Aktionstage eine Autodemo zum AKW Würgassen. Es nahmen etwa 120 Atomkraftgegner mit ca. 30 Autos teil.

Die eigentlich vorgesehene Stillegung des AKW durch Anbringen einer Sperrkette am Werkstor konnte nicht erfolgen, sie wurde durch eine kleine, feiertäglich anmutende Polizeisperre – die Beamten trugen gewöhnliche Parka und Mützen – verhindert, d.h., wir hatten keine Lust, die restlichen 2 km durch den Herbstnebel zum AKW zu laufen, um dann dort bestenfalls ein paar Werkschützern den Sonntag zu verkürzen. Statt dessen fuhren wir nach Absingen einiger antiatomarer Lieder und der Verschönerung der Fahrbahn mit Parolen in – wie uns schien – bestem Einvernehmen mit den Polizisten (diese mußten von ihren Leittieren gebremst werden nicht gar so eifrig mit uns zu diskutieren) zurück nach Lauenförde, einem kleinen Dorf an der B 241 unmittelbar an der Weser. Dort veranstalteten wir auf dem Dorfplatz einen Sonntagnachmittagskaffee, verteilten Flugblätter und waren recht guter Dinge, bis plötzlich und mit viel Aufsehen eine Bullenkolonne durchs Dorf gerast kam, an uns vorbei noch zwei Ecken weiter und alsdann begann, die Weserbrücke nach Beverungen strategisch abzusichern; es zogen etwa 50 - 60 Krieger, jetzt voll bewaffnet und im großen Grohnde-Spielanzug, auf, nahmen Aufstellung vor der Brücke und bekundeten ihre Entschlossenheit, diese vor unseren Horden zu verteidigen, d.h., wer anti-atomares im Sinn hatte, durfte sie ab sofort nicht mehr benutzen, der "normale" Durchgangsverkehr durfte weiter passieren.

Wir hatten ursprünglich vorgehabt nach Beendigigung des Kaffeefestes der Weser samt Brücke den Rücken zu kehren und zurück nach Göttingen zu fahren. Jetzt aber interessierte uns die Sache doch, wir wollten erfahren, wie weit und mit welchen Argumenten uns die Benutzung einer öffentlichen Bundesstraßenbrücke verwehrt werden sollte, wie wir aus dem übrigen Durchgangsverkehr aussortiert werden sollten. Also rollten wir als geschlossene Kolonne auf die Brücke zu, und richtig: vor uns schob sich die grüne Mauer zusammen, davor ein eifrig winkendes Beamtchen, das uns eine nach rechts in die Botanik führende Straße andienen wollte. Solches rief doch Verwunderung bei uns hervor, jeder wollte sehen, warum es vorne nicht weiter ging, und wir fuhren leider so ungeschickt auf, daß es auch für den den Anforderungen der StVO/FdGO genügenden Verkehr kein Durchkommen mehr gab, wobei die letzten Lükken sorgfältig von den zwischen uns nervös herumfahrenden Polizeiwagen und -motorrädern geschlossen wurden.

Unsere Fragen nach Sinn und rechtlicher Grundlage dieser Sperrung wurden mit dem Hinweis auf die ominöse Einsatzleitung, die sich im AKW verschanzt haben sollte beantwortet, einige kluge Bullen wußten außerdem, daß die Brücke einsturzgefährdet sei. Dann kam die Aufforderung, WIR sollten die Straße räumen (!) - anderenfalls Knüppel, Abschleppen, Anzeige etc. Als Antwort Hupen, Sprechchöre, Versuche unsererseits, die Bevölkerung anzusprechen, zu zeigen, worum es uns ging.

Dann kam der Brückenkommandant, ein sehr smarter und geschickt agierender Hauptkommissar zu uns und versuchte es im Guten, nach Göttingen sei es doch dort herum viel näher und so. Das half ihm allerdings auch nicht weiter, und nachdem es auch einigen Beamten zu dämmern begann, daß ihre Blockade so sinnvoll vielleicht doch nicht war – hätten wir doch vorher, als weit und breit kein Bulle da war, die Brükke passieren und Beverungen in aller Ruhe dem Erdboden gleich machen können, aber wir haben es eben nicht getan – wagte er als Einsatzleiter/Brücke doch noch eine Anfrage bei dem hohen Gremium. Wir hatten bereits eingewilligt, unter bestimmten Bedingungen, die für sich noch immer eine riesige Provokation und Beschränkung unserer Freiheit waren, nämlich Passage der Brücke und Beverungens in Polizeigeleit, keiner durfte von der Bundesstraße runter, "unsere" Blockade aufzugeben, und waren wohl auch irgendwo froh, daß sich die Sache so lösen sollte. Den Polizisten ging es sicherlich ähnlich, allein, der Herr Oberkreisdirektor sagte "Nein, den alten Zustand beibehalten." Wieder Drohungen, Aufforderung zum Räumen, aber nachdem wir beschlossen hatten, noch ca. eine halbe Stunde auszuharren, entspannte sich die Lage schnell. Mehrere Beamte übten offene Kritik an der Einsatzleitung, andere schüttelten verständnislos den – inzwischen unbehelmten – Kopf, in zahlreichen Gruppen standen wir mit Polizisten und Bürgern zusammen und diskutierten.

Wir haben dann "aufgegeben", d.h., haben gewendet und sind zurückgefahren, worüber bei uns keine einheitliche Meinung bestand. Die Mehrheit war dann aber dafür so zu verfahren, weil wir glauben, durch die Gespräche, durch das offensichtlich provokative Verhalten der Einsatzleitung, durch die Ruhe, die wir trotz allem bewahrten, ist vielleicht ein Ansatz einer kritischen Einstellung der Beamten geschaffen worden, der sie in Zukunft etwas mehr darüber nachdenken läßt, was sie da eigentlich tun, für wen sie sich da hinstellen. Auch in der Bevölkerung Lauenfördes hat es, neben bösen Fascho-Sprüchen, durchaus positive Reaktionen gegeben; ein altes Ehepaar rief uns, als wir langsam aus dem Ort rollten, ein "Kommt bald wieder!" hinterher.



Photo: Moskito

DER „MENSCHENTEPPICH" VOR DER LURGI-GmbH, ODER: WER AM BAU VON KKWs MITARBEITET, GEHT AUCH ÜBER LEICHEN

FRANKFURT,
30. Oktober 78

Der Freundeskreis Rhein-Main ist eine Initiative, die seit einem Jahr gegen die in "Gorleben" geplante "Wiederaufbereitungsanlage" kämpft. Im Rahmen der 2. bundesweiten Aktionstage suchte sich die Gruppe zusammen mit der Frankfurter Gruppe "Strompreisboykott" die LURGI GmbH als Ziel ihrer Aktivitäten aus, um darauf hinzuweisen, daß die Atommafia auch hier sitzt und auch von Frankfurt aus "Gorleben" geplant wird. Laut Geschäftsbericht der Deutschen Metallgesellschaft (Lurgi ist eine 100%ige Tochter) ist Lurgi an der Planung für die neue "WAA" beteiligt. Lurgi plante und leitete bereits den Bau der Versuchsanlage für "Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen" in Karlsruhe.

"Isch würd sache, es hat Akzente gesetzt, inwieweit wir jetzt wisse, worum sich's dreht -"

Am Donnerstag fand eine "Mahnwaceh" vor dem Haupteingang der Lurgi GmbH statt: 4 "Wächter-innen" mit weißgeschminktem Gesicht in schwarzen Kutten standen auf einem Podest und hielten Fackeln in der Hand. Zusätzlich wurde mit einem Flugblatt: "Frau Meier tippt ja nur die Rechnung . . ." die Aktion den Beschäftigten erklärt. Erstaunlich: die Dinger gingen weg wie warme Semmeln - kein einziges wurde weggeschmissen . . .

"Na, ihr bereitet euch wohl schon vor - " hatte einer uns gleich erkannt, als wir schon 2 Stunden vor der Aktion mal gucken gegangen waren, von wo aus wir am besten photographieren würden: seit das am Mittwoch in der FR gestanden hatte, was das rund gegangen - alle "Lurgianer" traten ganz vorsichtig um sich schauend aus der Drehtür, an jeder Ecke standen unauffällige "Herren" -.

Wir erfuhren, daß die Geschäftsleitung Lautsprecherdurchsagen gemacht und Handzettel verteilt hätte: was wir behaupteten, stimme gar nicht - das Unternehmen hätte eine extra "Umweltabteilung", befasse sich mit Recycling und hingegen sogar mit der "Vernichtung von Atommüll", ähnlich wie die "Kali und Salz AG" . . . , und im übrigen würde sie allen Beschäftigten anraten, schon ab 6.30 zu erscheinen, "weil sonst wohl kaum noch ein Durchkommen wäre". Die Reaktionen auf die "Mahnwache" reichten von einem "ei, is es net e bissi kalt?" bis zu einem ungläubigen "ob denn morgen tatsächlich der "Menschenteppich" wäre -?"

Angst schienen viele vor dem kommenden Morgen zu haben - aber es war auch viel Sensationsgier dabei: es klebte alles an den Scheiben.

"Was soll des - wenn's die Lurgi net macht, macht's ne annere Firma - ".

Der "Menschenteppich" wurde vorverlegt auf 6.30 - um 6.15 standen wir an der Tankstelle, konnten genau gegenüber beobachten, wie einige Herren aus den "höheren Abteilungen" nervös auf und ab schritten, beunruhigte Blicke auf uns warfen und nach dem Telefon griffen. Etwa 30-40 Menschen legten sich dann rund um den Eingang: "Kopf auf Bauch" in 4-er Formation, wie wir es vorher ausgecheckt hatten.

"- also erst ma-, daß endlich ma was los war - "

Die Reaktionen waren verschieden, manche erschreckten, kehrten auf dem Absatz um und suchten sich einen anderen Eingang, andere schritten tapfer auf den "Menschenteppich" zu und suchten sich einen Weg: "Na, wollt ihr net 'n Kaffee-?", "ganz schön kalt, was -?" Einer meinte, wir sollten doch froh sein, daß sie uns die "saubere" Atomtechnologie "liefern" würden, irgendwo müsse das Zeug ja hin." Klar, den Scheiß haben wir jetzt am Hals- und immer mehr solls werden . . .

"Na, wir hatten auch Angst vor Rowdies - ein gewisser Anteil ist doch immer dabei -"

Im Betrieb hatte sich schon fast eine leichte Panik breitgemacht: die dachten, es kämen mehr Leute zum Menschenteppich, und dann, daß es auch "Ausschreitungen" gäbe; haben sich Gedanken gemacht, wo sie ihre Autos abstellen wegen den Polizei- und Wasserwerfereinsätzen.

Manche sollten enttäuscht gewesen sein, daß es keine Eskalationen gegeben hat.

"Fortschritt fordert Opfer".

Am folgenden Tag führten wir einen Stand im Steinweg durch, wo Lose verteilt wurden und z.B. AKWs aus Keksen und Mohrenköpfen gewonnen werden konnten und der Hauptpreis: die Fahrt mit uns nach Gorleben mit Übernachtung und Frühstück. Unser "Wurm", ("nimmt die WAA im Sturm") geisterte durch die Innenstadt, verfolgt von Atommüll verteilenden Strompreisboykotteuren. Komischerweise verteilte die "BGE" ("Bürgerinitiative für gesicherte Energieversorgung") ein Flugblatt mit der Aufschrift: "Darf ich mich vorstellen? Ich bin der Plutoniumwurm! . . . Ich verdanke meine Existenz den Kernenergiegegnern."


Photo: Arnd Weber

Beiträge

DIE ALTERNATIVPRESSE UND "DIE TAGESZEITUNG"

BRAUNSCHWEIG
24. Oktober

Der Artikel über das Alternativpressetreffen ist für die Braunschweiger Stadtzeitung geschrieben worden — wir haben, dafür sei Dank, eine Kopie bekommen:

Auf der Tagesordnung des letzten nationalen Alternativpressetreffens, das vom 13. bis 15. Oktober in Braunschweig stattfand, erschien als erster und wichtiger Punkt: Die Tageszeitung. Der Begriff ist nicht mehr allgemein, er braucht auch nicht mehr mehr mit Beiworten wie "die linke ..." oder "die andere ..." veranschaulicht werden, er ist zum Eigennamen (Abkürzung: taz) und Inbegriff geworden. Was sonst noch unter diesem Tit mitgedacht werden muß: "Die Neue" stand in diesem Kreis nicht mehr zur Diskussion. Die taz ist aus der Alternativpressebewegung her ausgewachsen, will sich von ihr und ihrem Ursprungskreisen basisdemokratisch kontrollieren lassen und ist auf ihre nachrichtliche und propagandistische Mitarbeit angewiesen.

Dennoch kam das Projekt auch für viele alternative Zeitungsmacher überraschend. Ein wirksamer Einfluß nehmender Austausch der Meinungen und Stellungnahmen hat nur in begrenztem Kreise stattgefunden. Dort aber wurde geplant und vorangetrieben, so daß das Projekt inzwischen eine Eigendynamik gewonnen hat, die Tatsachen schafft. Zu diesem vorwärtsrollenden Etwas mußten die Alternativzeitungen ihr Verhältnis bestimmen. So konnten die Fragen nicht mehr lauten:

Wollen wir sie?
Ist der Zeitpunkt richtig?
Sollte es nicht lieber eine Wochenzeitung sein?

Sondern hießen vielmehr:

Ist es ein Konkurrenzverhältnis?
Nur weil Schreiber abwandern?
Oder auch inhaltlich: Nimmt die taz uns die spektakulärsten Nachrichten vorweg?
Werden über die undogmatische Linke hinausgehende Leserkreise anvisiert?
Sollten dann die volksblattähnlichen Alternativzeitungen in der taz aufgehen?
Wie?
Ist es möglich, eine regionale Beilage einzulegen?
Kann die Bundesausgabe wechselnde regionale Seiten haben?
Können regionale Ausgaben gedruckt werden?

In der Diskussion, die sich immer wieder an der gleichen Stelle festbiß, spiegelte sich ganz deutlich das Hauptproblem: es ist das ungeklärte Verhältnis der Interessenten in der Provinz zu den Machern in den Metropolen Berlin und Frankfurt. Da wurde zugegeben, daß es für den selbstbestimmten Mitarbeiter einer Alternativzeitung schwer sei, in die Rolle des schreibenden Lesers zu wechseln. Da wurde immer wieder gefragt: Welchen Weg nimmt mein Artikel? Wer bestimmt, was reinkommt? Wie kann ich Einfluß nehmen? Das Gefühl der Ohnmacht, das sich in der immerwiederkehrenden Frage nach Berücksichtigung der Regionen ausdrückte, ist sicher nicht unbegründet. Die bisher erschreckend nichtssagende Berichterstattung über das Projekt in den Alternativzeitungen beweist die Gründe solcher Ohnmachtsgefühle: die "Gegenöffentlichkeit" wurde nicht einmal informiert. Pressemitteilungen an Stern und Spiegel wurden für wich-

zum Thema Tageszeitung

tiger gehalten als die Information der eigenen Basis. Wenn aber nicht einmal der aktuelle Stand der Entwicklung durchsickert, kann man dann noch an demokratische Kontrolle glauben?

Das Problem wird nicht darin bestehen, die Nachrichten aus den den Regionen ins Blatt hineinzu"heben". Eine qualitativ neue Gewichtung der Meldungen aus einzelnen Betrieben, von der Vorgehensweise lokaler Institutionen, von den Bewegungen vor Ort ist das entscheidende Charakteristikum einer "anderen" Tageszeitung. Wenn die Herstellung einer "Bremer Seite" auch teuer wird, so werden doch viele regionale Nachrichten den "Innenteil" zusammensetzen. Hier ist auch die Möglichkeit der Unterstützung zu suchen: Die Alternativzeitungen, taz-Initiativen und interessierten Einzelnen können

- durchgeben, was ihnen aktuell zu Ohren kommt
- auf einen Anruf hin losgehen und dpa-Material aus der lokalen Sicht der Betroffenen überprüfen
- ihnen bekannte Betroffene zum Schreiben animieren.

Das Problem liegt vielmehr darin, eine dezentrale Mitbestimmung bei redaktionellen Entscheidungen zu ermöglichen. Wie kann die Infrastruktur aussehen, wenn es aus finanziellen Gründen Provinzredaktionen nicht geben wird, die Redakteure nicht zwischen ihnen und der Zentrale rotieren können? Was kann eine Konferenzschaltung der lokalen Korrespondenten leisten? Und wie legitimieren die sich überhaupt? Bei all diesen Überlegungen wird deutlich: die Zentrale hat schon jetzt die Übermacht, sie wird sie aufgrund ihrer Aufgabe und des Informationsvorsprunges immer haben. Es ist also von entscheidender Wichtigkeit mitzubestimmen, wer in die Zentrale gelangt. Das wird auch an der rechtlichen Konstruktion ersichtlich, die mit der Gründung eines Vereins am 10.10.78 konkrete Gestalt angenommen hat. In den Verein, der keinen Außenvorstand hat, entsendet jede örtliche Initiative 2 Mitglieder. Wieviel Stimmanteile die Frankfurter Zentrale erhalten soll, ist noch nicht ausdiskutiert. Die ursprünglich vorgeschlagenen 80 % sind auf 51 % herabgesetzt worden, 40 % ist jedoch auch noch im Gespräch. Weiterhin wird die Gründung einer GmbH betrieben. Es konnten 25 Kommanditisten gefunden werden, die mit ihren Einlagen in die GmbH das nötige Startkapital zusammentragen. Damit nicht Finanzkraft Gelegenheit zur Einflußnahme bedeutet, müssen die Gesellschafter "rechtlos" gehalten werden. Ein Verein kann unproblematisch Mitglieder aufnehmen und ausschließen, daher wird die GmbH als Mitglied in den Verein eingebracht. Für den Verein als Treugeber halten 2 Treuhänder (Schily und ein weiterer Anwalt) die gesellschaftlichen Anteile. Die Treuhänder werden per Vertrag an die Weisungen des Vereins gebunden.

Der entscheidende Punkt ist in dieser Konstruktion die Besetzung der Zentralredaktion. Über die Frage der Wahl oder Ernennung der Redakteure, über den Modus der Abwählbarkeit fallen Mitte November die Würfel. So sind alle Interessenten aufgerufen: Schreibt nach Frankfurt, laßt Euch informieren, wie der Entscheidungsprozeß laufen soll und bestimmt mit.

Hier die Adresse:
Tageszeitungsinitiative c/o Hannes Winter,
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt/M. 90

KLEINE ANTWORT DER TAZ

FRANKFURT
24. Oktober

auf den Artikel der Braunschweiger Stadtzeitung zum Alternativpressetreffen über das Verhältnis Alternativpresse und Tageszeitung:

Zuerst einige Berichtigungen: Von einer Verteilung der Stimmanteile nach Prozenten ist uns nichts bekannt – das steht uns noch bevor. 25 Kommanditisten gibt es auch noch nicht, dazu muß erst die GmbH, die wirtschaftlich notwendig für die taz ist, gegründet werden. Zwei Vereine – je einen in Berlin und Frankfurt – gibt es schon seit dem Frühsommer. Daß der Informationsfluß zwischen taz und Alternativpresse schlecht gelaufen ist, stimmt leider. Wir haben zwar auf dem Alternativpressetreffen Ende Mai in München versucht, Informationen zu geben, aber eine Kontinuität haben wir von uns aus nicht zustande gebracht. Die Fragen, die ihr bezüglich der dezentralen Organisation stellt, sind auch unsere Fragen; wir sind uns bewußt, daß der Konflikt zwischen Hauptredaktion und Initiativen ein dauernder sein wird: es gibt keine definitive Lösung. Daraus ergibt sich das Problem für uns, die taz trotz dieses Dauerkonflikts zu realisieren.

Tageszeitungsinitiative in Frankfurt.

Übrigens: die zweite Nullnummer der Tageszeitung, die während der Frankfurter Buchmesse hergestellt wurde, ist nicht, wie die erste Nullnummer an die Abonnenten des ID verschickt worden. Sie ist im linken Buchhandel erhältlich oder bei:
Tageszeitungsinitiative, c/o Johannes Winter, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90. Preis: 1,-- DM in Briefmarken.

GANZ *GROSS* DAS „*KLEIN*–WERDEN" SCHAFFEN

BREMEN, im Oktober 1978
Ein Leserbrief an den PFLASTERSTRAND (Stadtzeitung für Frankfurt):

„Liebe Leute.
Noch ein weiterer Versuch, den abgefahrenen Zug der Tageszeitung zu stoppen. Ein altes Eskimo-Sprichwort lautet:

> **Wenn du mit dem Hundeschlitten unterwegs bist, achte genau auf die Strecke hinter dir, damit du auch wieder zurückfindest.**

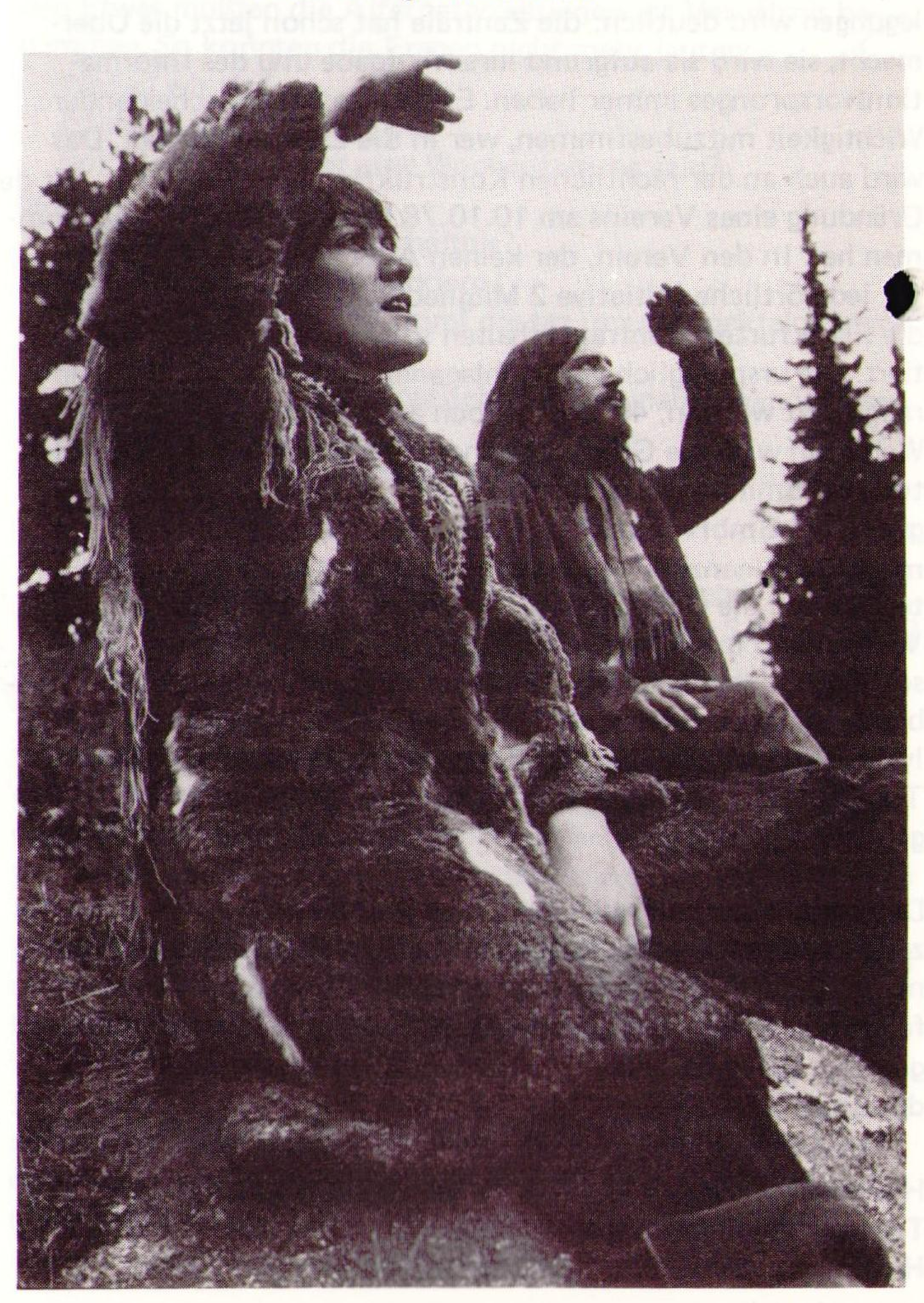
In dem Pflasterstrand Nr. 39 schrieb ein Genosse aus der Redaktion der neuen Tageszeitung über die Schwierigkeiten beim Herstellen der Nullnummer. Nun, er ließ ein wenig auch durchblikken, welche Probleme auf die Tageszeitungs-Mannschaft zukommen, wenn sie erst täglich eine Zeitung herausbringen wollen (müssen). Ich möchte dem noch einige Sachen hinzufügen. Es wird dann nämlich unumgänglich sein, feste Ressorts, feste Ver-

antwortlichkeiten, feste Strukturen zu finden. Die Zeitung, sie m u ß jeden Tag erscheinen. Es ist dann kein Projekt einer (welcher auch immer) bestimmten Anzahl von Leuten mehr, sondern diese Leute hängen an einem Projekt dran. Dieses Ding hat sich verselbständigt (jetzt schon). Und natürlich müssen dann auch immer wieder Leute über Sachen schreiben, von denen sie keine Ahnung haben, die sie notdürftig recherchieren müssen (wie der journalistische Fachausdruck für das Herstellen von Artikeln heißt, die nur eins zeigen, daß der Verfasser keine Ahnung von dem hatte, worüber er schrieb), und das nur, um immer wieder die Seiten einer Zeitung zu füllen, die nur deswegen gelesen wird, weil ihre bloße Existenz den Leuten bereits Respekt einflößt. Eine Tageszeitung ist ein durch und durch bürgerliches Ding, und auch, daß sie in ihren Nachrichten, Themen etc. antibürgerliche Propaganda betreibt, kann über diesen traurigen Sachverhalt nicht hinwegtäuschen.

Früher – vor zehn Jahren – gab es die Flugblätter und als weitere Möglichkeit der schnellen Informationsverbreitung das Schneeballsystem mit dem Telefon. Diese beiden Möglichkeiten waren eng auf Aktionen abgestimmt. Daneben gab es noch die diversen Raubdrucker für „relevante Texte" und die Alternativ-Zeitungen, die bestimmte wichtige Probleme der Linken diskutierten (z.B. „Gewaltfrage", „Leninismus" etc.). Jetzt, wo es so gut wie keine Aktionen mehr gibt (außer den völlig lächerlich gewordenen friedlichen Demonstrationen etc.), jetzt kommt eine linke Tageszeitung. Nicht „ausgerechnet jetzt", sondern „jetzt gerade". Sie wird der Genossin, die mit ihrem Freund oder Ehemann beim Frühstück sitzt, frei Haus geliefert, zur erbaulichen Lektüre, zum Ärgern, oder jedenfalls als geistige Stimuli. Sie erscheint täglich. Hergestellt wird das Ding also nicht dann, wenn eine Anzahl wichtiger Texte oder Informationen vorliegen oder eine Idee für eine Aktion oder die Notwendigkeit für eine Aktion vorliegt, sondern es wird täglich hergestellt. Was sagte Artaud doch zu den Surrealisten – „diesen Scheißpapierrevolutionären": „notwendig ist eine Art Regression in der Zeit, hin zu einer neuen Art von 'organischer Zeit'." Naja, geschenkt.

Erinnern wir uns lieber noch einmal an den Mai 68: auf der Straße Barrikaden bauen, in einem Vorlesungssaal schlafen (Sorbonne), in einer Loge essen (Odéon), in einem Direktionsbüro kochen, eine Bibliothek zum Kindergarten machen und eine Montagehalle zum Spielzimmer ummodeln. All diese Akte kündigten etwas an: „indem sie den strengen (reglementierten) Gebrauch der Orte außer Kraft setzen, beleuchten sie die Grenzen des Rechts und weisen auf das Verschwinden einer (bestimmten) Lebensweise" (P. Vitilio).
Weshalb sich daran erinnern? Weil jetzt all diese für den menschlichen Gebrauch eroberten Räume langsam aber sicher wieder verlassen werden und man wieder in den vorgeschriebenen Orten sich einrichtet. Die Tageszeitung ist solch ein vorgeschriebener Ort. Warum nicht einfach mal die Setzer beispielsweise der Frankfurter Rundschau mit vorgehaltener Pistole zwingen, irgendeinen blödsinnigen Text statt des vorgeschriebenen Schwachsinns zu setzen oder eine „unterbliebene Nachricht" in die Maschine zu hauen? Das wär doch mal eine Tageszeitung, über die sich die Leute wirklich freuen würden. Eine Überraschung. Aber natürlich: mein Vorschlag ist einfach lächerlich. Eben. Eben. Und außerdem ist Blödsinn und Schwachsinn nicht dasselbe.
Aber nehmen wir eine x-beliebige Zeitschrift – Konkursbuch, oder noch besser: Autonomie. Einige der Leute, die sie machen, hatten mal eine Anzahl Texte rumliegen, die sie für veröffentlichenswert gehalten haben, und so gründeten sie eine Zeitschrift und veröffentlichten ihre Artikel da drinne. ZEITSCHRIFT. Und nun muß das Ding r e g e l m ä ß i g rauskommen, wenn man sich mal etwas verspätet, fragen gleich die Abonenten an und die Buchläden und die Interessierten, und man bekommt ein schlechtes Gewissen und die haben ja auch eigentlich recht und Verpflichtung undsoweiter. Und dann suchen die Leute nach Artikeln, hauen Leute an, welche zu schreiben, saugen sich selber irgendetwas aus den Fingern, lesen englische, französische Artikel, die könnte man ja vielleicht übersetzen.... Und so verselbständigt sich dann das Ganze und nach einiger Zeit wird der Rahmen „Zeitschrift" einfach immer wieder gefüllt mit einigen Artikeln. Eine andere Möglichkeit: die Zeitschrift „Courage" (beispielsweise), sie arbeitet in einer anderen journalistischen Manier. Zwei Beispiele dafür: ein Artikel, d.h. ein Interview mit einer Frau, die lange Zeit im Knast war und danach in einigen linken Wohngemeinschaften gewohnt hat, mit den Genossen dort ist sie nicht klargekommen. Das Interview dreht sich um ihre miesen Erfahrungen mit den Genossen in den Wohngemeinschaften. So wie es gemacht wurde, wird es abgedruckt. Tenor: Wie beschissen sind doch diese männlichen Genossen in den linken Wohngemeinschaften, und ganz besonders: wie beschissen verhalten sie sich gegenüber Frauen, die lange Zeit im Knast gewesen sind. – Mag ja alles stimmen. Aber was die Knastfrau so locker ausplauderte, davon stimmt kein Wort. Und die Courage-Redakteurinnen haben keine Lust und keine Zeit gehabt, das nachzuprüfen. Das Ganze ist von vorne bis hinten erstunken und erlogen.
Ein anderes Beispiel: ich kaufe mir die Courage über „Frauenwohngemeinschaften". Vorne drauf ein Photo von einer Gruppe lachender Frauen am Küchentisch sitzend. Die eine Frau kenne ich, es ist Frauke aus Berlin. Am selben Tag noch fahre ich zu einer Landkommune. Und dort treffe ich die Frauke. Ich sage: kuck mal, grad habe ich die Courage mir gekauft mit deinem Photo vorne drauf. Sie winkt ab: „Erinner mich bloß nicht daran, an diesen Scheiß. An dem Tag als die Courage-Frauen das Photo gemacht haben, waren wir gerade dabei, alle auseinanderzuziehen, und dann war da noch eine andere Gruppe von Filmfrauen da und die können überhaupt nicht mit den Courage-Frauen und deswegen mußten wir die beiden Gruppen in verschiedenen Räumen abfertigen. Es war ein einziger Horror."

Fortsetzung auf Seite 29



Alternativzeitungs-liste

Auf den folgenden neun Seiten veröffentlichen wir die Adressen der uns bekannten Alternativzeitungen in der BRD, sowie einige Adressen aus dem Ausland, die als Anlaufadressen für weitere Fragen gedacht sind. Wie es sich gehört, erhebt die Liste weder im In- noch im Ausland einen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Angaben sind nach bestem Wissen zusammengestellt. Wir sind an Korrekturen, insbesondere an Telefonnummern und Auflösungen interessiert.
Die fettgesetzten Zahlen rechts vom Titel der jeweiligen Zeitung geben die Höhe der Auflage an. In einigen Wochen wollen wir mit den korrigierten Adressen ein Plakat machen, um übersichtlich für alle Öffentlichkeitsarbeiter die Adressen der Alternativpresse zusammenzustellen.

Übrigens finden regelmäßige Treffen der Alternativpresse statt. Das letzte Anfang Oktober in Braunschweig. Das nächste ist noch unklar. Auf einem Treffen wurde ein Solidaritätsfond gegründet, der finanziell in Not geratenen Alternativzeitungen schnell und unbürokratisch unter die Arme greift. Etwa wenn ein gerichtliches Urteil die Zeitung zu ruinieren droht, aber auch in anderen Fällen. Die Zeitungen beteiligen sich mit einem monatlichen Mindestbetrag von 10,- DM an dem Fonds. Die Postscheckkontonummer lautet: 332190-604, Kennwort: Zeitungssolidaritätsfonds.

AACHEN

Klenkes – Zeitung Aachener Bürgerinitiativen **4.000**
Oppenhofallee 107
5100 Aachen Tel.: 0241/50 77 66

ALPEN

ZERO – Zeitschrift für ganzheitliches Leben
c/o Carl-Heinz Urselmann, Bruckstr. 96
4234 Alpen Tel.: 02802/52 21
Auflage: 8.000, erscheint 3 - 4 mal im Jahr
Redaktionsschluß: unregelmäßig

ASCHAFFENBURG

Ascheberger Lokalblatt
Reitzstr. 6
8700 Aschaffenburg

AUGSBURG

Podium **1.000**
Mittlerer Graben 29 a
8900 Augsburg Tel.: 30 955

BADEN BADEN

Maulwurf – Stadtzeitung für Baden Baden **1.000**
Hochstr. 32
7570 Baden Baden
erscheint: am ersten Samstag des Monats
Redaktionsschluß: eine Woche vorher

BAD NENNDORF

"Der illustrierte Landbote" (vormals "Chaos")
Schillerstr. 26
3052 Bad Nenndorf Tel.: 05723/32 96
Auflage: 1.000 Erscheint: alle 2 Monate
Redaktionsschluß: eine Woche davor

BAD SCHUSSENRIED

MOTZER – Leserzeitung
W. - Schussen - Str. 66
7953 Bad Schussenried Tel.: 07355/72 43
Erscheint: 14-tägig Auflage: 600
Redaktionsschluß: Freitag

BENSHEIM

pädextra + Päd. extra sozialarbeit
Postfach 295
Bahnhofstr. 5
6140 Bensheim Tel.: 06251/60 54-55
Aufl. gem. 25.000 erscheint monatl.

BERLIN

COURAGE
Bleibtreustr. 48
1000 Berlin 12

Thing-Jungendzeitung
Buchladen "Roter Maulwurf", Carmerstr. 11
1000 Westberlin 12
alle zwei Monate

Traumstadt
c/o Buchladen am Savignyplatz
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12

Zitty - illustrierte Stadtzeitung
Schlüterstr. 39/ Ecke Ku'damm
1000 Berlin 12

Dicke Luft
Zwinglistr. 35
1000 Berlin 21

einundzwanzig - Moabiter Stadtteilzeitung
Zwinglistr. 35
1000 Berlin 21

Spandauer Jugendzeitung
Wickramstr. 16
1000 Berlin 22

Berliner Schwulenzeitung **2.000**
Postfach 31 15 64
1000 Berlin 31
Tel.: 030/21 53 74 (tägl. 19 - 21.00/ Sa. ab 16.00)

Kollektiv "Schüler-Info" - Schülerzeitung für Berliner Krankenpflegeschulen
Postlagern, Postlagerkarte A049941
Skalitzer Str.
1000 Berlin 36

bbu - aktuell
- Bürgerinitiativen Umweltschutz -
c/o Roland Vogt
Lorenzstr. 16 - 17
1000 Berlin 45 Tel.: 030/77 33 413
erscheint alle 2 Monate, DM 2,-

bug-info (berliner undogmatischer gruppen)
Mehringdamm 99 (Keller)
1000 Berlin 61 Tel.: 030/69 32 199

Die schwarze Botin
c/o Gabriele Goettle
Geibelstr. 4
1000 Berlin 45

Friedenauer Stadteilblatt
Klingsorstr. 21
1000 Berlin 41
Aufl. 500 monatl.

KOZ - Kreuzberger Stadtteilzeitung
c/o M. Durand
Körterstr. 8
1000 Berlin 61 Tel.: 030/68 72 658
Aufl.: 1.500, erscheint so alle 3 Monate

Jedermann
Reinhard Wedemeier
Koburger Str. 12
1000 Berlin 62

IZ - Wedding
Buttmannstr. 5
1000 Berlin 65

„radikal“ 3.000
Eisenbahnstr.4
1000Berlin Tel.: 030/612 30 37
14-tägig, Redaktionsschluß:Sonntags

BIELEFELD

Bielefelder Stadtblatt
c/o Buchladen Eulenspiegel
Niederwall 46
4800 Bielefeld 1 Tel.: 0521/ 17 50 49

BOCHUM

Bochuner VolksBlatt 2.500
An der Landwehr 47
4630 Bochum 1
monatlich

Sumpfblüte 500
c/o Politischer Buchladen
Postfach 1942
4630 Bochum
erscheint locker monatlich

BONDORF

Bauernblatt
Bahnhofstr. 30
7031 Bondorf

BONN

“De Schnüss“ 4.000
Postfach 301007
5300 Bonn 3 Tel.: 36 46 51
Stadtzeitung

BOTTROP

Ulcus Molle Infodienst
c/o J. Wintjes
Bahnhofstr. 2
4250 Bottrop

BRAUNSCHWEIG

FAGH – Hochschulzeitung 500
Braunschweig - Wolfenbüttel
Küchenstr. 1
3300 Braunschweig
erscheint monatlich

Guten Morgen - Braunschweiger Initiativzeitung 600
c/o Bambule
Helmstedter Str. 167
3300 Braunschweig
monatlich

Stadtzeitung für Braunschweig
c/o ESG
Pockelstr.
3300 Braunschweig

BREMEN

Bremer Blatt
Kohlhökerstr. 51
2800 Bremen 1 Tel.: 0421/ 32 53 44

INFO Bremer undogmatischer Gruppen (INFO-BUG)
c/o Buchladen am Ostertor
Sielwall 7
2800 Bremen 1
Aufl.: 800, erscheint: 14-tägig

Rosa Zeitung
Postfach 101643
2800 Bremen

Schnürschuh - Stadtzeitung für Bremen 800
Fedelhören 43
2800 Bremen 1 Tel.: 0421/ 37 06 10
monatlich, Rs jeweils etwa 20. d. M.

DANNENBERG

Wendblatt 400
c/o Lutz Conrad, Beumannsfeld 5
3138 Dannenberg
monatlich, Rs kurz davor

DARMSTADT

Umwelt Aktuell
c/o Mechthild Bill
Frankfurter Str. 66
6100 Darmstadt

DELMENHORST

Delmenhorster Rundschau
Lange Str. 78
Postfach 78
2870 Delmenhorst Tel.: 04221/ 19 554

DETMOLD

Unterlippe
c/o Buchladen Distel
Postfach 204
4930 Detmold
Aufl. 800

DORTMUND

Klüngelkerl - Dortmunder Volksblatt 3.500
Adlerstr. 82 - 84
4600 Dortmund 1
monatlich, Rs. am 20. des Monats

DREIHAUSEN

Dreihäuser Dorfzeitung
c/o Konrad Peil
Alter Ebsdorfer Weg
3557 Dreihausen

DÜSSELDORF

Überblick
Friedenstr. 18
4000 Düsseldorf 1

DUISBURG

“Eschhausheft“ 5.000
c/o Zentrum Esch-Haus
Niederstr. 32 - 34
4100 Duisburg 1 Tel.: 0203/ 25 141
kostet: nichts erscheint: monatlich

Der Metzger
Finkenstr. 56
4100 Duisburg

“Niederrheinische Neue Zeitung“ - Stadtzeitung für Duisburg
c/o Werkstatt-Verlag
Junkernstr. 17
4100 Duisburg 1 Tel.: 0203/21 328
erscheint: monatlich

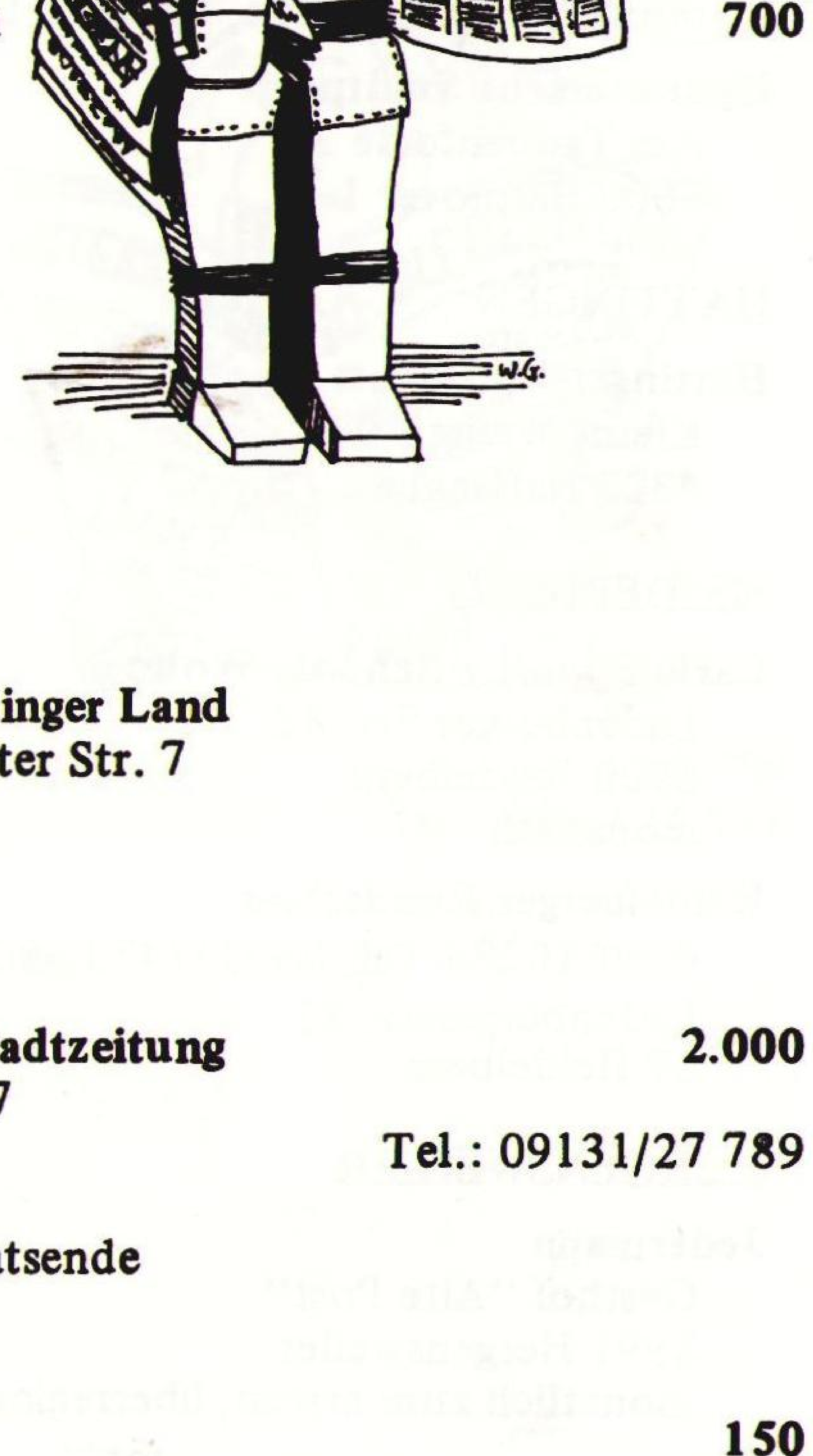
“Schwachsinn“ (Druckt aufgefallenen Abfall)
c/o Eberhard Elfert
Am Strückskèn 18
4100 Duisburg 14
Ein-Mann-Initiative
kostet, was jeder so dafür übrig hat.
Aufl.: 200 - 400 Stück

DUXMOOR

Hochaktiv - Zeitung der Bürgerinitiative
c/o Axel Steg
2303 Duxmoor
Post Gettorf

ELLWANGEN

Elch-Jodler
c/o Uwe Bauer
Apothekergasse 3
7090 Ellwangen



EMSDETTEN

Emsdettener Nachrichten — 700
c/o Albert Ernst
Weststr. 44
4407 Emsdetten/W.

EPPERTSHAUSEN

Kaktus
c/o W. Schneider
Sandweg 2
6116 Eppertshausen

ERDING

Radi - A Zeitung fürs Ardinger Land
Peter Veicht, Landshuter Str. 7
8058 Erding
alle zwei Monate

ERLANGEN

"Was lefft" – Erlanger Stadtzeitung — 2.000
Altstädter Krichplatz 7
8520 Erlangen — Tel.: 09131/27 789
erscheint: monatlich
Rs.: 10 Tage vor Monatsende

ERKELENZ

"Fichtennadel" — 150
c/o Walter Delabar
Brückstr. 118
5140 Erkelenz
erscheint: etwa alle 3 - 4 Monate

ESSEN

Katalyse
Wittenbergstr. 14 - 16
4300 Essen 1

Klartext – Stadtzeitung für Essen
Spanisches Zentrum, Kibbelstr. 12
4300 Essen 1 — Tel.: 0201/23 66 02

ESSLINGEN

Provinzblatt
c/o Provinzbuchladen
Lutz Lhenk
Grabbrunnenstr. 8
7300 Esslingen

FELDATAL/Vogelsberg

BASALT — 800-1000
c/o Klaus + Ulli
Untere Rabenau 11
6324 Feldatal 2
Redaktionsschluß: nie

FILDERSTADT

"Filderbüttel" — 1.200
Emil-Kemmler-Weg 11
7024 Filderstadt 4
Preis: -,50

FLENSBURG

Notwendige Zeitung für Flensburg und Umgebung — 1.000
c/o Norbert Ernst, Große Straße 24
2390 Flensburg
erscheint noch unregelmäßig

FRANKFURT

AZ – Die Andere Zeitung — 7.000
Alexanderstr. 49
6000 Frankfurt — Tel.: 0611/ 789 16 69
monatlich zum ersten, Red. schl. am 15. d. Monats

Dr. med. Mabuse - Medizinerzeitung — 3.500
c/o Fachschaft Medizin der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Theodor-Stern-Kai 7
6000 Frankfurt 70 — Tel.: 0611/630 160 58 o. 63 76 75
Erscheint: 4 x jährlich
Red. schl.: jeweils 14 Tage vor Erscheinen

Durchblick – Frauen-Knastzeitung
Homburger Landstr. 111
6000 Frankfurt 50

Filmfaust
Schumannstr. 84
6000 Frankfurt 1

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten — 5.500
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90 — Tel.: 0611/70 43 52
wöchentlich montags, Rs. Donnerstag 16 Uhr

Frankfurter Informationen
Liebigstr. 24
6000 Frankfurt 1



INSIDER – Frankfurter Kulturzeitschrift
Holunderweg 97
6000 Frankfurt 50
Aufl.: so 300, hauptsächlich für Schüler
erscheint: ca. jeden Monat

NONKONFORM - alternativer ökologischer Pressedienst
Postfach 70 09 25
6000 Frankfurt 70 — Tel.: 06044/ 8187
Aufl.: 500, Redaktionsschluß: am Monatsende

Pflasterstrand - Zeitung für Krankfurt — 5.500
Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt 90 — Tel.: 0611/70 30 87
14-tägig am Mittwoch, Rs. Freitag vor Erscheinen

Revolverblatt
c/o Naturfreundejugend
Hamburger Allee 47
6000 Frankfurt 90

Tageszeitungsinitiative
Hamburgerallee 45
6000 Frankfurt 90 — Tel:: 0611/778941

"Wir wollen's anders" — 2.500
c/o ASH
An der Krebsmühle
6000 Frankfurt-Niederursel — Tel.: 06171/73 496
ersch. ca. 2-monatl.

FREIBURG

Stadtzeitung für Freiburg
Verlags-GmbH
Zasiusstr. 40
7800 Freiburg
Tel.: 0761/70 02 70, tägl. 11 - 14 Uhr + 17 - 19 Uhr

FULDA

Stadtzeitung für Fulda und Umgebung 1.500
c/o Verein für Kultur und Kommunikation e.V.
Karlstr. 34
6400 Fulda Tel.: 0661/74 934 (Sofa-Buchladen)
erscheint: monatlich, kostet: 1,50

GELSENKIRCHEN

Emscherbote - Stadtzeitung für Gelsenkirchen
Jugendzentrum Komic e.V.
Neumarktgasse
Postfach 11 46
4650 Gelsenkirchen

GIESSEN

Elefantenklo 1.000
c/o AStA
Leihgesterner Weg 16
6300 Lahn-Gießen 1 Tel.: 0641/ 72 143
erscheint alle 2 Wochen

Giessener Anzünder 800
c/o Jürgen Walter, Wilhelmstr. 13
6300 Gießen Tel.: 0641/ 761 51
erscheint unregelmäßig, gilt auch für Rs.

GLADBACH

Kuß + Rosen
Vehrenbergstr. 82
4390 Gladbach

GÖTTINGEN

Atom-Express - Überregionale Zeitschrift der Initiativen gegen Atomenergie
c/o Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 45
3400 Göttingen Tel.: 0551/ 77 00 158
Aufl.: 4.500, erscheint alle 6 - 8 Wochen

Graswurzelrevolution 3.000
Postfach 822
3400 Göttingen
monatlich, Rs. Monatsmitte

Löwenzahn - Zeitung für altern. Lebens- & Produktionsformen
c/o Klaus Strobel, Baurat-Gerber-Str. 7 800
3400 Göttingen
zweimonatlich

Stadtzeitung
Stegenmühlenweg 31
3400 Göttingen

HAGEN

Hagener Volksblatt e.V. 3.000
c/o Hans-Gert Niemann
Goldbergstr. 12
5800 Hagen Tel.: 02331/17 430
Aufl. 1.700 erscheint: monatl. zum Monatsanfang
Redaktionsschluß: 20. d.Monats

HAMBURG

CXMOX - Stadt- und Veranstaltungsmagazin
Karolinenstr. 32
2000 Hamburg 6 Tel.: 040/439 60 62
Aufl.: 18.000

Graswurzelrevolution
c/o Wolfgang Hertle
Großer Schippsee 28
2100 Hamburg 90 Tel.: 040/ 77 79 57

Große Freiheit - Stadtzeitung für Hamburg und Umg. 8.000
Glashüttenstr. 1 43 86 36
2000 Hamburg Tel.: 040/ 410 42 62
monatl. zum 15., Rs. Monatsanfang

INFO hamburger undogmatischer Gruppen - INFO HUG
Bundesstr. 9
2000 Hamburg 13
Aufl.: ca. 1.000, erscheint: unregelmäßig

HANNOVER

Fragezeichen - Stadtzeitung für Hannover 1.800
Internationalismus-Buchladen, Postfach 3003
3000 Hannover Tel.: 0511/ 17 17 3
monatlich zum ersten, Rs. zum 15. od. 20.

Hannoversche Stadtpost
Am Taubenfelde 30
3000 Hannover 1 Tel.: 17 618 + 32 34 23

HATTINGEN

Hattinger Volksblatt
Kleine Weilstr. 9
4320 Hattingen

HEIDELBERG

Carlo Sponti + Schöner Wohnen
Ladenburger Str. 82
6900 Heidelberg Tel.: 06221/ 47 36 60
monatlich

Heidelberger Rundschau
Postf.10286 Tel.:06221/473 680
Ladenburgerstr. 82
69 Heidelberg

HERGENSWEILER

Jedermann
Gasthof "Alte Post"
8991 Hergensweiler
monatlich zum ersten, überregional, Rs. 15. d. M.

HERTEN

"Holy Flip" - Deutschlands einzige Hippihaschzeitung
c/o Laufi, Ewaldstr. 189
4352 Herten
Aufl.: 1.500, erscheint: ca. 1 x im Jahr

HILDEN

MOB - Zeitung aus Hilden für die Wilden 1.0
c/o Jürgen Meisenbach
Forstbachstr. 23
4010 Hilden
erscheint monatlich, kostet 1,- DM, Rs. am 1. Montag des jeweiligen Monats

HILDESHEIM

Hildesheimer Zeitung (HiZ) ca.1.500
c/o M. Hilbig, Ahornweg 23
3200 Hildesheim Tel.: 05121/ 43 570
erscheint: monatlich, meist 1. Samstag im Monat
Redaktionsschluß: 25. des Vormonats

HOMBURG SAAR

Provinz - Blatt — freie Zeitung für Homburg und Saar-Pfalz
Ringstr. 3 1.100
6650 Homburg - Saar Tel.: 06841/ 23 39
erscheint 2-monatlich

HUGLFING

"Der Regenbogen, Alternativzeitung für den Pfaffenwinkel"
Bachstr. 15
8125 Huglfing Tel. vorläufig:0881/84 79 (Georg o. Werner)
erscheint zweiwöchentlich
Startaufl.: 1.200, ab Dezember 78

KAISERSLAUTERN

Katz - Kaiserslautern's Alternative Zeitung 800
Villenstr. 11
6750 Kaiserslautern Tel.: 0631/ 35 74
ca. monatlich, Rs, unregelmäßig

KALTENECK

Kollektiv Indianerrundbrief für Passau, Niederbayern und Umgebung
8391 Kalteneck
Aufl.: 100, erscheint je nach dem

KARLSRUHE

Karlsruher Stadtzeitung
Postfach 3644
7500 Karlsruhe

Südstaatforum e.V.
Schützenstr. 12
7500 Karlsruhe 1

Südstadt Rundschau
Werderstr. 1
7500 Karlsruhe

KASSEL

Stadtzeitung in und um Kassel 2.700
3500 Kassel Tel.: 0561/ 15 546
Steinweg 7
erscheint monatlich

KENZINGEN

Was wir wollen
c/o Lothar Stärk
Postfach 68
7832 Kenzingen

KIEL

Kieler Fresse
c/o Hundert Blumen
Schloßstr. 25
2300 Kiel Tel.: 0431/75443
Aufl.: 800 erscheint: 6 wöchentlich
Redaktionsschluß: keiner

Spökenkieker 1.700
c/o Jens Myrau, Walkerdamm 14 - 16
2300 Kiel
monatlich zum 1.

Straßenmusiker - Info
c/o Peter Blum
Sophienblatt 16
2300 Kiel

KITZINGEN

Mülltonne 300
Postfach 1
8711 Mainstockheim Tel.: 09321/ 31 126
erscheint: zweimonatlich

KÖLN

Bambule
c/o T. Knestedt
Alvenslebenstr. 11
5000 Köln 1

Befreiung
c/o Ralf Stein
Postfach 10 18 20
5000 Köln 1

"Neue Erziehung"
Goebenstr. 3
5000 Köln 1 Tel.: 0221/ 52 55 24
erscheint 8 mal im Jahr, kostet 2,-

Stadtrevue Köln 8.500
Chlodwigplatz 1
5000 Köln 1 Tel.: 0221/ 31 74 54
monatlich

Kölner Volksblatt
Palmstr. 17
5000 Köln 1 Tel.: 0221/21 36 85

KONSTANZ

Neue Seeblätter x 1.200
c/o ESG, Höhenweg 43
7750 Konstanz Tel.: 07531/ 63 215
monatlich

KREFELD

Kriewelsches - Zeitung für Krefeld
c/o Th. Mostertz,
Oranienring 62
4150 Krefeld Tel.: 02121/27448
erscheint unregelmäßig

KREUZTAL

Kreuztaler Stadtblatt
Engelgasse 9
6550 Bad Kreuztal

LEONBERG

Widerhaken
Schloßstr. 2a
7250 Leonberg

LEVERKUSEN

"Leverkusener Stadterreger" 600
c/o WG Berg. Neukirchen
Burscheiderstr. 40
5090 Leverkusen
Erscheint: unregelmäßig

LINNICH

Exodus 300
Literatur, Graphik, Phantastik, Kritik
Glimbacher Str. 34
5172 Linnich

LIPPSTADT

Duda-Stadtzeitung 800
c/o Ralf Drasow
Nicolaiweg 38
4780 Lippstadt

LÖHRBACH

Humus (ehemals Kompost) 10.000
Zeitung für Herz, Hand & Hirn
c/o Werner Pieper Medienexperimente
6941 Löhrbach
erscheint: alle 3 Monate

LÜBECK

Die Zeitung - Jugendzeitung Lübeck 500
Michael W. Schorsch
Lachswehrallee 7
2400 Lübeck Tel.: 0451/85 308
erscheint unregelmäßig

Stadtblatt Initiative
Schlumacherstr. 13
2400 Lübeck

MAHLSTETTEN

„Tante Milli"
Zwegenwiese
Hauptstr. 21
7201 Mahlstetten
Ökologie, Politik u.a.

MAINASCHAFF

Filter
Magazin für Fotografie, Film und Freizeit
8752 Mainaschaff — Tel.: 0621/74 764
Mainparkstr. 6
erscheint monatlich

MAINSTOCKHEIM

Mülltonne - Provinzblatt Kitzingen — 300
Postfach 1
8711 Mainstockheim
soll monatlich erscheinen

MAINZ–LAUBENHEIM

Motzkopp - Zeitung für Mainz und Umgebung — 1.000
c/o S. Storch
Speßweg 10
6500 Mainz-Laubenheim — Tel.: 06131/87 603
monatlich, Rs am 15.

MANNHEIM

Stadtstreicher
Rentzstr. 3
6800 Mannheim 1

MARBURG

Marburger Zeitung — 2.000
Am Erlengraben 12a
3550 Marburg — Tel.: 06421/1606
Redaktionsschluß: 15. des Vormonats

MARBURG–SCHRÖCK

Querfeldein
Domgasse 1
3550 Marburg-Schröck — Tel.: 06424/21 72
erscheint immer dann, wenns nötig ist

MARL

Provinzpresse — 500
c/o Rainer Hödtke
Lipper Weg 163
4370 Marl — Tel.: 02365/63422
erscheint unregelmäßig

MELLE

Heile Welt
c/o Detlef Heubaum
Wellingstr. 7
4520 Melle

MOERS

Szenario - Info für Literatur — 1.000 - 2.000
c/o Aragon Buchladen
Starenweg 1
4130 Moers — Tel.: 02841/29 772
erscheint unregelmäßig, mind. 5x im Jahr
kostet 10,- für 6 Ex.

MOSBACH

Lumpenblättle
c/o Thomas Wagner
Heugasse 3
6950 Mosbach

MÜHLHEIM a.d. RUHR

Freie Presse — 1.000 - 2.000
Stadtzeitung für Mülheim
Düsseldorfer Str. 128
4330 Mülheim a.d. Ruhr — Tel.: 48 12 29
erscheint monatlich

MÜNCHEN

Blatt - Stadtzeitung für München — 13.500
Georgenstr. 123
8000 München 22 — Tel.: 089/19 50 21
vierzehntägig, mittwochs, Rs Donnerstag vor Ersch.

Complott
Siegfriedstr. 19
8000 München 40

Emanzipation
Postfach 400 548
8000 München 40

Fliegenpilz — 4.000
Zeitschrift für Politik + Literatur
Postfach 869
8000 München 1 — Tel.: 089/47 32 46, 29 71 43
"Fliegenpilz" beschäftigt sich mit Randgruppen

Junge Presse Bayern
Herzog-Heinrich-Str. 7
8000 München 2

Nachrichten — 2.000
(gegen politische Unterdrückung)
c/o Doris Caspar
Maisstr. 29
8000 München 2
erscheint vierteljährlich

Roter Generator — 400
Siemens - Lehrlingszeitung
c/o Kirsten Scheiwe
Oberländerstr. 24
8000 München 70 — Tel.: 089/77 43 22
erscheint 2 monatlich

Stadtteilprojekt Isarvorstadt e.V.
c/o Peter Schmidt
Glockenbachwerkstatt
Blumenstr. 7
8000 München 2 — Tel.: 089/26 88 38

MÜNSTER

Knipperdolling – Münsteraner Generalanzeiger — 1.000
in der Kronenburg
Hammerstr. 35 — Tel.: 0251/66 12 17

Münsters Grünes Blatt
c/o Rosta Buchladen
Spiekerhof 43
4400 Münster

MUNDERKINGEN

Unkerich
c/o Thomas Hirschle
Emerkingerstr.
7932 Munderkingen

MURRHARDT

Podium
c/o Titus Simon
Römerstr. 11
7157 Murrhardt

NIEDERHAUSEN

"DerVerreckling", Jugendzeitung **3.000**
Hauptstr. 3
6272 Niedernhausen Tel.: 06127/5365 (Ulrich Hahn)
erscheint alle drei Monate
Redaktionsschluß: 15. des Monats
unregelmäßige Lokalausgabe

NÜRNBERG

diskofo
Diskussionsforum für Zivildienstleistende
c/o Henner Schmude
Schoppershofstr. 22
8500 Nürnberg

Freies Franken **1.000**
Herausgegeben von der regionalistischen Gruppe
"Fränkischer Bundschuh"
c/o Thomas Reiß
Neumarkter Str. 65
8500 Nürnberg
erscheint alle 2 bis 3 Monate, kostet 0,60

Komm Zeitung
Königsstr. 93
8500 Nürnberg

plärrer
Illustriertes Stadtmagazin
Roonstr. 13
8500 Nürnberg

Sponti-Info - Nürnberg/Erlangen **600**
c/o Bücherkiste
Jakobstr. 26
8500 Nürnberg
monatlich unregelmäßig

OBERURSEL

Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee
Postfach 35
6370 Oberursel Tel.: 06171/ 73 212

OFFENBACH

Glocke von Etterberg
c/o Ludwig Wolf, Hamburger Str. 39
6050 Offenbach

OLDENBURG

"Nordwind - Zeitung für Oldenburg und Umgebung"
c/o ALHAMBRA, Hermannstr. 83
Tel.: 0441/ 63 254 (Rainer) und 17 033 (Susanne)
Aufl.: ca. 2.500, kostet: 1,50

OSNABRÜCK

Stadtblatt - Zeitung für Osnabrück **2.000**
c/o Werkstatt für Druck und Graphik
Rheiner Landstr. 16
4500 Osnabrück Tel.: 0541/ 43 36 47
erscheint monatlich zum 1., Rs.: am 20. d.M.

PASSAU

Passauer Kleine Zeitung
Lederergasse 20
8390 Passau

RADOLFZELL

s'Käsblättle
Kasernenstr. 53
7760 Radolfzell

RIEDLINGEN

"Oberamtsblättle" - Leserzeitung **250-300**
c/o Lucia Ragg, Kirchstr. 15
7940 Riedlingen Tel.: 07371/ 76 82
erscheint: unregelmäßig, ca. alle 2 Monate
Rs.: wird in der vorhergehenden Nummer angekündigt.

ROSENHEIM

Rosenheimer Buschtrommel
Hubertusstr. 1
8200 Rosenheim

ROTTENBURG

Die Mühle **700**
Unteraichgarten
8203 Rottenburg
14 - tägig

SAARBRÜCKEN

"Einzelheiten" - Saarbrücker Alternativgruppe
Robert Strauß, Hohenzollernstr. 136
6600 Saarbrücken

"Heiter bis wolkig - Zeitung für Nordsaarland und Birkenfeld"
c/o Hans-Werner Kunz, Blumenstr. 43
6600 Saarbrücken (WG im 2. Stock)
kostet 1,-, erschien bisher ca. 1/2-jährig

Stadtzeitung Saarbücken
c/o Jens Jacobi
Postfach 176
6600 Saarbrücken

Wackenberger Echo
Päfsak e.V.
Rubenstr. 78
6600 Saarbrücken 6

SAULGAU

Neue Zeitung
c/o Werner Weissmüller
Im Rosengarten 17
7968 Saulgau 1

SCHONGAU

Alternativ-Blatt Schongau **2.000**
Postfach 44
8920 Schongau
erscheint monatlich

SCHORNDORF

's Schorndorfer Blättle **1.000**
c/o Tilman Bornefeld, Streicherstr. 25
7060 Schorndorf Tel.: 07181/ 68 40 8
erscheint: ca. 6-wöchentlich

SCHWÄBISCH HALL

Haller Monatsblatt
alpha Press, Pfarrgasse 3
7170 Schwäbisch Hall

SCHWEINFURT

"Der Narr unter dem Riesenbaum - Zeitung für radikale Poesie"
c/o Peter Wiech, Am Unteren Wall 10
8720 Schweinfurt
Aufl.: 200 - 300, erscheint 2 - 3-mal jährlich

SIEGBURG

Knacks - Zeitung der JVA Siegburg
Luisenstr. 90
5200 Siegburg

SPEYER

"Notbremse" - Speyerer Stadt- und Landzeitung
c/o Spei'rer Buchladen, Johannesstr. 29
6720 Speyer Tel.: 06205/ 32 02 5
Aufl.: 300, fast monatlich

STUTTGART

's blättle 2.500
Lerchenstr. 84
7000 Stuttgart 1 Tel.: 0711/ 62 21 08
erscheint; monatlich

Stuttgarter Kulturblatt
c/o Verlag Götz, Olgastr. 49
7000 Stuttgart 1 Tel.: 0711/ 46 11 12
erscheint: monatlich

Stuttgarter Volksblatt 3.000
c/o Stadtrat Eugen Eberle, Rathaus Zimmer 12
7000 Stuttgart 1
Herausgeber: Parteifreies Bündnis und Kritisches Forum Stuttgart
erscheint: 4 - 6 mal jährlich

TAUBERBISCHOFSHEIM

Tauberfranken-Bote
c/o Jürgen Wohlfahrt, A.-Kachel-Str. 6
6972 Tauberbischofsheim

TRIER

Spotlit
Postfach 35 06
5500 Trier 1

UELZEN

"Der gute Uelzer", den es nicht mehr gibt, zerbricht sich den Kopf über eine "Regionalzeitung für Lüchow-Dannenberg, Lüneburg und Uelzen" und will in der Liste bleiben.
c/o Blätterwald, Postfach 321
3110 Uelzen 1 Tel.: 0581/ 16 826

"Votum" - Magazin f. Kunst und Kultur
c/o Immo Becker und Daniel Rothen
Postfach 713
3110 Uelzen 1 Tel.: 0581/ 22 62 App.2
Aufl.: 1.000, erscheint vierteljährlich

ULM

Ulmer Jugendzeitung
Postfach 40 28
7900 Ulm

VIERSEN

Ömmes - Viersener Volksblatt
Lichtenberg 15 a
4060 Viersen 1

WALTROP

Pottkieker
c/o Hoffmann, Täglichsbeckstr. 34
4355 Waltrop Tel.: 02309/ 27 59

WANGEN

Wangens Jugendzeitung
c/o Tonne e.V.
Lindauer Str. 2
7988 Wangen

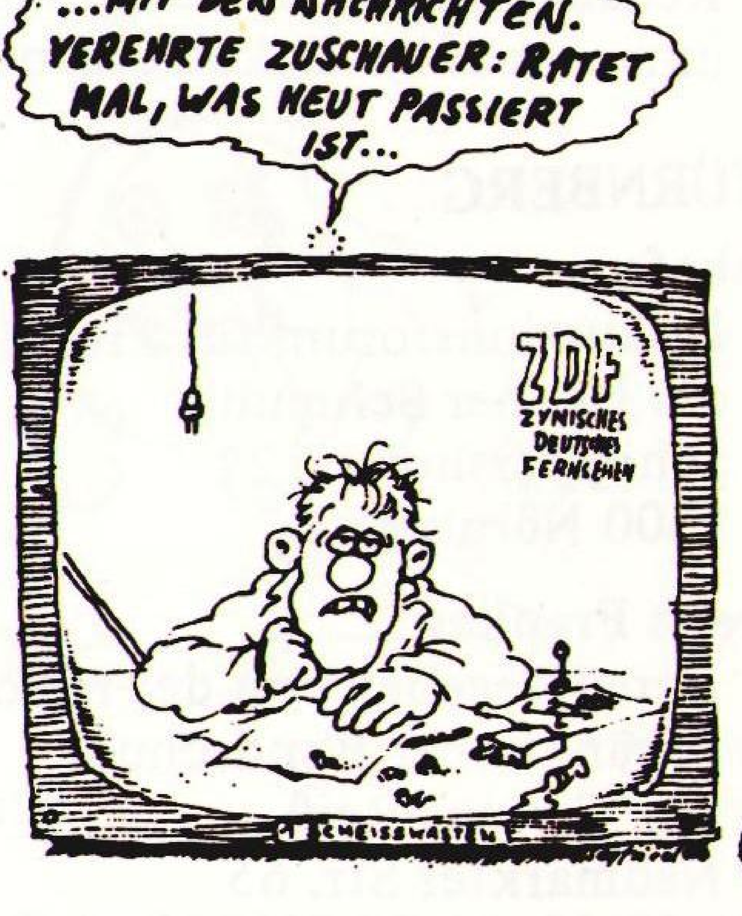
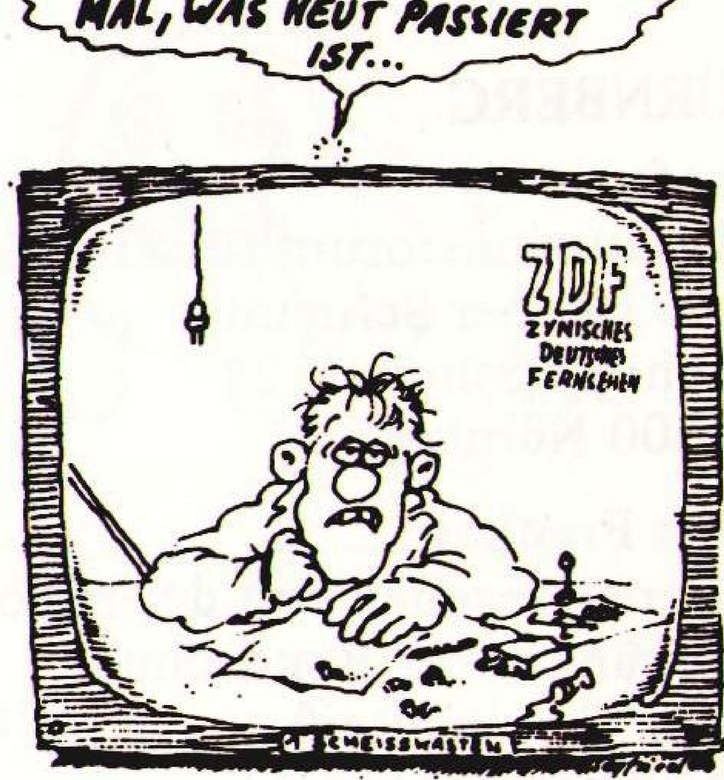
WASSERBURG

Collage - Lindauer Jugendzeitung
c/o Stefan Riedel, Hengau 54 1/4
8992 Wasserburg

Jedermann
Hauptstr. 99
8992 Wasserburg

Transgauischer Heimatbote 600
Reinhard Heun
8992 Wasserburg tel.: 08621/ 21 39
Weberzipfl Nr. 8



WEINHEIM

Sozialmagazin
Postfach 11 20
6940 Weinheim

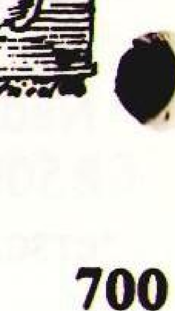
WEISSENBRUNN

Roter Herzfleck
c/o Klaus Bittermann
8503 Weissenbrunn Nr. 39

WERTHEIM

Daily Terror
Postfach 14
6980 Wertheim

TRAUM(A)LAND - Regionale Alternativzeitung 700
c/o Rainer Moritz, Mühlenstr. 63
6980 Wertheim
erscheint alle 2 Monate



WETZLAR

Freie Presse - Wetzlarer Stadtzeitung
c/o Impuls, Postfach 1704
6330 Wetzlar-Lahn

Wetzlarer Zeitung
Galerie/Werkstadt
Obertorstr. 22 - 24
6300 Lahn - Wetzlar 2

WIESBADEN

Provinz - Stadtzeitung für Wiesbaden & Mainz 1.000
Adlerstr. 30
6200 Wiesbaden
erscheint monatlich zum 1., Rs. bis zum 20. d.M.

WÜRZBURG

Pupille - Würzburger Illustrierte 4.000
Sophienstr. 15
8700 Würzburg Tel.: 0931/ 72 415
monatlich, Rs. am 20. d.M.

"Sumpfblüte" Zeitung Würzburger Fachschaftsinitiativen und Basisgruppen
c/o Utz Walther
8701 Lindflur 17 1/2
Tel.: 09366/ 1515

Würzburger Alternative 500
Ali Schuster, Leutfresserweg 11
8700 Würzburg Tel.: 0931/ 77 22 3
monatlich im Semester

WUPPERTAL

Ronsdorfer Zeitung
Blombachstr. 17
5600 Wuppertal 21

Wat löppt 2.000
Luisenstr. 100
5600 Wuppertal 1 Tel.: 0202/ 43 5050
bisher monatlich, erscheint z.Zt. nicht

AUSLAND–AUSLAND–AUSLAND

BELGIEN

WISE
c/o John Lambert
13 Hobbemastraat
B - 1040 Brüssel

DÄNEMARK

Ikkevold
Thorsgade 79
DK - 2200 Kopenhagen N Tel.: 83 01 45
erscheint monatlich

FRANKREICH/ La Clayette

"La Geule Ouverte" - Zeitschrift der Ökologen
B. P. 26
F - 71800 La Clayette

„Liberation"
32 rue de Lorraine
F - 75019 Paris Tel.: 202 90 60

GROSSBRITANIEN NOTTINGHAM

peace news
8 Elm Avenue, GB - Nottingham
Büro: 5, Caledonian Road
GB - London N1 Tel.: 83 79 79 5
erscheint 14-tägig

INDIEN

peoples action
223 Rouse Ave.
New Dehli 110001
Indien
erscheint monatlich

So, eine korrekte Linie hätten wir.
Jetzt fehlen nur noch die Massen

IRLAND

Dawn
c/o Resource Centre
168 Rathgar Rd.
Dublin 6, Irland
erscheint monatlich

KANADA

Open Road
Box 6135
Station G
Vancouver, B.C., Canada

NIEDERLANDE

Muurkrant Leiden 750
Postbus 243
NL - Leiden
2-wöchentlich

"De Frije Socialist"
Postbus 411
NL - Utrecht Tel.: 51 48 05

Muurkrant - Utrecht (Wand-, Stadtzeitung)
Kopijbus,
p/a Oude Gracht 36
NL - 3511 AP Utrecht
Aufl.: Wandzeitung 150, Stadtzeitung unbekannt
Rs.: Mittwoch

NORWEGEN

Ikkevold
Göteboggt. 3
N - Oslo 5 Tel.: 38 12 35
erscheint monatlich

ÖSTERREICH

Zeitung - Versuch einer Salzburger Gegenöffentlichkeit 1.500
Haunspergstr. 70
A - 5020 Salzburg Tel.: 00436222/72 98 83
monatlich

ARENA
Schottengasse 3a/I/59
A - 1010 Wien

"Falter" - Programmzeitschrift 6.000
Eßlinggasse 17/11
A - 1010 Wien Tel.:66 11 89
erscheint 2 x wöchentlich

Stadtzeitung für Wien
Margaretenstr. 99
A - 1050 Wien



SCHWEDEN

Hallbladet - Gefangenenzeitung
Fack 47
S - 10460 Stockholm
erscheint seit den 40er Jahren
4 bis 8 mal pro Jahr 4.000

SCHWEIZ

Alpenzeiger 333
Postfach 523
CH - 5001 Aarau
Erscheint mindestens einmal im Monat, Rs.: fließend

REBELL 450 - 900
Postfach 3235
CH - 3000 Bern 7
Erscheint 10 mal jährlich, Rs.: 3 Wochen nach Erscheinen der letzten Nummer.

Das Konzept
Weinbergstr. 31
CH - 8006 Zürich Tel.: 47 75 30

Focus
Postfach 161
CH - 8023 Zürich Tel.: 44 73 55

Leserzeitung
Postfach 3182
CH - 8031 Zürich
oder: Limmatstr. 195, Zürich Tel.: 42 44 00
ACHTUNG: Da kann eine Liste mit der gesammelten Schweizer Alternativ-Presse bestellt werden.

Gasseblatt
c/o M. Keller
Manessestr. 36
CH - 8004 Zürich

's fräche Blatt
Postfach 3351
CH - 8031 Zürich

Telefon-Züitig - Drei Minuten alternative Information, täglich neues Bulletin
Kanzleistr. 63
Ch - 8004 Zürich Tel.: 24 13 30 1

Zeitdienst
Postfach 195
CH - 8025 Zürich

USA

Liberation News Service
17 West 17 Street floor 8
New York, New York 10011 Tel.:989 - 35 55

Win Magazin
503 Atlantic Ave, 5th floor
USA - Brooklyn, NY 11212 Tel.:(212) 624 - 83 37
erscheint 14 - tägig

Fortsetzung des Leserbriefs von Seite 19

Der Artikel über „Frauenwohngemeinschaften" lief ungefähr so: Wie toll ist es in Frauenwohngemeinschaften und wie beschissen haben es die Frauen, wenn sie in Wohngemeinschaften mit Männern zusammenwohnen. Auch das will ich nicht bestreiten oder relativieren. Es geht um die Courage, um ihren journalistischen Stil. Und der ist platonisch. Männlicher geht es überhaupt nicht. Es kommt auf die Idee drauf an, auf die Propagierung der von Frauen geschaffenen Initiativen. Und wie widersprüchlich und schwierig diese Erfahrungen (diese Wirklichkeiten) auch immer sein mögen, das ist nicht so wichtig, im Gegenteil, sie verwässern nur die Idee, die möglichst rein gehalten werden muß. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Courage in nichts vom Stern beispielsweise. Und das was Kuby über den Stern gesagt hat, könnte ebenso gut auch von einer Courage-Redakteurin gesagt worden sein: „Ich schreibe für eine Zeitung, die für Analphabeten gemacht wird".

Aber nun die Tageszeitungs-Macher, sie wollen alles anders machen – keine endlose Wiederholung irgendwelcher Ideen (mit Fakten-Untermalung), keine Suche nach Autoren-Ergüssen, die lokale Borniertheit überwinden, ein Super-ID eben (und dabei ist der ID schon überflüssig genug: ich kenne zig Leute, die den ID abonniert haben, aber keiner von ihnen – wirklich keiner von ihnen – liest das Ding auch. Ich auch nicht. Höchstens daß wir ab und zu nach flüchtiger Durchsicht des Inhaltsverzeichnisses mal diese oder jene „Nachricht" lesen, die uns irgendwie (sei es aus lokalen oder thematischen Gründen) interessiert. Und diese „Nachricht" können wir immer – wirklich immer – dann auch – und ausführlicher – in einer anderen Zeitschrift oder Zeitung wenig später lesen.). Es geht also um die **schnelle** Verbreitung von Nachrichten, Informationen und Problemen über ihre lokale und soziale Eingebundenheit hinaus. Und da sind wir wieder bei der „sozialen Bewegung" als ein kybernetisches Problem. Das hat mit der Revolte nichts mehr zu tun. In dem Moment wo Lotta Continua sich auf das Tageszeitungs-Ding stürzte, war es mit ihrem Engagement in der Bewegung auch vorbei, die Zeitung war die Ablösung. Und die Liberation war in ihrem Wesen von Anfang an ein bildungsbürgerliches Projekt, wie überhaupt die meisten Projekte nach 69 in Paris nie die soziale Stellung der Einzelnen in ihr Arbeiten thematisiert haben und ihre Veränderung in Angriff genommen haben (das Experiment existiert für die Pariser Linke nicht, deswegen auch diese schwärmerische Rezeption der Projekte der US-Linken von Foucault, Deleuze, Guattari, Baudrillard, Lyotard etc., wobei ihnen völlig das Verständnis und die Fähigkeit abgeht, sich selber in ein ähnliches Projekt einzuklinken, mitzuarbeiten, mitzuleben, dort. Deswegen auch solche Seltsamkeiten: Deleuze und Guattari propagieren das „Klein-Werden-Schaffen" und publizieren derlei wirklich schönen Spruch mit den dazugehörigen wirklich schönen Theoretisierungen i n d e n g r ö ß t e n V e r l a g e n und schaffen damit um sich herum ein soziales Feld bevölkert mit schöngeistigen Schleimern, Arschkriechern und neuen Autoren – letzteres das Superlativ von den vorangegangenen Charakterisierungen).

Nun gut, ich will mich nicht mehr weiter ereifern. Und vielleicht ist bis hierhin auch schon klargeworden, warum ich meine, daß die Tageszeitung bestenfalls eine „kritische Öffentlichkeit" herstellen kann, und das ist eigentlich Aufgabe der liberalen Zeitungen, das kann eigentlich nur Aufgabe der liberalen Zeitungen sein. Mehr kann eine Tageszeitung überhaupt nicht machen. Was für eine Energieverschwendung, wenn die Linke sich für diese Aufgabe begeistert. Es sei denn, daß diese Linke sich neuerdings auch wieder für die soziale Stellung, die mit dieser Aufgabe verknüpft ist, und die s i c h e r einige Annehmlichkeiten beinhaltet, zu interessieren beginnt, in ihr Blickfeld zu rücken beginnt. *That he who is not busy being born / is busy dying. (Bob Dylan)*

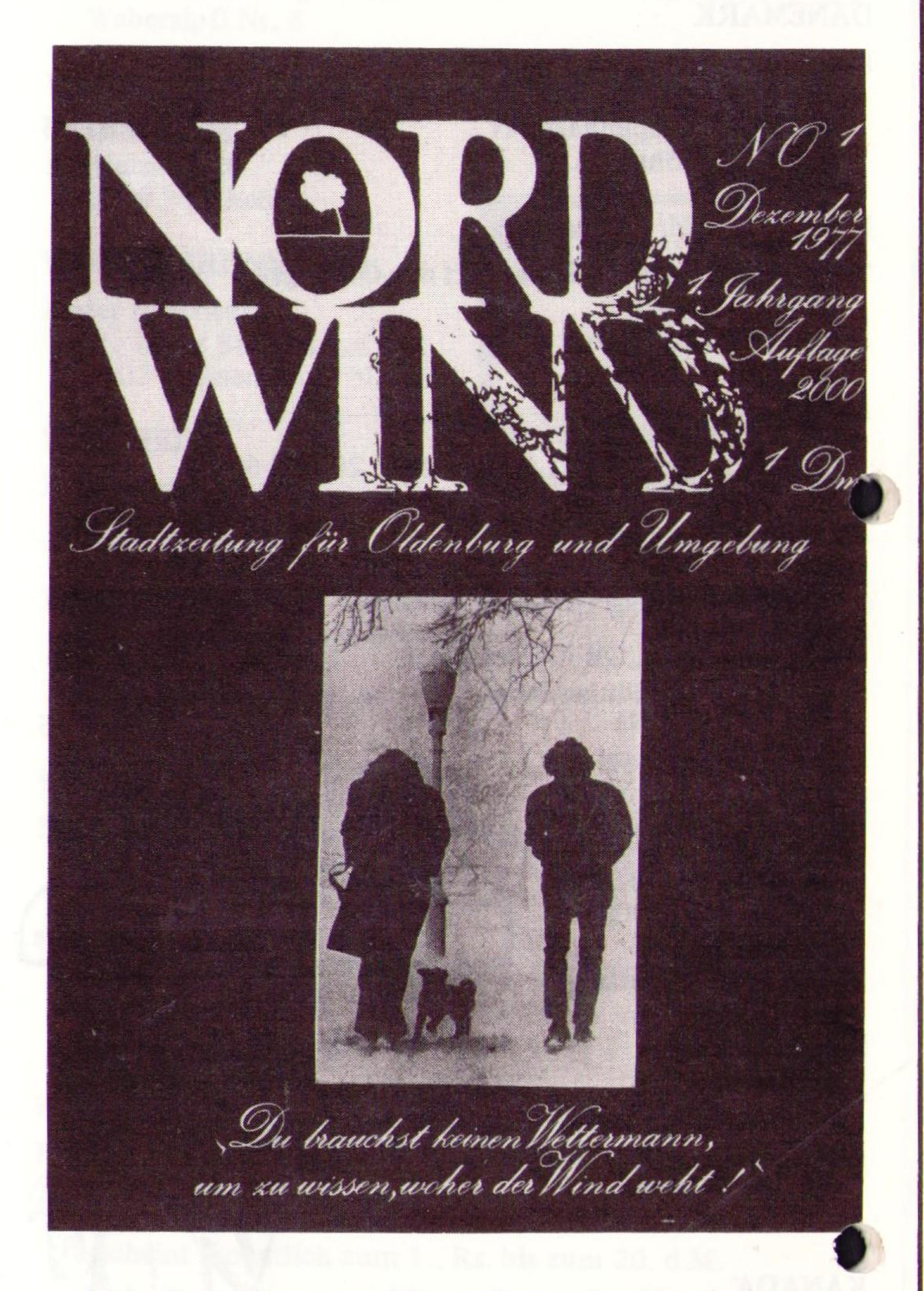
Ha.Ha., Ortsgruppe Bremen der Necrophiliacs Liberation Front (NLF)

Kontakt: Ha.Ha., c/o Impuls-Verlag, 2800 Bremen 1, Auf den Häfen 105

500 ZEITUNGEN SIND SOGAR SEHR GÜNSTIG...

OLDENBURG,
25. Oktober 78

Rainer Künsken ist Mitarbeiter der Oldenburger Alternativzeitung Nordwind. Er hat am nationalen Zeitungstreffen der Alternativpresse Anfang Oktober in Braunschweig teilgenommen und jetzt einen Rundbrief an eine Menge Zeitungsmacher verschickt:



Liebe Freundinnen und Freunde von der Alternativpresse,

es geht wieder einmal um ein gemeinsames Projekt. In Braunschweig auf dem letzten nationalen Treffen haben die anwesenden Vertreter von, ich glaube 15, Zeitungen, vereinbart, ein Buch über die Alternativzeitungen zusammenzustellen, dabei fungiere ich als Koordinator und als „Dahintersitzer" und „Antreiber" und „Hinterherseier" und überhaupt als riesige Zentrale der Dezentrale. Andere gemeinsame Sachen werden von Freiburg (Anzeigenverbund) und von Saarbrücken (Repressionstango) aus koordiniert.

Für alle die, die in Braunschweig nicht dabei waren, die Gründe, die uns eingefallen waren, warum wir ein Buch machen wollen:

Da ist in letzter Zeit so viel Literatur über alternative Projekte rausgegeben worden, auch von bürgerlichen Verlagen (Fischer Alternativ, rowohlt Technologie und Politik). Es ist damit zu rechnen, daß auch bald was über die alternative Presse erscheint. Das heißt, irgendwer wird sich, womöglich von einer „wissenschaftlichen" Warte aus, über uns und unsere Arbeit auslassen. Was wir aber eigentlich wollen und was ein verbindender Punkt aller Alternativzeitungen wohl ist, nämlich das Prinzip, daß Betroffene selbst berichten sollen, das wird dabei nicht erfüllt. Wenn ÜBER UNS was berichtet wird, dann muß das auch VON UNS verfaßt werden. Mal ganz

abgesehen davon, was dabei herauskommen kann, wenn irgendwer da so ein Aufsätzchen zusammenkrakelt.

Ein anderer Grund ist, daß viele Schwierigkeiten ähnlich gelagert sind - dafür ist ein breiter Erfahrungsaustausch nicht nur günstig, sondern sogar sehr günstig. Das gilt auch für alle die, die eine Zeitung machen wollen. Wenn wir schätzen, daß es ungefähr 50 Alternativzeitungen gibt, dann sind das ungefähr 500 zu wenig. Um diesen 500 Zeitungsprojekten, die in nächster Zukunft entstehen werden, ein wenig Hilfestellung zu leisten, dafür soll unser Buch auch da sein.

Es gibt ja nicht nur Schwierigkeiten, sondern auch positive Erfahrungen - sich darüber gemeinsam freuen und vielleicht Anregungen für eigene Zeitungen zu kriegen - auch das ist ein guter Grund.

Der Werbeeffekt, der alle Alternativblätter mit der gleichen Wucht treffen wird, sollte nicht außer Acht gelassen werden, wenn abgewogen wird, ob die Niederschrift eines Beitrages einem Kneipenbesuch vorgezogen werden soll.

Na, es gibt noch mehr gute Gründe, die sich jeder Mensch selbst ausdenken kann. Ich weise nur vorsichtshalber darauf hin, daß der vorliegende Brief nicht die letzte Aktion in dieser Sache „Buch" ist, wie das oft bei derartigen Initiativen leider der Fall ist. Das bedeutet: Dieses Buch wird erscheinen - technisch sind wenig Hürden zu überspringen, denn composert kanns leicht werden, gedruckt auch. Das Binden sollte auch geleistet werden können in der alternativen Infrastruktur. Vertrieb über Alternativzeitungen und -vertriebe. (Falls gewünscht, kann auch bei "etablierten" Verlagen wie rotbuch, wagenbach, association,... oder sogar bei fischer, rowohlt ... angefragt werden; was ich allerdings nicht unbedingt für erforderlich halte.)

Gut wärs, wenn auch Zeitungsleute, deren Zeitung nicht mehr existiert, berichten würden. Um die Gründe der Aufgabe gehts dann hauptsächlich. Wer welche kennt, bitte diesen Brief unter die Nase halten.

Es gibt noch viel zu schreiben, allein ich tus nicht. Ihr seid dran. So schnell wie möglich! Bereits Ende dieses Jahres soll die Zusammenstellung erfolgt sein. Nein sowas.
tschüüüüss und schöne Tage und seids lieb gegrüßt aus dem Norden von den Nordlichtern

VORSCHLAG

Fragen, die interessant sind für uns Zeitungsmacher UND für die Öffentlichkeit, also hauptsächlich die, die unsere Zeitungen lesen (und durch Diskussion, Artikelschreiben, Leserbriefe, Debatten, Kritik, ... mit-machen) UND die, die evtl. zusätzlich durch "dieses unser Buch über uns" dazu angeregt werden, die Alternativpresse als Möglichkeit zur Information, Meinungsbildung ... zu begreifen, kurz: unsere Zeitungen zu lesen, zu benutzen, gestalten.

1. wie fings an/ mit wieviel Leuten/ warum/ wann
2. wer soll angesprochen werden/ (gilt die Unterscheidung volks-, scene-, untergrund-, bürgerinitiativ-blatt eigentlich? / inhaltliche Bestimmung in verbindung mit punkt 1 - warum die Zeitung/
3. Auflage/ Größe - Format, seitenzahl, verkleinerung beim Druck/ druck/ legen, heften, schneiden/ vertrieb/ erscheinungsweise
4. finanzen - preis, abrechnung, förderabos, abos überhaupt, spenden,/ anzeigen veranstaltungen/
5. rechtsform/ steuern/ subventionen/ impressum
6. leben leute von der zeitungsarbeit, wenn ja, wieviele wie/ ist für die zukunft was geplant in der richtung
   wer weiß was über oder wer kennt wen, der was weiß über:
   — arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (bei gemeinnützigem verein möglich) - arbeitsamt zahlt den lohn
   —arbeitsplatz—schaffung—arbeitsamt zahlt 80 % des lohns für eine bestimmte zeit, wenn neuer arbeitsplatz geschaffen wird (das dürfte uns doch nicht schwerfallen)
   — zivildienstleistende als zeitungs-macher
   oder sonst noch andere möglichkeiten ...
7. wie läuft die arbeit ab/ sammeln der artikel/ post/ festes büro/ sprechzeiten/ kontakttelefon/ büchertisch/ anzeigen/ kleinanzeigen/ lay out - wie lange, wieviele leute/ feste teile, die immer wieder reinkommen/ adressen/ veranstaltungen
8. Verfolgungen durch
   — staatsorgane - ermittlungsverfahren, prozesse, vorstadien, einschüchterungen welcher art/ beispiele schildern
   — öffentl. institutionen wie kirche, verbände, parteien (bspw. ausschlußverfahren aus partei, gewerkschaft wegen zeitung), nazis
   — unternehmer - anzeigenboykott, nichtverkauf ...
   — ein wenig sich selbst - selbstzensur oder wege, diese zu umgehen, bspw. dokumentation
9. wichtig: wie siehts mit den persönlichen beziehungen innerhalb der zeitungsgruppe aus/ verbindlichkeit der mitmacher - fluktuation/ enger kreis oder offen

Wem was einfällt, was nicht unter den obigen Punkten abzuhaken ist, bitte einen neuen Punkt, damit es von hier aus auch den anderen mitgeteilt werden kann. Wenn wir Nordlichter auch schon sehr schlau sind, alles können wir auch nicht wissen.
Die 9 Punkte sind logo nur ein Vorschlag. Wer was anderes weiß oder einfach es anders machen will, solls nur tun. Ich hab das nur gedacht als Hilfe dafür, was alles geschrieben werden kann, nicht muß. Erschöpfend ist die Aufzählung sicher nicht.
Also macht mal. Schließlich hat die Zeitungsmacherei ja auch "irgendwie irgendwo irgendwann was mit schreiben zu tun oder so; das ist echt so, und schließlich törnt uns das alle an, wenn wir gut drauf sind" oder?

die adresse, wo's hinsoll: NORDWIND, rainer künsken, johann justus weg 92 c, bei trüg, 29 oldenburg. tel. 0441/63254



Zum AGIT-Drucker-Prozeß: BERUFSVERBOT FÜR STAATSANWÄLTE?

Berlin 23.10.78 *Von der Roten Hilfe Westberlin kommt folgendes:*

Von der Öffentlichkeit zu Unrecht zunehmend weniger beachtet wird der Prozeß gegen die 4 AGIT-Drucker, die sich in Berlin wegen der Ausübung ihres Berufes vor dem 4. Strafsenat des Kammergerichts zu verantworten haben.

Offensichtlich ist in der Bevölkerung die Ansicht immer stärker vertreten, daß die Drucker mit den Vorwürfen aus der Anklageschrift nicht das Mindeste zu tun haben und da- — so die Stuttgarter Nachrichten — dieser Prozeß "seinem Ende entgegenscheitert".

Diese Einsicht und die Erwartung eines allenfalls routinemäßigen Gesinnungsurteils von der Dauer der erlittenen Untersuchungshaft plus Politzuschlag hat dem Prozeß die prickelnde Spannung genommen, mit der er eigentlich begonnen hatte. Der VErfall des öffentlichen Interesses hatte bereits begonnen, als die drei Angeklagten Foß, Weyer und Werth nach über 9 Monaten vorläufig aus der U-Haft entlassen worden waren. Schlagartig ging die Zahl der Zuschauer, die bis dahin das Gerichtsgebäude förmlich belagert hatten, zurück. Und wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Drucker unschuldig sind — und eigentlich freigesprochen werden müßte, so wurde der bei dem Lokaltermin am 9. Oktober in der AGIT-Druckerei geliefert: Bei der Begehung durch das Gericht stellte der ebenfalls geladene Sachverständige fest, daß es 1. nicht möglich sei, vom Inhalt der Druckerzeugnisse Kenntnis zu nehmen und 2. bestehe ein Vertrag zwischen der Druckindustrie und den Auftraggebern, nach der die Druckereien jede Haftung für den Inhalt ausdrücklich ausschließen.

Trotzdem wurde der Antrag der Verteidigung nach Aufhebund des inzwischen anachronistischen Haftbefehls abgelehnt! Warum?

Offensichtlich will das Gericht und die Staatsanwaltschaft die eigene Verstrickung in diesem Fall vertuschen. Denn was sich seit der Entlassung der AGIT-Drucker aus der Haft unter dem Deckmantel der Beweisaufnahme verbirgt, verdient unsere Beachtung. Unverständlich, warum sich die sonst in dieser Frage so verdienstvolle "Springerwelt" bisher nicht in den Prozeß eingeschaltet hat! Hat sie etwa selbst Dreck am Stecken?

Wie dem auch sei — es bleibt festzustellen, daß sich das Gericht zunehmend der öffentlichen Verbreitung von 'Terrorpropaganda' schuldig macht. So werden seit Wochen regelmässig längst vergessene Aufrufe von der RAF, der Bewegung 2. Juni und der RZ vom Gericht aus alten Heften des INFO ausgegraben und in voller Länge und Schärfe verbreitet, ohne daß man ein Wort der Distanzierung von dieser Seite hören würde. Lediglich die Rechtsanwälte der Drucker bemühen sich, das zweifelhafte Bild von den Organen der Rechtspflege zurechtzurücken, indem sie ständig darauf verweisen, daß auch viele andere Artikel im INFO stehen, die meisten von ihnen gar den Terror ablehnen.

Bisher hat das aber den Staatsanwalt noch nicht daran hindern können, immer wieder die Verlesung der fragwürdigsten Parolen zu verlangen: "Macht aus Buback Zwieback." "Schafft viele viele Zellen"; "Fahrt massenhaft schwarz"; "Zündelt was das Zeug hält", wird da.von Amts wegen einem zum Teil minderjährigen, für derart Kriminelles bekanntermaßen anfälliges Publikum serviert.

Im Gegenteil: Immer wieder passiert es, daß in der Hitze der Diskussion der Staatsanwalt persönlich eingreift und Aufrufe skandiert, die wir hier nicht einmal zu dokumentieren wagen. Es muß die Frage erlaubt sein, wo sind wir hier eigentlich? Was geht hier vor?

Wie wir schon festgestellt haben, dient die Beweisaufnahme lediglich als Vorwand. Es ist längst hinreichend bewiesen, daß die Drucker mit dieser Propaganda nichts zu tun haben. Sollte am Ende die These stimmen, der Terrorismus ist eine Seuche? Aber wen hat er angesteckt? Hätten nicht bereits frühe Zeichen auf diese Entwicklung aufmerksam machen müssen? Bereits zu Beginn der Verhandlung hat Staatsanwalt Filipiak einen Hinweis auf seine mögliche wahre Gesinnung gegeben, als er im Brustton der Überzeugung aussprach, was alle Zuhörer insgeheim dachten: "An der Parteilichkeit dieses Gerichts besteht überhaupt kein Zweifel!"

Und hat nicht auch Staatsanwalt Feissl unter dem Jubel des Publikums gesungen: "Eins, zwei, drei — laßt die AGIT-Drukker frei!"

BERUFSVERBOT, WENN NÖTIG, AUCH FÜR STAATS–ANWÄLTE!!!

Viele von uns sind Zeugen dieser unglaublichen Entgleisung gewesen, die bisher ohne sichtbare Folgen blieb. Wir rufen deshalb zur Wachsamkeit auf: Wehret den Anfängen! Unsere Bevölkerung — zumindest der staatstreue Teil — hat einen Anspruch auf integre Staatsanwälte und Gerichte.

Hier gewinnt die Diskussion um den Radikalenerlaß ganz neue Dimensionen — oder wollen wir, daß eines Tages unsere Kinder von solchen Leuten freigesprochen werden?

Kontakt: Rote Hilfe West-Berlin, Mehringdamm 99, 1000 Berlin-West 61

Zensur / Meinungsfreiheit

PROZESS GEGEN DIE SAARBRÜCKER STADTZEITUNG

SAARBRÜCKEN 30. Oktober *Von der Alternativzeitung 'Stadtzeitung Saarbrücken' kommt der folgende Prozeßbericht. Im Zusammenhang mit diesem Bericht sei hier darauf hingewiesen, daß es auf dem Frankfurter Treffen der Alternativpresse im April 1976 vereinbart wurde, daß sämtliche Alternativzeitungen über Verfahren gegen andere Zeitungen berichten, indem sie entweder den inkriminierten Artikel dokumentieren oder aber zusammenfassende Artikel veröffentlichen. Zeitungen der Alternativpresse seien darauf hingewiesen, daß sie ein Anrecht darauf haben, daß über ihren Fall berichtet wird. Außerdem gibt es einen Fonds für alle die Zeitungen, die durch Prozesse in finanzielle Not geraten sind. Monatlicher Mindestbeitrag: 10 Mark auf das Postscheckkonto 332 190 — 604, Postscheckamt FFM, Zeitungssolidaritätsfonds.*

"Das war er also, UNSER ERSTER PROZESS: Wir, d.h. der Verantwortliche im Sinne des Pressegesetzes (ViSdP) unserer Januarausgabe war angeklagt:

> Vorsätzlich öffentlich über andere wider besseres Wissen Behauptungen tatsächlicher Art aufgestellt zu haben, die geeignet sind, ein behördliches Verfahren oder andere behördliche Maßnahmen gegen diese Personen herbeizuführen, indem Sie als Verantwortlicher Redakteur in der Januar-Ausgabe 1978 der "Stadtzeitung" eine am 26. September 1977 in Saarbrücken St. Josephstr. 29 wegen Verdachts des unerlaubten Betreibens einer Schankwirtschaft pp. durch Beamte des Polizeireviers 2 erfolgte ordnungsgemäße Kontrolle als "Polizeiwillkür" bezeichneten und in diesem Zusammenhang Ausdrücke wie "Überfälle der Polizei", "Totaler Schikane", "Frechheit", "Polizeiliche Repressalien", "üblichem Vorgehen" gebrauchten und durch eine Karrikatur gummiknüppelschwingender Polizisten untermalten, obwohl Ihnen bekannt war, daß keine Ihrer Behauptungen den Tatsachen entsprachen und die Beamten in der rechtmäßigen Ausübung Ihres Amtes gehandelt hatten. Vergehen gemäß §§ 164 Abs. II, 165, 40, 43, StGB

Als wir diesen Schrieb ins Haus bekamen, herrsche erst einmal ziemliche Aufregung. Was tun? Schließlich war es für uns das 1. Mal. Der Betroffene ging zu einem Rechtsanwalt, mit dem er sich überlegt, daß wir Zeugen für den Ablauf des beschriebenen Abends bräuchten. Die fanden wir auch, und sie bestätigten uns schriftlich, daß der Abend, wie in unserem Artikel beschrieben, gelaufen war, die Formulierungen allerdings etwas übertrieben seien.

Unser nächstes Problem war die Frage, ob wir Öffentlichkeitsarbeit betreiben sollen, oder nicht. Der Angeklagte vertrat die Ansicht, daß es, besonders für ihn selbst, am besten sei, erst mal auf kleiner Flamme zu kochen und nicht sofort wieder den offenen Konflikt mit der Polizei zu suchen, in der Hoffnung ungeschoren davon zu kommen. Die meisten unserer Gruppe waren zwar der Ansicht, daß es besser sei, vor allem auch im politischen Sinne, Öffentlichkeitsarbeit zu machen, aber wir meinten, nicht einfach über den Kopf des Betroffenen entscheiden zu können. Deshalb, und weil wir zu der Zeit sowieso einige Schwierigkeiten mit unserer Arbeitsmoral hatten, haben wir die ganze Sache mehr oder weniger laufen lassen, nicht immer mit einem guten Gefühl.

Nach einiger Zeit erhielt der ViSdP einen Strafbefehl über 600,- DM, 30 Tagessätze. Er legte Widerspruch ein, worauf er einen Verhandlungstermin bekam.

Auf dem Alternativpresse-Treffen in Braunschweig wurde uns dann, als wir über unsere Lage berichteten, ziemlich der Kopf gewaschen. Daraufhin schrieben wir noch dort ein Flugblatt, vervielfältigten und verteilten es am nächsten Tag, 2 Tage vor Prozeßtermin. Der Effekt war überraschend! Es kamen über 100 Leute, was für die Situation hier sehr viel ist.

Der Prozeß ging dann sehr schnell. Unser betroffener ViSdP wurde, nach dem üblichen formellen Kram, gefragt, ob er den Artikel selbst geschrieben habe. Er antwortete darauf, daß der uns zugegangene Artikel im Kollektiv besprochen worden sei und das Kollektiv die Information nachgeprüft habe. Weiter wurde er gefragt, ob wir mit unserem Artikel darauf abgezielt hätten, daß gegen die betreffenden Polizisten ein Disziplinarverfahren eingeleitet würde, bzw. ob er sich darüber im Klaren gewesen wäre, daß das eine zwangsläufige Konsequenz sei. Er sagte, daß nach seinem Wissen dieser Aspekt während der betreffenden Sitzung nicht diskutiert worden wäre.

Nach diesen beiden Fragen stellte der Richter (mit Einverständnis des Angeklagten) das Verfahren wegen Geringfügigkeit (§ 136 StGB) ein. Nachher war zu erfahren, daß der Richter "angesichts der drohenden Volksmassen" (das Flugblatt war also absolut richtig und wichtig) und aufgrund der Tatsache, daß der Prozeß durch immer weiter gehende Zeugenvernehmung hätte sehr lange hinausgezögert werden können, sein Urteil gefällt hat.

Ein Freispruch wäre uns natürlich lieber gewesen, aber eigentlich waren wir froh, die ganze Sache so glimpflich losgeworden zu sein.

Ein Hinweis:
Wir halten es möglicherweise für eine sinnvolle Taktik, vor Gericht immer auf das Kollektiv zu verweisen, da daraufhin alle Mitglieder als Zeugen benannt werden können. (Ein Punkt, der für ein Impressum mit allen Mitarbeiter(innen) spricht.) Dann besteht die Chance, daß angesichts des drohenden Aufwands an Zeugenbefragung, das Verfahren eingestellt wird.

Und noch etwas:
Arbeitet man mit dem presserechtlich Verantwortlichen Carlo Sponti, kann das bei Prozessen für alle Folgen haben, die bekannterweise bei der Zeitung mitarbeiten oder sie vertreiben. — Z.B. greift die "Staatsgewalt" dann auf andere zurück, wie die Drucker bei Agit — Deshalb, entweder legal mit ordentlichem Impressum, oder total ..."

Kontakt: Stadtzeitung Saarbrücken, c/o Jens Jacob, Postfach 176, 6600 Saarbrücken

"GEMEINGEFÄHRLICHE BESTREBUNGEN" EIN NEUER FALL VON ZENSUR BEIM WDR

FRANKFURT 29.Oktober

Am Sonntag, den 29.Oktober zu nachtschlafender Zeit um Viertel vor Elf wurde im ersten Fernsehprogramm der WDR-Film „Die Gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" gesendet. Neben den beiden dokumentarischen Teilen, über die Zeit der Sozialistengesetze vor hundert Jahren und über die Verfolgung der Hamburger Familie Ahrens, die jetzt in vierter Generation mit dem Berufsverbot zu kämpfen hat, gab es einen Spielteil: Eine fiktive Jusoveranstaltung mit „typischen" Dialogen zwischen Funktionären, Gewerkschafter und Juso... (Frankfurter erkannten die Schauspieler aus dem „Karl Napps Chaos Theater" und dem Theater am Turm", TAT). Dieser Spielteil nun gefiel dem Programmdirektor des WDR nicht, der Film schien ihm so einseitig, daß er eine Ergänzung und eine Schnittauflage veranlaßte. Diese Ergänzung geschah dann in Form eines Interviews mit dem SPD-Mann Klose (Hamburger Bürgermeister) geführt von WDR-Redakteur Kloess. Ein Teil des Films fiel gleichzeitig der Schere zum Opfer. Zur Anhängung des Klose-Interviews (die Aussagen des Herrn Klose ähnelten übrigens sehr denen des gestellten SPD-Funktionärs im Film) muß noch gesagt werden, daß die Autoren und der Produzent des Films den Inhalt des Interviews nicht kannten, daß aber der Abspann mit ihren Namen vom WDR einfach hinter



Zum Sozialisten-Gesetz.

Gensdarm: „Im Namen des Gesetzes, Sie sind verhaftet."
Socialdemokrat: „Warum?"
Gensdarm: „Sie führen ein rothes Taschentuch."
Socialdemokrat: „Aber Sie sehen doch, daß ich Nasenbluten habe."
Gensdarm: „Geht mich nichts an, roth ist roth."

das Interview gesetzt wurde, sodaß der Eindruck entsteht, auch dieser Teil sei von ihnen gemacht worden, die so ihren eigenen Film entschärften...
Die Autoren, Henning Burk, Detlev Puls und Cora Stephan schickten uns folgende Presseerklärung:

WDR doch Rotfunk?
Die Presse ist voll von Berichten über Zensur gegenüber „linkem" Gedankengut. Wir freuen uns, einmal über das Gegenteil berichten zu können: Dem WDR war unser Fall nicht „links" genug.
Der Sachverhalt:
Nach Fertigstellung und Abnahme unserer historischen Revue „Die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" hielt Herr Hübner, Programmdirektor des WDR, als Einziger der Abteilung unseren Film für „nicht sendefähig". Dem verantwortlichen Redakteur, Dr. Kloess, und seinem Hauptabteilungsleiter, Dr. Katz, gelang es, Herrn Hübner zu einem Kompromiß zu bewegen. Der Film wurde nun zwar gesendet, aber der Schere fiel insbesondere der didaktische Schlußteil unseres Films zum Opfer. Dort wird die Hoffnung ausgedrückt, die SPD könne ihre richtigen Einsichten in Bezug auf den Radikalenerlaß auch in die Tat umsetzen.
Der Schlußsatz: „(Frau) Der Willy Brandt! Das ist auch so einer, dem hinterher immer alles leidtut! Das mit dem Radikalenerlaß, das hat er auch nicht gewollt, sagt er. Ja, warum schafft er ihn dann nicht einfach ab? (Mann) Ja, wenn er das könnte" - ist pluralistisch und läßt dem Zuschauer ein eigenes Urteil offen. Nach den Eingriffen des Herrn Hübner endet der Film nun mit dem Satz: „(Gewerkschafter) Früher, da hat die SPD dem Kapital manchmal noch ein paar Brocken ins Getriebe geschmissen, und heute — da ölt sie denen ihre Maschine. Das ist doch keine Arbeiterpartei mehr. Das ist eine Volkskrankheit!"
Dadurch wird die Aussage unseres Films natürlich enorm verschärft, ja einseitig.
Sollen wir — fragen wir uns — mit der Verschärfung unseres Films nun in eine linke Ecke (DKP? ?) gedrängt werden? Sollen der Gefährdung unserer beruflichen Laufbahn (Radikalenerlaß, Schwarze Listen) Tür und Tor geöffnet werden?

Ironischerweise also hat — obwohl in der Medienlandschaft heutzutage der Ruf nach „Ausgewogenheit" vorherrscht — der WDR durch seine Eingriffe in unserem Film das Gegenteil bewirkt:
WDR also doch „Rotfunk"? ? ?

DIESES POSTER AN LITFASSÄULEN, STRASSENBAHNHALTESTELLEN, PLAKATWÄNDEN ETC AUFHÄNGEN ist verboten .

KARLSRUHER STADTZEITUNG

WIR LASSEN UNS NICHT DEN MUND VERBIETEN.

EIN BULLE IST EIN BULLE!

ES LEBE DIE SPRACHE DES VOLKS!

Sag doch nicht, immer immer wieder Bulle zu mir, Bulle zu mir mein Schatz...

Gegen die Karlsruher Stadtzeitung läuft gegenwärtig ein Verfahren. In einer ihrer Ausgaben war ein Bericht eines von einer Polizeiaktion betroffenen veröffentlicht. Er hatte in seinem Bericht, wie's in der BRD häufig getan wird, statt von ‚Polizisten' oder ‚Freunden und Helfern' ganz einfach von ‚Bullen' gesprochen. Das erboste den Staatsanwalt. (siehe ID 251)
Am ersten Tag der Verhandlung hatte der Richter die Absicht das Verfahren einzustellen, wenn der presserechtlich Verantwortliche ein Bußgeld in Höhe von 200,-- DM zahlen würde. Dieser Vorschlag wurde nicht akzeptiert, denn ein Freispruch soll mindestens bei dem Verfahren herauskommen. Über den weiteren Verlauf informiert die Karlsruher Stadtzeitung, Postfach 3644, 7500 Karlsruhe.

Zum Prozeß haben die Leute von der Stadtzeitung dieses Plakat gemacht.

Schülerzeitungszensur

EIN AUFRUF ZUR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG WIRD VERBOTEN

MÜNSTER 1.November *Vor vier Jahren schrieb ein Schüler einen Artikel über die Kriegsdienstverweigerung. Er veröffentlichte ihn in einer Schülerzeitung, der Artikel wurde gedruckt und gelesen und es geschah nichts weiter bemerkenswertes.*

Vor etwa eineinhalb Jahren wurde eben dieser Artikel von der Schülerzeitung 'Kaleidoskop' nachgedruckt. An dieser Schule wurde der Artikel verboten. Die Redakteure wurden aufgefordert, den Innenteil ihrer Zeitung heruaszureißen, um so die Schülerinnen des Mädchengymnasiums vor schädlichen Gedanken zu bewahren.

Dieser Vorfall war Anlass für die Redaktion der Schülerzeitung 'Kläranlage', den Artikel nochmals zu drucken. Diesmal unter dem Stichwort 'Schülerzeitungszensur'. Dem Chef der Schule lag daraufhin nichts näher, als ein gutes Beispiel von Zensur durchzuspielen. Er informierte den Staatsanwalt, der aufgrund des Artikels ein Verfahren einleitete. Am 6. November steht der verantwortliche Schülerredakteur vor dem Amtsgericht in Münster. Für Solidaritätsbekundungen hier die Adresse der Zeitung: **Redaktionskollektiv 'Kläranlage', c/o Hendrik Persson, Marienthalstr. 82, 4400 Münster.** *Außerdem einige Zitate aus dem Artikel:*

"...

Die einzige Tötung, die ich verantworten kann, ist gegebenenfalls die Notwehr. Ein Krieg jedoch, das heißt ein Zurückschlagen eines Angreifers, ist keine Notwehr. Krieg heißt Menschen in ihr sicheres Verderben schicken.

Und da gibt es doch tatsächlich Politiker aus den Reihen der Parteien mit dem hohen "C" (–christlich), die die Stirn haben, zu behaupten, Kriegsdientverweigerer seien Revoluzzer und Verfassungsfeinde. Diese Herren sollten sehr genau darauf achten, was sie sagen.

Denn die Verweigerung des Kriegsdienstes ist legitim, wenn man seine Gewissengründe darlegen kann. Aber – hier liegt der Haken – Männer mit weniger guten rednerischen Fähigkeiten sind wohl doch eindeutig benachteiligt. Die Kriegsdienstverweigerung ist folglich vielen Männern der unteren sozialen Schi chten vorenthalten. Daher mein Appell an die Bundesregierung: der unsoziale Paragraph der Gewissensdarlegung ist abzuschaffen.Andernfalls ist das "S" aus der Parteibezeichnung zu streichen.

So gilt mein Plädoyer all denen, die noch nicht den Einberufungsbefehl bekommen haben: Wählt den Weg der Gewaltlosigkeit; auf [...] konnte Gandhi die Briten aus seinem Land vertreiben. Bildet euch nicht ein, gegen Atomgeschosse ankämpfen zu können. Kämpft nicht gegen die Menschen, sondern für die Menschen, denn es sind bereits zu viele von ihnen gewaltsam umgekommen !!

VERWEIGERT DEN KRIEGSDIENST!

Ralf Oelrich

Dieser Artikel will provozieren zum Nachdenken über ein Thema, das alle – besonders die Jungen, die später Kriegsdienst leisten sollen – angeht."

ZENSURPROZESS IN KÖLN

KÖLN 31.Oktober Weil im ,anderen Buchladen' in Köln 103 anonym zugesandte Exemplare der Zeitschrift ,Revolutionärer Zorn' (Herausgeber:,die Revolutionären Zellen') auslagen, findet nun ein Prozess gegen den Geschäftsführer des Ladens statt. Er ist angeklagt, gegen den Maulkorbparagraphen 88a verstossen zu haben. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, Gewalt befürwortet zu haben, indem er die Zeitung liegenließ.

Verhandlungstage sind der 19. und der 21. Dezember. Am 20. Dezember soll eine Demonstration gegen Zensur stattfinden.

Kontakt: Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln, Tel.: 0221/42 02 14

ANKLAGE WEGEN VERBREITUNG DER "DOKUMENTATION – DER TOD ULRIKE MEINHOFS"

MARBURG, 31.10. 78 Am 5.10. erhob die Staatsanwaltschaft Frankfurt vor der dortigen Staatsschutzkammer Anklage gegen Rolf Löchel. Rolf ist angeklagt, in Fulda im Dezember 1976 die "Dokumentation – Der Tod Ulrike Meinhofs" verbreitet zu haben, was den Tatbestand des § 88a erfüllen soll. Rolf saß wegen diesem Verfahren schon vom 12.4.78 bis 19.4.78 in Fulda in Untersuchungshaft und muß sich seit dem auf der Kripostation in Marburg 3 mal wöchentlich melden.

Ob die Anklage zugelassen wird, entscheidet jetzt der vorsitzende Richter am Landgericht. Es ist also womöglich in nächster Zeit mit einem neuen § 88a Verfahren in Frankfurt zu rechnen.

Kontakt: Schwarze Hilfe
c/o Rolf Löchel
Postfach 1668
2550 Marburg

PRESSEERKLÄRUNG ZUM BUBACK–NACHRUF–HERAUSGABE–PROZESS

BERLIN 25. Oktober Vom 31.10. an stehen in Moabit die ersten 14 der 47 Herausgeber des Buback-Nachrufes vor Gericht. Wir 47 haben uns Ende Juni 77 zu einer öffentlichen Dokumentation dieses umstrittenen Nachrufs und des Streits darüber entschlossen, weil der Text mit seiner Hauptaussage in der Öffentlichkeit überhaupt nicht zu Kenntnis genommen wurde. Stattdessen wurde durch Kolportierung von herausgerissenen, ständig wiederholten Reizwörtern eine Hetzkampagne gegen die Universitäten insgesamt als "Brutstätten des Terrors" geführt. Unsere Dokumentation hat zusammen mit weiteren schließlich bewirkt, daß der gesamte Text erstmalig einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde und daß wenigstens ein Teil der Presse den Nachruf nicht mehr als faschistisches Machwerk, als Aufforderung zum Mord beschimpfte, sondern seine klare Absage an jeden Terror wiederzugeben begann.

Die äußerst kontroverse öffentliche Diskussion über den Text und die fortgeführte Hetze bis zu Ausbürgerungs- und Vernichtungsforderungen für seinen Verfasser erhielt durch die Ermordung Pontos und Schleyers noch lange, bis Ende 77, neue Nahrung. Die politische und juristische Verfolgung der Nachdrucke hielt und hält noch länger an. Studentenvertretungen wurden abgesetzt und wie Kriminelle behandelt, Redaktionsräume besetzt und durchsucht, Hundertschaften der Polizei wurden vor Gerichten (z.B. in Göttingen) aufgefahren. Unser Kollege Peter Brückner wurde wegen seiner öffentlichen Stellungnahmen dazu, in denen er sich gegen das Klima der Verhetzung und Gegenaufklärung wehrte, vom Dienst suspendiert, erhielt Hausverbot und darf bis heute noch nicht wieder lehren. Die Oldenburger Kollegen wurden gezwungen zu unterschreiben, daß sie eine besondere Treuepflicht "gegenüber dem Staat" hätten, und: „Diese hat sich insbesondere in Krisenzeiten und in ernsthaften Konflikten zu bewähren, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift". Uns forderte Senator Glotz auf, freiwillig aus dem Staatsdienst auszuscheiden. Daß er (noch) keine Disziplinarverfahren gegen uns einleitete, sondern (vorerst) "nur" eine gerichtliche Untersuchung forderte, sucht er als liberale Politik hinzustellen. Er stellt eine Verbindung zwischen dieser Nachsicht und seiner Geduld gegenüber "Formulierungs"-sünden des konservativen Dozenten Oberreuter aus München her, den er trotz seiner Forderung, für oppositionelle Bundestagsabgeordnete wie die 4 sozialdemokratischen Gegner des Kontakt-

sperrengesetzes "Konzentrationslager einzurichten", an die FU holen will. Wir sehen in dieser Gleichstellung eine ebenso scharfe Beleidigung wie in den bösartigen Beschimpfungen durch einen wenig aufgeklärten Teil der Bevölkerung.

Die meisten Nachdrucke wurden vor Gericht mit den verschiedensten Begründungen angeklagt: von der Beleidigung eines Verstorbenen bis zur Verunglimpfung des Staates und "Volksverhetzung"; insgesamt wurden 8 infragekommende Paragraphen ausfindig gemacht. Eine Mehrzahl der bisher befaßten Richter hat sich willig der emotionalisierten Kampagne angeschlossen und durch eine Reihe von Geld- und Gefängnisstrafen ihre Gerichte zu Organen des zusätzlichen Staatsschutzes ausgebaut. Einige andere Richter, die insoweit wirklich als unabhängig zu bezeichnen sind, haben diese Zumutung zurückgewiesen und sowohl die Nachdrucke wie den ursprünglichen Text als straffreie Meinungsäußerung gewertet. Die Verunsicherung der Gerichte und die Reaktion auf ihre bisherige Selbstdiskreditierung zeigt sich auch in der Vorbereitung des anstehenden Prozesses gegen uns.

Das Landgericht Berlin lehnte die Eröffnung des Verfahrens zunächst ab. Es sah im Nachruf selbst eine Reihe von strafbaren Tatbeständen, in unserer Dokumentation aber nicht. Das Kammergericht beschloß, das Landgericht müsse das Verfahren doch eröffnen. Es billigte uns zwar die Dokumentationsfreiheit zu, sah aber in den Feststellungen, die wir im Vorwort über die Verfolgung und Kriminalisierung in diesem Land getroffen haben den berüchtigten § 90 a (Verunglimpfung des Staates) verletzt. Das Kammergericht kann nicht bestreiten, daß hierzulande, bei der Buback-Nachruf-Fahndung und davor und danach, Bürger im studentischen Alter und darüber auf vielfältige Weise verfolgt wurden und werden. Es räumt selbst "Übergriffe" auf die Studentenvertretungen ein. Aber solche Übergriffe und alle tatsächlichen Vorkommnisse der Kriminalisierung interessieren das Kammergericht nicht. Es will deshalb verurteilt sehen, weil wir sie öffentlich benannt haben, weil wir dabei von "Kriminalisierung, Illegalisierung und politischem Äußerungsverbot" gesprochen haben. Es stellt unsere Feststellung als strafbar hin: "während jeder Ansatz sozialistischer Kritik und Praxis erstickt werden soll, können sich faschistoide Tendenzen ungehindert breitmachen". Das Kammergericht tendiert von Anfang an zur 'Formalbeleidigung', bei der die tatsächlichen Gründe für solche Äußerungen gar nicht geprüft werden müssen. Es läßt nur seine schöne Sicht des Staates und seiner Ordnung gelten und hält jede abweichende kritischere Sicht für beleidigend. Sehr verschärft wird diese Tendenz durch die Begründung des Bremer Landgerichts, das gegen unsere dortigen 16 Kollegen deshalb nicht eröffnen wollte, weil sie mit ihrer Kritik an den Verfolgungsbehörden realitätsfremd, ja realitätssüchtig, nahezu unzurechnungsfähig seien. Es wird im Prozeß entscheidend darauf ankommen, vom Streit um Worte und Werturteile, über die die Gerichte mit ihrer Definitionsmacht frei zu verfügen suchen, auf die Untersuchung der gegenwärtigen Realität der Bundesrepublik und ihrer Meinungsfreiheit zurückzulenken, die der wirkliche Gegenstand der Auseinandersetzung und Grund unserer Publikation ist.

Prozeßtermine: 31.10.;3.11.; 7.11.; 14. und 17.11. bei Bedarf Verlängerung bis 1.12., jeweils 9 Uhr im Saal 500, Turmstraße 91

Für weitere Informationen: Redaktion Ästhetik & Kommunikation, Fuggerstr. 18, 1000 Berlin 30, Tel. 24 10 84

ID-BIBLIOGRAPHIE-ID-BIBLIOGRAPHIE-ID-BIBLI

Hier ist sie, die versprochene Fortsetzung : der von unserem Mitarbeiter Micky mühevoll und ultimativ zusammengestellte zweite Teil der einstmals verschwundenen Bibliographie.

Initiative für die Pressefreiheit. c/o buchladen rote straße, rote str. 10, 34 Göttingen.
*Dokumentation zur Beschlagnahme der 'Texte der RAF'. 1,50

Campus Verlag, Schumannstr. 65, 6 Frankfurt / M.
*Das Kita Projekt. Ergebnisse einer wissenschaftlichen Begleituntersuchung zueinem Reformmodell öffentlicher Vorschulerziehung. Von einer Soziologengruppe aus dem Institut für Sozialforschung. (Dies ist nicht die denunziatorische CDU Dokumentation zum gleichen Thema, sondern ein mögliches Gegenteil). Die Kita ist tot, die Forschung lebt.

Gedichte im Selbstverlag von Jens-Uwe Ries, Wördemannsweg 1, 2 Hamburg 54. mit Linolschnitten aus Dänemark

Eco Verlag, Osefstr. 8, Postfach, CH-8021 Zürich
*Attica und andere Gedichte des Revolutionärs Sante Notarnicola. 9.80 Gedichte aus dem Knast von enem Vorkämpfer der italienischen Gefangenenbewegung.
*Strafuntersuchung: Was tun. Anwaltskollektiv Zürich. 5.00. Leitfaden über Tun und Verhalten bei Kontakten mit der Schweizer Polizei.

KALENDER
Wie schon im letzten jahr vorauszusehen war, hat etliche Tage das nächste Jahr.
Dem Leser ist es nun freigestellt mit verschiedenen politischen Simbolkalendern seine Zeit einteilen zu lassen. Im Angebot ist z. B. der
*Kinderkalender. vom Kinderbuchladen Kreuzberg, Großbeerenstr. 28 b, 1 Berlin 61. Für 7-13 jährige Menschen zum Reinschreiben , Malen, Rumstöbern und Rumtragen. 5.00 + o.40 Porto
*Umweltkalender 1979. Trotzalledem. Her mit der grünrn Welt. 5.00 über PROLIT, Daubringerstr. 32, 6304 Collar (dortselbst auch derneue Prolit Auslieferungskaztalog)
*Es ist nicht alle Tage Sonntag.. Kalender der sozialdokumentarischen Fotographie.13 große Fotoblätter (42cm x 50) im Kunstdruck. 24.00
über: Jochen Mariss, Gräfinghagener Str. 87, 48 Bielfeld 18
*Rosa Kalender. Hrsg vom Verlag Rosa Winkel. Postfach 620304,1Bln30 Nicht für nur für aber nur für Schwulen gemavht 10.00. Außerdem gibt es von diesem Verlag neu: Lavendelschwert. Dokumente einer homosexuellen Revolution von Felix Rexhausen. 14.oo. Und : Sumpffieber. Medizin für schwule Männer. 7.00.

Trotzdem Verlag, Obere Weibermarktstr. 3, 741 Reutlingen
*Wozu noch in die Parlamente? Beitrag zu den Bunten und Grünen Listen. 5.oo. Mit alt anarchistischen Beiträgen von R. Rocker und Raphael Friedeberg.

Freier Verlag, A-5221 Reitsham 2, Österreich.
*Anders Leben und sanfte Technik heißt die von Holger Ising und neu bearbeitete und in Deutsch herausgegebene Ausgabe des international Standard Werkes Radical Technology. Über Ernährung, Energie, Behausung, Autonomie, Materialien, Kommunikation und andere Perspektiven. Das Buch erscheint erst im März 1979 (Subskriptionspreis bis Februar 20,00) Jedoch: wer mit irgendeiner Initiative zu dem Thema noch in den Adressteil aufgenommen werden möchte, ist bis zum **31. Dez** herzlich eingeladen.

Verlag der Igel, 5 Köln, Postfach 718369
*Lib-Lit. Libertäre Literatur Zeitschrift. ist mit Heft 1 erschienen und soll unregelmäßig weitererscheinen. Gedichte, Romanfragmente und Geschichten. Einzelpreis 5.80 + 2,50 (!?) Versand.

PDI- Pressedienst Demokratische Initiative, Münzstr. 3 8 München 2
*Die nichtbewältigte Vergangenheit. 3.00. Dokumentation . Vorwort von Ingeborg Drewitz.

Graffitti c/0 IVA, Pfleghofstr. 11, 74 Tübingen
*Graffittti ist eine neue Zeitschrift auf Glanzpapier mit Grafiken, Fotographien, die mehr sind als Textillustrationen, Texte,Wandkritzeleien, Banales, Übermut und heimliche Revolte. Heft 1 hat das Thema: 50er Jahre. 5.00. Abo/6Hefte: 25.00

Gesinnungsüberprüft. Demokratische Hochschule/ Aktionskomitee gegen Berufsverbote an der FU Berlin. Altensteinstr. 59, 1 Berlin 33
'Gesinnungsüberprüft' bringt Gespräche mit Betroffenen, die unter das Berufsverbot 'fallen'. Plumps. Die subjektive Seite. Wie leben eigentlich Leute, die faul sein müssen, auch wenn sie es nicht wollen? Für 10.00 plu 2.00 Porto bei obiger Adresse zu beziehen.

Medienladen, Rostockerstr. 25, 2 Hamburg 1
*Hat den neuen Medien Material und eine neue Liste mit verleihbareb Video Bändern zusammengestellt. Alle Bücher, Broschüren usw. die zu dem Thema dort erhältlich sind für 1.00 in Briefmarken.

Medienzentrum Fuhlsbüttel, Fuhlsbüttler Damm 93, 2 Hamburg 63
*Versuch Idee Diskussion Erfahrungen Operativer Medienarbeit; über die Arbeit des Medienzentrums Fuhlsbüttel. Maria Jedding. 8,40 Bericht über 3 Jahre Projektleben samt Verleihkatalog der Videoproduktionen.

Basis Film Verleih, Finckensteinallee 32, 1 Berlin 45
Hat den neuen Verleihkatalog mit Nachträgen bereit. Thematische Schwerpunkte sind Arbeitswelt und Jugendliche.

Pinkus Genossenschaft, Froschaugasse 7, CH- 8001 Zürich
Hier gibt es einen neuen Katalog von verfügbaren Büchern aus alter und neuer Zeit über Politik, Sozialwissenschaften und Sozialismus.

BEDROHEN RECHTSRADIKALE DEN FRANK–FURTER FRAUENBUCHLADEN?

Frankfurt
2.11.78

Seit ungefähr 3 Wochen wird unser Buchladen regelmäßig 2 bis 3 mal in der Woche mit Farbeiern und rohen Eiern beworfen. Dies geschieht abends zwischen 18.30 und 19.00 Uhr, wenn es dunkel ist und kaum mehr Straßenverkehr und im Laden nur noch 1 oder 2 Frauen sind. – Gestern, 1.11.78, wieder nach Ladenschluß, explodierte eine Rauchbombe vor unserem Laden, wenig später erklärte ein anonymer Anrufer: **"Wir werden euch nicht weiter zulassen. Wir sind gegen Kommunismus und alles, was aus der DDR ist. Demnächst werden Steine fliegen!"**

Dieser ständigen anonymen Provokation, die jetzt in massiver Gewaltandrohung eskaliert ist, wollen wir öffentlich begegnen. Das heißt erst einmal, daß der Laden JEDEN Abend zwischen 18 und 19 Uhr (also auch nach Ladenschluß) voll von Frauen ist, die sich dann das Weitere überlegen werden.

Frauen des Frauenbuchladens Frankfurt
Kiesstraße 27, 6 Frankfurt 90



KONGRESS „FEMINISTISCHE THEORIE UND PRAXIS IN SOZIALEN UND PÄDAGOGISCHEN BERUFSFELDERN"

KÖLN
11. Oktober

Der Verein ‚Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.' veranstaltet vom 24. – 26.11.78 in Köln einen Kongress mit dem Thema ‚Feministische Theorie und Praxis in sozialen und pädagogischen Berufsfeldern'. Es finden unter anderem Vorträge und Arbeitsgruppen zu folgenden Themenschwerpunkten statt:

- Frauenarbeit im Produktions- und Reproduktionsbereich;
- Frauen und Psychotherapie;
- pädagogische Arbeit mit Mädchen;
- Frauen und ‚männliche' Institutionen;
- methodische Fragen der Frauenforschung.

Beiträge und Forschungsberichte können noch bis zum 10.11. eingereicht werden.

Der Tagungsbeitrag beträgt DM 10,–. Anmeldeformulare können angefordert werden beim **Verein ‚Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.', 5000 Köln 30, Glasstr. 80, Tel. 0221/ 520579**

Betroffene Frauen – meldet euch bitte!

VERGEWALTIGUNG AUF TENERIFFA

Neu-Isenburg
30.10.78

Wie sicher sich Frauen im Urlaubsparadies Teneriffa fühlen können, wenn sie alleine reisen, zeigt folgender Bericht von zwei Frauen:

Sie wurden nach einem Abend in der Discothek, als sie auf ein Taxi warteten, genötigt, in ein Auto zu steigen, in dem sich drei Männer befanden. Sie wurden aus der Stadt hinausgefahren. Unterwegs wurde ihnen schon zynisch mitgeteilt, was man mit ihnen vorhatte. Als die Frauen sich wehren wollten, wurden sie geschlagen und gewürgt, danach dreimal vergewaltigt. Außerdem wurde ihnen der Schmuck und das Geld abgenommen.

Einer der Männer bekam Skupel und wurde daraufhin vor seinem angeblichen Wohnsitz abgesetzt. Die beiden anderen fuhren mit den Frauen in eine einsame Schlucht, drohten sie herunterzuwerfen mit Bemerkungen wie: Dort unten seien schon mehrere Tote gefunden worden; und vergewaltigten sie dann nochmals. Die Frauen packte entsetzliche Furcht vor weiteren Grausamkeiten, Verstümmelungen oder Tod, welche sie bis heute noch schwer belastet. Vier Stunden dauerte die Tortur.

Im Morgengrauen wurden die Frauen weitab von ihrem Aufenthaltsort auf einer Autostraße abgesetzt. Mit Mühe kamen sie wieder in ihr Hotel. Trotz psychischer Belastung versuchten sie sofort, die Reiseleitung zu informieren. Ihr Fall wurde jedoch bagatellisiert und sie bekamen keine Hilfestellung. Es wurde ihnen im Gegenteil davon abgeraten, bei der Polizei Anzeige zu erstatten. Sie bemühten sich um ein ärztliches Gutachten. Die Polizei verwies sie an ein staatliches Krankenhaus. Zwei Krankenhäuser weigerten sich , ein Gutachten zu erstellen. Die Frauen versuchten es dann bei einer Privatklinik, wo es ihnen wieder verweigert wurde. Vier Stunden war die Polizei nicht bereit ein Protokoll aufzunehmen. Erst als die Frauen berichteten, daß die Männer auch mit Rauschgift zu tun hatten, war sie bereit dazu.

Als die Frauen beim deutschen Konsulat um Hilfe baten, nannte man ihnen drei Rechtsanwälte für Wirtschaftsfragen(!), ansonsten wurde ihnen keine Unterstützung zuteil. Es wird ein Prozeß stattfinden.

Den Frauen gelang es durch Eigeninitiative den Namen eines Vergewaltigers herauszufinden. Es ist der Sohn eines angesehenen Geschäftsmannes. Sie schlossen aus der Kleidung, daß auch die anderen beiden Männer aus wohlhabenden Verhältnissen stammen mußten. Durch diese Tatsachen ist es schwierig für die Frauen, Unterstützung auf Teneriffa zu bekommen. Unter all den geschilderten Umständen besteht wenig Aussicht, daß die Frauen den Prozeß gewinnen werden.

Dieser Fall zeigt deutlich, wie wenig Sicherheit und Unterstützung allein reisende Frauen erwarten können. Im Ausland unterliegt man automatisch der herrschenden Moral und wird als Touristin zudem noch als Freiwild betrachtet. Auch Sprachschwierigkeiten verhindern eine Auseinandersetzung. Die Frauen sind der Meinung, daß ähnliches auch anderen Touristinnen auf Teneriffa passiert ist, da die Männer den Eindruck routinierter Vergewaltiger machten. Zur Führung des Prozesses ist es wichtig, daß sich Frauen melden, denen das gleiche passiert ist. FRAUEN, MELDET EUCH! Es stützt die zwei Frauen, ihren Prozeß zu führen und zu gewinnen.

Kontakt über: Frauenzentrum Neu-Isenburg, Im Buchenbusch 29, Tel.: 06102/ 34 338

Freispruch im 2. BONNER THIEU–PROZESS

Köln *Von der Unterstützungsgruppe:*
30.10.78

"Die erste große Strafkammer des Bonner Landgerichts sprach am 1. Oktober auch die letzten drei im Prozeß verbliebenen Angeklagten vom Vorwurf des "schweren Landfriedensbruchs" und "schweren Hausfriedensbruch" frei. Nachdem bereits am 28. September zwei Angeklagte, u.a. Hannes Heer, freigesprochen worden waren, ist damit die Anklage zusammengebrochen.

Hans-Joachim S. wurde wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung" zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen a 25 DM (500 DM) verurteilt.

Die Bilanz nach den ersten beiden Prozessen sieht so aus: von den insgesamt 13 – gewesenen – Angeklagten mußten 11 freigesprochen werden. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die Anklage, die nicht auf der Grundlage von Tatsachen stand, sondern konstruiert wurde, weil man aus politischen Gründen Anklage erheben wollte. Auch die beiden einzigen Urteile basierten nicht auf "harten " Beweisen. Vielmehr hofft man, daß durch die Tatsache, daß 2 Angeklagte verurteilt wurden, in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, die Anklage sei zu Recht erhoben.

Im 3. Thieu-Prozeß geht es um die sogenannten "Rädelsführer". Ihnen wird vorgeworfen: "Ihr Aufruf zur Teilnahme hat bei den Demonstranten den Entschluß zur gewaltsamen Rathausbesetzung hervorgerufen." (aus der Anklageschrift)

Die Termine für die Hauptverhandlung sind: 8., 9., 13., 15., 16., 20., 23., 27., 29., 30. November. Sie findet in der Wilhelmstr., Landgericht Bonn, Saal 36, jeweils montags, mittwochs und donnerstags ab 9 Uhr statt. Das Komitee zur Unterstützung der Angeklagten der Bonner Thieu-Prozesse ruft zur Teilnahme am Prozeß auf!

Aus Anlaß des 3. Prozesses findet eine Solidaritätsveranstaltung am 17. November, 19 Uhr, in Köln-Deutz, im "Mathildenhof", Mathildenstr. 42-44 statt. Das Komitee bittet um Spenden zur Unterstützung der Angeklagten auf das Konto: Hansjörg Hilke, Nr. 10 682 029, Stadtsparkasse Köln, BLZ 37 050 198 Bitte "Öffentlichkeitsarbeit" oder "Prozeßkosten" angeben."

Kontakt: c/o Hansjörg Hilke, Postfach 190 362, 5000 Köln 19

PRESSEERKLÄRUNG DER HAMBURGER MIETERINITIATIVEN

ZUR DISKUSSION UM DEN HAMBURGER MIETENSPIEGEL

HAMBURG 25. Oktober

Nach der Hamburger Bürgerschaftswahl sollte ein neuer, "fortgeschriebener" Mietenspiegel erscheinen. Das hätte eine neue Mieterhöhungswelle für Altbauten um durchschnittlich 15% (laut Zeitungsbericht) bedeutet. SPD–Bürgerschaftsabgeordneter Riedemann sprach sogar von 30%-Mieterhöhungen. Der neue SPD-Senat entschied, diesen Mietenspiegel nicht herauszugeben, sondern erst eine Repräsentativerhebung über Mieten durchzuführen, so daß mit einem neuen Mietspiegel erst im Frühjahr '79 zu rechnen ist.

Trotzdem sind Mieterhöhungen zu erwarten. Die Hausbesitzer dürfen nämlich alle 16 Monate Mieterhöhungsforderungen losschicken. Sie werden jetzt – ohne Mietenspiegel – zu den anderen Begründungen für Mieterhöhungen greifen, den Sachverständigengutachten und den 3 Vergleichsmieten. Hierbei ist allerdings der Willkür der Eigentümer noch mehr Raum gegeben.

Der Mieterverein hat den Senat gemeinsam mit den Hausbesitzern scharf angegriffen. Wir von den Mieterinitiativen kritisieren den Senat auch: Denn diese seit 1976 angekündigte Repräsentativerhebung über "ortsübliche Mieten" kommt mindestens 2 Jahre zu spät, da viele bestehenden Mieten bereits weit überhöht sind, weil Hausbesitzer schon bisher die Rechtsunsicherheit der Mieter zu ungerechtfertigten Mieterhöhungen ausgenutzt haben. Ganz abgesehen davon, daß wir überhaupt gegen die Freigabe der Mietpreisbindung waren und sind, daß wir gegen das jährliche Hochschaukeln der Mieten sind, welches das Angebot an preiswerten, bezahlbaren Wohnungen immer geringer, die Wohnungsnot (30.000 Wohnungssuchende in Hamburg) immer größer macht.

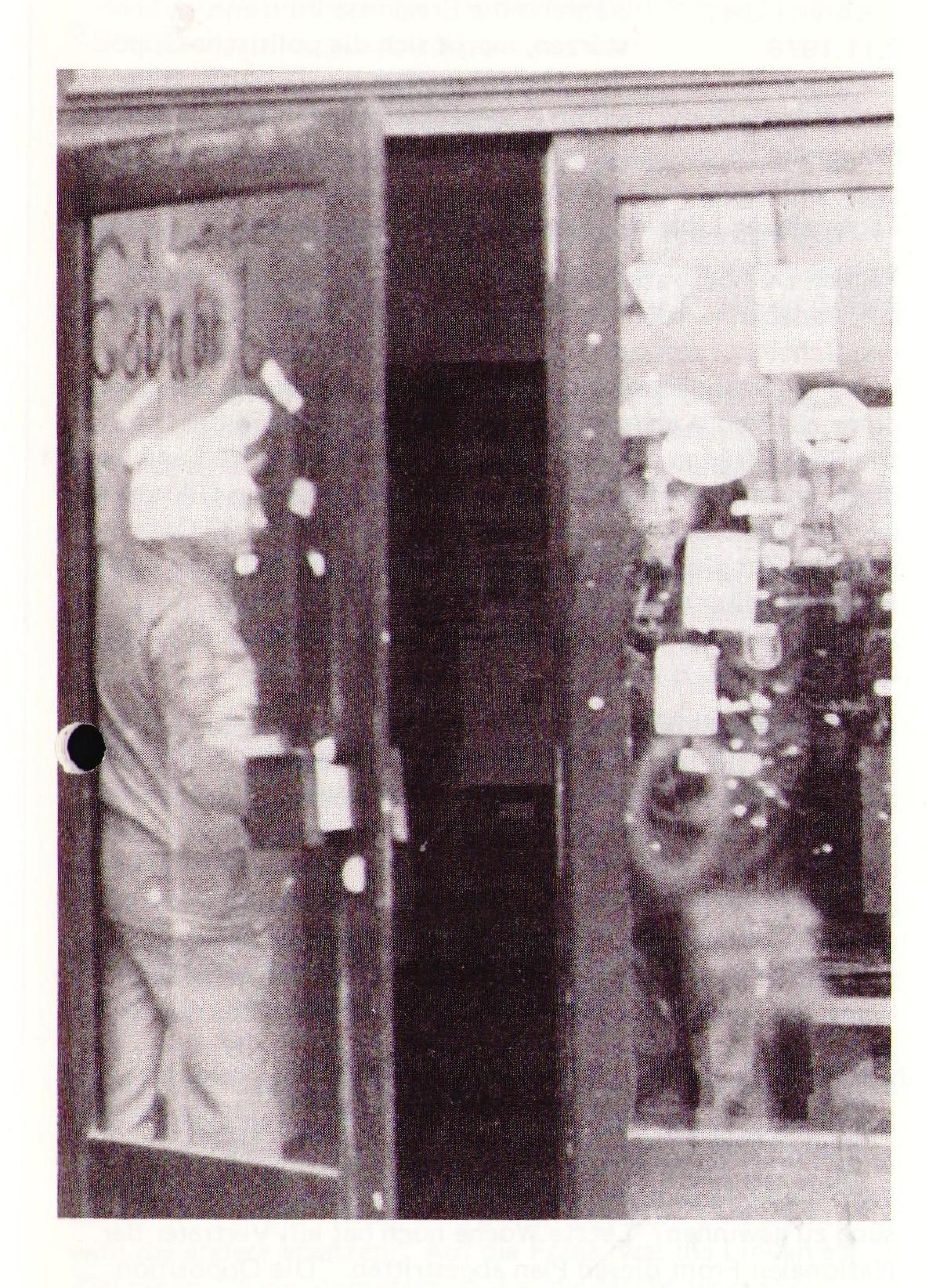
Wir kritisieren auch den ausgearbeiteten "fortgeschriebenen" Mietenspiegel, der in der Schublade leigt. Dieser Mietenspiegel hat gegenüber dem alten noch mieterfeindlichere Daten als Grundlage.

Die Hamburger Mieterinitiativen stehen hilfesuchenden Mietern mit Rat und Tat zur Seite (es gibt 10 solcher Initiativen).

Kontakt über: Mieterinitiative Eimsbüttel, c/o Alex Desselberger, Grindelhof 9, 2 Hamburg 13, Tel. 410 11 44

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortlicher Redakteur : Thomas Meusert

Abendgymnasium Frankfurt: ZUM UNTERRICHT NUR NOCH MIT DEM PERSONALAUSWEIS!



ABENDGYMNASIUM FÜR BERUFSTÄTIGE

6 Frankfurt a Main, den 31.10.78
Vogtsraße 35-37
Telefon: 212-5933

An die
Studierenden
des Abendgymnasium I
der Stadt Frankfurt am Main

Sehr geehrte Damen und Herren,

wegen der für den 06.11.1978 (Schulbeginn nach den Herbstferien) vorgesehenen neuen Unterrichtssituation in den 1er und 2er Kursen bitte ich Sie, künftig zum Unterricht Ihren Personalausweis mitzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

(Wade)OStD
- komm.Schulleiter -

Diese Woche kommt wieder ein kurzer Bericht über die neuesten Angriffe auf's Abendgymnasium. Die schon im letzten ID angekündigte "Hintergrundstory" kommt dann wohl das (über)nächste Mal.

Der lange angekündigte Brief der kommissarischen Schulleitung aufgrund dessen in vier Frankfurter Schulen der 1er Kurs (Abiturkurs) ausgelagert werden soll, ist endlich da. Die Schulen, die jetzt Abendgymniasasten aufnehmen sollen, sind die "Alte Liebigschule" in der Sophienstr., die "Carlo-Mirendorf-Schule in der Jaspertstr., die "Heinrich-Kraft-Schule" in der Fachfeldstr. und die Außenstelle der "August- Henz-Schule" in der Gutleutstr. Die letzte ist eine baufällige, leerstehende Ruine, in der die Abendgymnasiasten unter sich sein sollen, die andern sind über die ganze Stadt verstreut. Der Schlußsatz in diesem, weder unterzeichneten noch mit einem Briefkopf oder einer Anrede versehenen Brief (maschinengeschriebene Kopie) ist:

"Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß die regelmäßige Teilnahme an diesem Vorbereitungsunterricht zur Reifeprüfung 1979 für Sie verbindlich ist.
Mit freundlichen Grüßen"

Diese Maßnahme sichert aber keineswegs die Möglichkeit das Abitur zu machen, sondern macht es unmöglich, da wir unter diesen Bedingungen den Unterricht nicht aufnehmen können. Deswegen haben wir einen offenen Brief verfaßt, auf den der Rektor einer der betroffenen Schulen mit einem Rundbrief an die Eltern seiner Schüler reagiert hat. Diese beiden Briefe folgen auszugsweise.

Der neueste Zug der Schulbehörde, vertreten durch die kommissarische Schulleitung, ist der folgende Brief:

Dies ist der erste Schritt zur Führung von Anwesenheitslisten durch die Polizei. Die sichere Folge einer solchen Kontrolle durch die Polizei sind Bafög-Kürzungen. Offenbar sollen Zustände, wie sie am Hessenkolleg schon herrschen, auch bei uns eingeführt werden. (Wer 10 Minuten zu spät kommt, kriegt die betreffende Stunde als gefehlt angerechnet, was mit einer Fehlzeit von einem Tag gleichbedeutend ist; drei Fehltage bedeutet Bafög-Kürzung).

Um uns gemeinsam gegen solche und ähnliche Angriffe, wie z.B. auf die Kitas, das TAT und die VHS zu wehren, machen wir mit diesen am Donnerstag, 9.11., eine Veranstaltung im Volksbildungsheim und am Samstag, 18.11., eine Demonstration um 11 Uhr am Römer.

Offener Brief der streikenden Abendgymnasiasten an Schüler, Lehrer und Eltern

„Wir, die Studierenden des Abendgymnasiums Frankfurt, sollen demnächst auf sieben verschiedene Frankfurter Schulen verteilt werden...
Wir sehen in diesem Vorgehen der Stadt, des KUMI, des Regierungspräsidenten, den Versuch, unseren Kampf bei der Durchsetzung unserer Forderungen, unserer Interessen einzuschränken.
Wir werden weiterhin für unsere Interessen kämpfen und den Ersatzunterricht nicht annehmen...
Schulen, die Unterrichtsräume zur Verfügung stellen, unterstützen die Maßnahmen der Landesregierung.
Wir scheuen nicht davor zurück, weitere wirksame Aktionen gerade an diesen Schulen durchzuführen.
Wir fordern alle Schüler, Lehrer und andere Betroffene auf, unsere Interessen zu unterstützen!"

Rundbrief eines Rektors an die Eltern

Liebe Eltern!
Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß das bisherige hohe Maß an Arbeitsruhe für ihre Kinder gefährdet werden könnte: Ab Mittwoch, dem 25.10.78, werden die Abschlußklassen des Abendgymnasiums in unserem Schulgebäude unterrichtet.

Da unsicher ist, ob mit ähnlichen Aktionen auch an unserer Schule zu rechnen ist, schließt der Unterricht zum Schutz Ihrer Kinder ab Mittwoch, dem 25.10.78, bereits um 13.00 Uhr. Der Nachmittagsunterricht entfällt. Eine ähnlich einschneidende Maßnahme behalte ich mir für die erste Woche nach den Ferien vor. Sollten nach diesem Termin weitere ernsthafte Störmanöver den Unterricht Ihrer Kinder beeinträchtigen, werden wir darauf bestehen, daß das Abendgymnasium in unserer Schule ab sofort keine Räume erhält.

INDIANER-DELEGATION 1979

FRANKFURT 1. November 78 Während im Mai dieses Jahres in den USA viele tausend nordamerikanische Eingeborene ihre Siedlungen verließen, um mit dem „Längsten Marsch" (Longest Walk) gegen die drohende Annullierung der Verträge mit dem amerikanischen Staat und die daraus folgende Enteignung und Vertreibung der Indianer von ihrem eigenen Land zu protestieren und die Öffentlichkeit auf ständig vollzogenes Unrecht aufmerksam zu machen, fand bei uns die Massenmobilisierung keine über die letzte Zeitungsseite hinausgehende Beachtung.



Zur gleichen Zeit etwa hielt sich in der BRD eine rund 20-köpfige Delegation süd- und nordamerikanischer Ureinwohner auf, um über ihre besonderen Probleme des Völkermords aber auch die Gemeinsamkeiten des (möglichen) Kampfes gegen die Zerstörung der Natur und die humane Lebenswelt zu berichten und zu diskutieren. Das Programm der Indianer hatte gezeigt, daß bei uns in gleichem Maße Unkenntnis als auch Bedürfnis nach Information über die Verhältnisse der eingeborenen Minoritäten und Majoritäten bestand. Um weiterhin Aufklärung über ihre Bedrohung durch die Staaten und die Industrie zu betreiben, wollen im kommenden Februar wieder zwischen 10 und 20 nordamerikanische Ureinwohner nach Europa kommen. Die neue Delegation wird u.a. von den Akwesasne Notes organisiert und reist mit dem Bus von Skandinavien bis in den Süden Europas. Sie wird in verschiedenen Veranstaltungen Bericht geben über die neueste Entwicklung und sich der Diskussion stellen.

Leider hat sich bislang für die BRD noch keine Gruppe gemeldet, die bereit wäre, für diese Delegation eine oder mehrere Veranstaltungen zu organisieren und wir möchten daher alle Gruppen aufrufen, die in ihren Städten solche Veranstaltungen planen wollen. In diesem Zusammenhang soll noch erwähnt werden, daß der finanzielle Aufwand pro Tag rund 2.800,- DM beträgt, worin anteilmäßig Flugkosten, Busmiete und andere Unkosten eingeschlossen sind. Dieses Geld wäre von den Initiativen aufzubringen. Ansonsten können sich alle Interessenten an die folgende Kontaktadresse wenden, um weitere Informationen über die Delegation zu bekommen:

Wolfgang Preikschat, Robert-Mayer-Straße 52, 6000 Frankfurt 90, Tel.: (0611) 77 26 46.

WIE GEHT'S WEITER IM IRAN?

FRANKFURT, 2.11.1978 Während die Ereignisse im Iran sich überstürzen, macht sich die politische Opposition Gedanken über die Zukunft. Welches sind die offenen Fragen im Augenblick, wie soll Iran nach Ablösung des Schahs aussehen? Folgende Überlegungen stützen sich auf Berichterstattungen und Analysen der französischen Tageszeitung Libération insbesondere vom 25. und 27. Oktober.

Täglich Demonstrationen, täglich Tote. Die Streiks breiten sich aus, daneben versucht das Schahregime durch Konzessionen und Scheinkonzessionen den Streiks die Spitze zu brechen. Trotz zugestandener Lohnerhöhungen flauen die Streiks allerdings nicht ab – augenblicklich haben sämtliche in der Ölindustrie Beschäftigten die Arbeit niedergelegt. Das ganze Land fordert die Amnestie. Am Donnerstag, zum Geburtstag des Diktators, wurden 1461 Gefangene freigelassen , darunter 1100 Oppositionelle. Zur gleichen Zeit wurden Streikende und Gegner des Regimes weiter erschossen, nehmen die Festnahmen zu. Amnesty International spricht von 35 bis 40.000 politischen Gefangenen.

In dieser Situation versucht das Schah Regime die Opposition zu spalten. Die unterschiedlichsten Gerüchte werden zu diesem Zweck verbreitet. Der Brand in der Moschee von Kermann vor einigen Tagen wurden von offizieller Seite den Kommunisten, den Marxisten angelastet. Und das ist nur ein Beispiel. Es ist die Rede davon, daß ein Ayatollah bereit ist, nach Paris zu fahren und Khomeiny zu überzeugen, in sein Land zurückzukehren. Diese Gerüchte sind alle mit Vorsicht zu genießen. Was man annehmen kann, ist, daß die politische Lösung der iranischen Krise augenblicklich über Paris läuft. Khomeiny hat einen bedeutenden Opoositionellen und entschiedensten Gegner des Schahs, Medhi Bazargan, empfangen. Augenblicklich trifft er den Präsidenten der iranischen Nationalen Front, Sandjabi. Wird dieser versuchen, den Ayatollah zu einer gemäßigten Lösung zu gewinnen? Letzte Woche noch hat ein Vertreter der Nationalen Front diesen Plan abgestritten. "Die Opposition will ihre Aktionen koordinieren, zu einer breiten einheitlichen Bewegung kommen, trotz aller Divergenzen."

Eine amerikanische Lösung?

Das Ende der Pahlevi Dynastie bleibt das Leitmotiv der Opposition. Um eine gewisse Ruhe zu bewirken, überlegt das Regime sogar, ein Teil des Atomprogrammes zu annulieren um mit dem Geld einige Forderungen der Streikenden zu befriedigen. Wie wird sich die USA weiter verhalten? Hat sie eine amerikanische Lösung im Auge ohne den Schah? Einige Waffenkäufe aus den USA sind annuliert worden, was sofort – vorletzten Montag – die Ankunft des Generals Ernest Gaves, Verantwortlicher für die Waffenverkäufe im Pentagon, und des stellvertretenden US-Verteidigungsministers in Teheran provozierte. Auf der anderen Seite ist eine Anleihe von 80 Mio Dollar auf die Landwirtschaftsbank von Iran annuliert worden. Wird Khomeyni eine amerikanische Lösung ohne den Schah akzeptieren? Erinnern wir uns daran, daß einer der Punkte, weshalb Khomeyni 1963 ausgewiesen wurde, die Veröffentlichung eines entschieden anti-amerikanischen Textes war. Erinnern wir uns auch daran, daß er noch vor kurzem erklärt hat: "Diejenigen, die Pakte nicht nur mit dem Schah, sondern auch mit dem amerikanischen Imperialismus schließen, sind Verräter." Wird es eine Einigung mit 'gemäßigteren' Vertretern der Nationalen Front geben? Die augenblicklichen Gespräche mit Sandjabi in Paris werden diese Punkte präzisieren.
Es bleiben neben diesen Verhandlungen auf der politischen Ebene die ungeklärten Widersprüche unter der Bevölkerung selbst.

Heiliger Krieg oder Revolution

Teheran – persönlicher Bericht von Claire Briere und Pierre Blanchet.

Die Universität von Teheran. Im Zentrum eine riesige Wiese, linke Studenten versammeln sich. Es sind 10 bis 15.000, Männer und Frauen gemischt, des Tchador (der Schleier) ist nicht zu sehen. Rote Fahnen, Parolen, die zur Einheit mit den Arbeitern aufrufen, Antiimperialismus. Die Studenten sind verrückt vor Freude, als Ali Ashraf Darvishian, marxistischer Schriftsteller aus Aserbeidschan, verurteilt zu 11 Jahren Gefängnis, auf dem Meeting erscheint.

100 Meter davon entfernt ist die Moschee der Universität. Andere Studenten treffen sich dort, Studentinnen die verschleiert sind. Eine religiöse Versammlung. Unterschiedliche Parolen treffen aufeinander: "Einheit, Kampf, Sieg" dagegen "Allah Akbar" (Gott ist groß). "Kommt mit uns Freunde" ertönt es aus der Versammlung der Linken. "Wir wollen den Koran," antworten die Religiösen "Ehre denjenigen, die für die Religion gestorben sind". Einige linke Studenten gruppieren sich um uns. "Wir wollen die Einheit mit den Religiösen, aber sie antworten uns: 'Islamische Regierung'. Unmöglich, eine gemeinsame Plattform mit ihnen zu haben. Sie haben kein Programm, außer dem Koran. Aber es sind alles gute Kämpfer, und Khomeyni ist für uns auch ein großer Kämpfer". Und eine Frau: "In meiner Familie hab ich gekämpft, nicht den Tchador tragen zu müssen. Ich fang nicht wieder damit an. Ich will weder Schah noch ein islamisches Regime. Ich kann die Mentalität der Religiösen nicht ertragen. Sie sagen, daß wir frei sein werden, ich glaube das nicht.

Dieses Regime wird fallen, ich weiß es. Aber wenn ihr die Macht haben werdet, ihr Religiösen, pack ich vielleicht meine Koffer. Man wird dem Vater gehorchen müssen, dem Ehemann, dem Bruder. Die Frauen werden mit 14 verheiratet sein, das steht im Koran. Für die Frauen wird es nichts geben. Eine Diktatur wird die andere ersetzen." Auf die Frage, was die Linken als Ziel sehen: "Eine Volksdemokratie, die Macht für das Volk." Und wie diese aussehen soll: "Auf keinen Fall russisch. Wir sind einverstanden mit den Analysen, die im Westen über die sowjetische Bürokratie gemacht worden sind. Und China unterstützt Pinochet und den Schah."

Eine Delegation der Religiösen kommt auf uns zu. "Ihr habt euch zu lange bei den Marxisten aufgehalten. Wir erwarten euch" Die Religiösen erwarten uns in der Moschee.

Warum seid ihr nicht zusammen mit den Linken? , so die Frage an sie.
"Weil die Regierung sie aufwerten will", die Antwort. "Vor allen Dingen Gefangene der Linken sind heute freigelassen worden, keine der religiösen Bewegung. Das ist nicht erstaunlich. Die Niederlage der Tudehpartei hat die Niederlage der gesamten Bewegung im Iran provoziert. 1946 waren sie Verräter. Mossadegh haben sie verraten. Wir sind die Bewegung. Am Schwarzen Freitag sind nur Religiöse getötet worden. Wenn die anderen an Zahl und Stärke zugenommen haben, dann nur, weil sie gerufen haben 'Es lebe Khomeyni'. Sie haben die Menschen betrogen. Das Regime will die musulmanische Bewegung schwächen. Diejenigen die auf der Wiese sind, sind vom Savak manipuliert."
Wenn die Religiösen die Macht haben, was wird dann mit den Linken geschehen? "Sie werden nicht ins Gefängnis kommen, es wird freie Meinungsäußerung geben. Aber man wird sie zur Religion konvertieren."
Diese Sätze kannten wir bereits. Was den Schleier betrifft, eine ebenso erschreckende Äußerung:
"Wir verpflichten nicht die Frauen, den Schleier zu tragen. Sie selber werden es verstehen müssen." Gerade als diese Sätze fallen, kündigt der zentrale Lautsprecher der Universität an, daß im Kurdistan zu den Waffen gegriffen worden ist. Es gibt wenigstens diesen Punkt, über den sich 'Marxisten' und Religiöse einig sind: Die Verweigerung je der Kompromißlösung mit dem Schah.

An der Universität Berkeley:

„... MACHE ICH DIE DRASTISCHE ERFAHRUNG, WAS KAPITALISTISCHE HOCHSCHULREFORM BEDEUTET..."

FRANKFURT/BERKELEY 30. Oktober *Der folgende Brief ist von Sigi, die nach dem Staatsexamen ein Jahr in Kalifornien auf dem Land lebte, dann für ein dreiviertel Jahr nach Deutschland zurückkehrte und jetzt seit September Doktorantin und Lehrerin an der Universität in Berkeley ist:*

Liebe Gaby, Beate, Frieder, Angelika, Elart und alle anderen, an die ich jetzt nicht schreiben kann,
mein Gott (? ? ?), was für ein Leben ist das. Du Gaby, hast meine volle Solidarität, alles, was ich dir im Moment geben kann, ist, daß ich an dich denke, dich umarmen möchte und dir Mut zusprechen, ich denke, bei der „Emma" zu arbeiten wäre doch erstmal eine existenzielle Lösung, aber die Wut bleibt doch und die dürfen wir auch nicht vergessen.
„Deutschland" ist auch hier, letzte Woche wurden ein paar deutsche Genossen, (ich weiß ihre Namen nicht), die bei meinem Freund Ray in San Francisco für ein paar Tage gewohnt hatten, als sie gerade im Begriff waren, mit vollbepackten Wagen loszufahren, von Bullen durchsucht, die RAF-Fahndungslisten in der Hand hielten. Sie konnten irgendwann zwar weiterfahren, aber der Verdacht liegt nahe, daß die Bullen das Haus schon eine Weile beobachten und vielleicht auch weiterhin tun, da bei Ray den ganzen Sommer über und auch jetzt noch immer Leute aus Frankfurt sind, die die Adresse von mir haben und zudem viele sie als Postadresse benutzen. Werden unsere Kommunikations- und Reisestrukturen jetzt schon etwas gefährliches?

Und während du dich, liebe Beate, mit der schrecklichen Examensarbeit herumschlägst, mache ich die drastische Erfahrung, was kapitalistische Hochschulreform bedeutet. Ich weiß schon langsam nicht mehr, ob ich wirklich so existiere oder ob das alles nur ein Alptraum ist.
Körperlich und physisch bin ich jetzt nach 2 Wochen schon so erschöpft, rebelliere, mache meinen Mund auf und bekomme regelmäßig einen auf den Deckel, daß ich oft das körperliche Gefühl habe, ich müßte mich erbrechen. Ich besteh nur noch aus Uni, ich weiß gar nicht mehr, wie normale Menschen aussehen oder was sie tun. Das ganze System funktioniert vor allem auf der Basis von totalem Chaos, Massen von Studenten (30 000 !), die durch diese Lernfabrik durchgeschossen werden und am Ende so rauskommen, daß sie wirklich an diese Realität glauben. Schon der Prozess des Einschreibens dauert 2 Wochen, und das Chaos bürokratischer Erledigung erweckt sofort den Anschein, daß es vergeblich ist, diesen Apparat zu durchschauen. Für jeden Kurs mußt du extra belegen, vorher mit dem Professor sprechen, obwohl es vergeblich ist, herauszufinden, was der Inhalt sein wird, da die ersten Wochen des Quartals sich alle Lehrenden auch im Stadium völliger Überarbeitung und Aufgelöstheit befinden. Für einge sehr populäre Kurse mußt du vorher Nummern ziehen, und wenn du kein Glück hast, eine niedrige Nummer gezogen hast, bist du draussen. Viele Professoren akzeptieren nur ganz wenige Studenten, z.B. im German Department nur bis zu zehn.
So wird von vorneherein schon immer betont, daß du überhaupt Glück hast, an diesem wunderbar schrecklichen Massenverheizung teilzunehmen. Jeder Kurs wird bewertet, einzeln

bewertet, es gibt teilweise Hausaufgaben, wie in der Schule. Du mußt ein hohes angepasstes Leistungsbewußtsein und die totale Konkurrenz zu deinen Mitstudenten besitzen, um hier durchzuhalten. Ein kritisches Bewußtsein ist völlig fehl am Platze, das ist nur störend, willst du mit dem Quantum an Arbeit fertigwerden, was vom ersten Tag an dich in Form von zu lesender Papers, Literatur und zu erstelltender Arbeiten überflutet. Als angehende Doktorantin muß ich nur an einem Seminar teilnehmen, dafür muß ich aber pro Woche an die 500 Seiten und mehr lesen, durchschnittlich 10 Seiten schreiben, von der Sucharbeit für Literatur usw. (und nicht nur für mein Thema!!) abgesehen. Jemand, der permanent nur mit einer unbeschreiblichen Quantität von Wissen vollgestopft wird, dazu noch aufgrund der technokratisch-autoritären Strukturen, dem Benotungssystem, der Isolation, einem Zustand ausgeliefert ist, über den er/sie sich keine Gedanken machen kann, weil du morgens müde aufstehst, abends ins Bett sinkst, am Wochenende versuchst, dem allen zu entrinnen, kurz und gut, völlig entfremdet lernen muß und dazu das noch permanent als ‚Wissenschaft' präsentiert bekommt zusammen mit der Ideologie, daß der/die ‚Begabte' bzw. wirklich Interessierte das schaffen kann und eine Karriere ganz einfach ist, wenn man die richtigen Sachen macht, sich noch dazu früh um Berufsorganisationen kümmert, „ein PhD von Berkeley ist immer noch etwas Wert, bisher haben wir noch alle unsere Absolventen in guten Stellungen untergebracht" (Zitiat vom Chairman des German Departements). Die Krise der Germanistik schein hier nicht vorhanden zu sein, wer hier studiert, will Geld verdienen, Karriere machen, nur die wenigsten Studen/tinnen stellen das, was sie vorgesetzt bekommen, in Frage. Die paar, die das am German Department tun, werden als verrückt angesehen. Das sind vor allem Frauen, sie, vom „women caucus", sind die einzigen, die überhaupt konstatieren, daß Studenten ihre Rechte wahrnehmen müssen. Es ist wirklich notwendig, hier so etwas wie eine radikale Studentengewerkschaft ins Leben zu rufen, weil du praktisch von vorne anfangen mußt, so, als hätte es nie eine Studentenbewegung hier gegeben.
Die Reste davon leben auf dem Campus als Unterhaltungsformen während der Mittagspause fort. Da spielt den einen Tag eine Punk Rock Band, dann das Jazz-Ensemble der Universität, Jane Fonda ruft die Studenten auf, die Demokraten zu wählen, Hare Krishna-Anhänger versuchen den letzten Einzelkämpfer des revolutionären Guerilla Theaters, der mit einer Plastikmaschinenpistole herumläuft, zu überschreien. Genauso wie vorher der Leistungsdruck hauen nun fast perverse ‚Entspannungsformen' auf dich ein, und du bekommst so ein halbes sehr widersprüchliches Realitätsgefühl, mit dem du gar ni chts anfangen kannst. Ich frage mich, wie lange ich das hier aushalte. Seit 14 Tagen habe ich kaum eine Stunde für mich gehabt, unterrichte, nach der letzten Sprachmethode, höre mir Scheisse an, lese wie verrückt, schreibe, und den Rest der Zeit verbringe ich damit, daß ich mit den paar guten Leuten, die ich hier an der Uni kennengelernt habe, überlege, wie man einerseits trotz des „Verbots" zusammenarbeiten kann, wie man die Scheiße aushält und was man dagegen machen kann. Für die beiden Seminare habe ich jetzt immerhin schon eine Mitstreiterin gefunden, aber dann passieren so Sachen, daß, wenn wir Gruppenarbeiten fordern, der Professor ironisch fragt, „ach, Sie wollen wohl mit ihrer Freundin zusammenarbeiten, sich drücken?"

Das Land und meine vorherigen Erfahrungen in Sonoma kommen mir weit entfernt vor, als würde ich einmal von einem weiten Trip ins Horrorland zurückkommen. Aber die Erfahrung, Einzelkämpferin zu sein, ist bestimmt unter den momentanen Umständen notwendig, egal, ob ich im Dezember den Kram hinschmeisse, oder nicht, vielleicht nach Deutschland zurückgehe oder ganz aufs Land, ich glaube, ich lerne mal wieder sehr viel."

AN ALLE, DIE IN DIESEM SOMMER ODER AUCH SONST SCHON MAL IN DEN USA WAREN!

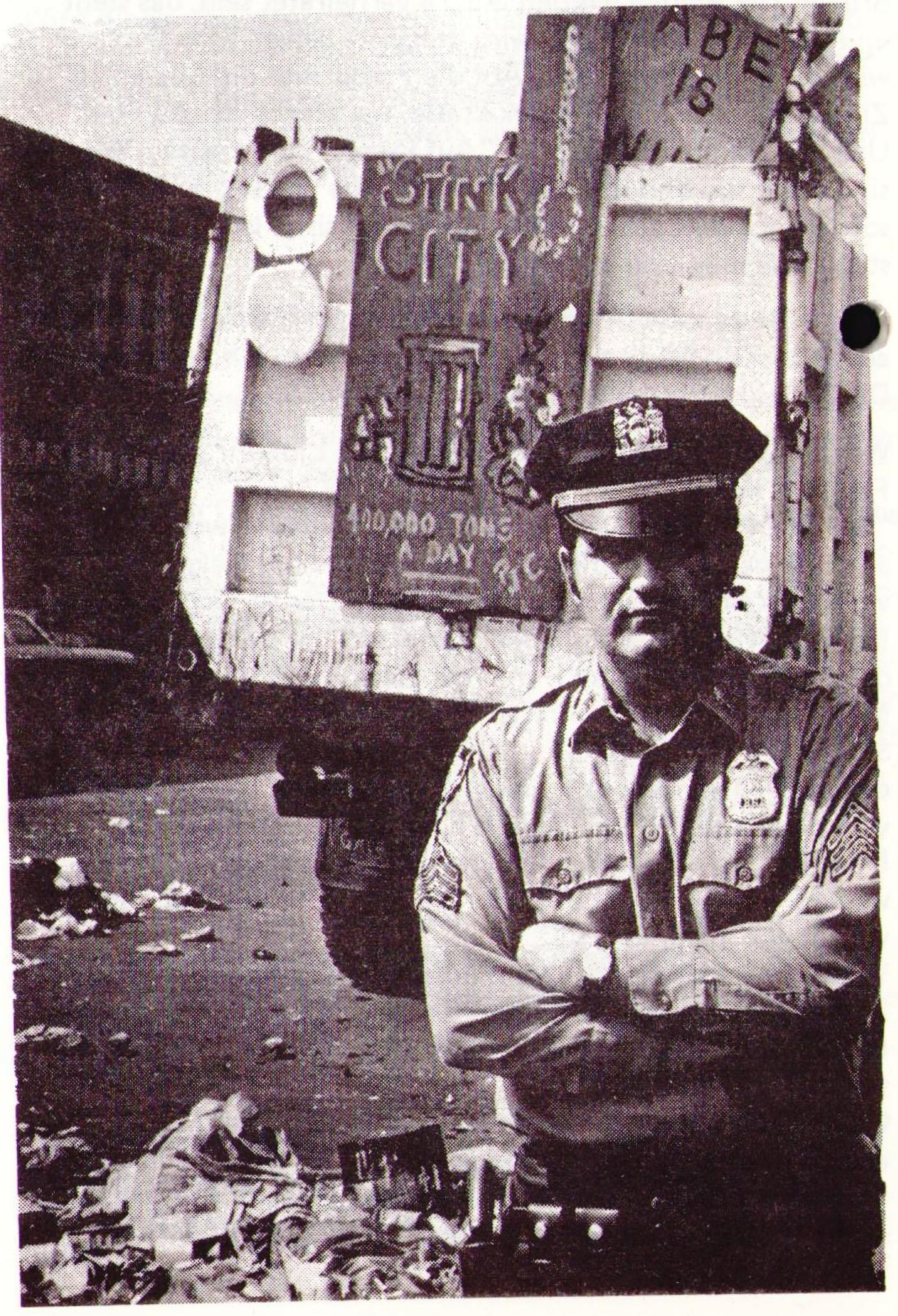
Wir , das sind Leute, die sich diesen Sommer in den USA getroffen haben, wollen ein Buch über unsere Eindrücke, Erfahrungen und Informationen machen, die wir über das Land und die dortige Alternativscene gemacht haben.

Einerseits in Form von Geschriebenem, andererseits von Fotos. Einerseits sollen einfach nur Eindrücke und Empfindungen über das Land und Leute rein, damit der ‚background' der Alternativen (Landkommunen, Coops, Anti-Atomgruppen) klarer wird, andererseits sollen diese Gruppen konkret mit all ihren Schwierigkeiten, Fortschritten, Ansätzen, konkreter Praxis beschreiben werden.

Wir wollen mit dem Buch auch den Mythos der amerikanischen Bewegung ein wenig ankratzen, in dem zum Beispiel ihre ganze Situation, gesellschaftliche Wirkungen auch vor geschichtlichen Hintergründen durchleuchtet wird. Aber nicht nur Kritik, sondern auch die Vorzüge der amerikanischen Bewegung gegenüber der Unseren sollten herausgearbeitet werden, vor allen Dingen, was den Entwicklungsstand betrifft.
Die hier beschriebene Tendenz des Buches soll keine Anleitung zum Schreiben der Beiträge sein, das ergibt sich aus der späteren Zusammenstellung! Also packt eure Tagebücher aus und schreibt was zusammen; wer noch Fragen hat, kann mir schreiben:

Nils-Holger Schomann, Hansemannstr.92; 46 Dortmund 15

P.S. Damit ihr nicht denkt, die Arbeit ist für den Papierkorb, ein Verlag ist schon sehr konkret interessiert. Ende Dezember/ Anfang Januar soll eine Redaktionskonferenz in Köln sein, wo alle, die was schreiben, zusammen über die Gestaltung des Buches beraten werden.
Fertig sein soll es noch vor dem nächsten Sommer; rechtzeitig bevor die nächste Welle von Freak- und Polittouristen über den großen Ozean schwappt.



KONGRESS ZUR REPRESSION IN DER BRD

LONDON
28. September

In Bremen wurde ein Kongreß zum Thema „Law and Order" (Recht und Ordnung) von der „European Group for the Study of Deviance and Social Control" (ein linker Kriminologenverband) abgehalten. Ein Kongreßbericht soll im Januar '79 erscheinen. Weitere Informationen über Sebastian Scheerer, Moltkestr. 28, 4400 Münster.

Ostern 1979 soll in London eine Art Kongreß zur Repression in der BRD stattfinden, der vom englischen Fernsehen übertragen werden soll. Es ist vorgesehen drei deutsche Wissenschaftler und sieben bis zehn von der Repression Betroffene (durch Berufsverbot, als Angehörige politischer Gefangener, durch Zensur, durch Gewerkschaftsausschlüsse usw.) zur Situation in der BRD und zu ihrer eigenen Lage sprechen zu lassen. Es ist geplant, anschließend aufgrund des gesammelten Materials vor dem Europäischen Gerichtshof von britischer Seite aus Klage zu erheben. Bitte sendet Informations-Material, Anfragen, Angebote usw. an:

- **Victoria Greenwood, 5 Biddulph Mansions, Elgin Avenue, London W9, Great Britain**
- **Martin Loney, Faculty of Social Science, Open University, Milton Keynes, Great Britain**

Weiter wir speziell Informationsmaterial zur Zensur in den BRD-Medien (Zeitungen, Fernsehen etc.) und dem Widerstand dagegen gesucht. Interesse besteht auch an Informationsmaterial über die Gewerkschaftsarbeit in Rundfunk- und Fernsehanstalten:

- **Howard H. Davis, Eliot College, University of Kent, Canterbury, Kent, CT2 7NS, Great Britain**

Dann wird noch Informationsmaterial zu den Strafrechtsverschärfungen nach 1970 in der BRD gesucht von:

- **Paul A. Walton, Reader in Communication, Goldsmith's College, University of London, New Cross, London S.E. 14, Great Britain**
- **Howard H. Davis (Adresse siehe oben)**

Ihr könnt in Deutsch, lieber aber noch in Englisch schreiben.

GEFANGENEN—HILFSORGANISATION DARF WALTRAUD BOOCK NICHT BESUCHEN

WIEN
25. Oktober

Das Internationale Rote Unterstützungs-Kollektiv teilt mit:

„Die Strafanträge von Waltraud Boock wegen dem Beamten, der sich am 16.5. d.J. während des Hofganges mit geöffnetem Hosenlatz präsentierte, wurden gänzlich abgewiesen. Am 15.9. stellte Waltraud nunmehr den Antrag auf Einleitung der Voruntersuchung bei der Ratskammer des Landgerichts. Die Sektion Österreich telefonierte diesbezüglich mit Ministerialrat Dr. Gonsa vom Justizministerium. Es wurde mitgeteilt, daß es sich bei diesem Beamten um einen etwas primitiven Mann aus dem Waldviertel handelt, der gezielt Opfer einer Verleumdung wurde. Man hätte sämtliche Leute und Beteiligte vernommen, doch hätten die Aussagen nur ergeben, daß sich Waltraud die ganze Geschichte ausgedacht hat.

Weiters bemüht sich INTER-RUK Österreich seit 15.1.78 um eine Besuchserlaubnis bei Waltraud. Seit September '78 als vereinsbehördlich gemehmigte Gefangenenhilfs-Organisation. Dr. Gonsa erklärte am Telefon, es werde vermutet, daß die Organisation nur zu dem Zweck gegründet wurde, um eine Besuchserlaubnis zu erwirken. Im Jahre '77 hätte man die Erlaubnis erteilt, doch seien die Informationen aus dem Gespräch mit Waltraud an andere Personen weitergeleitet worden (ebenfalls an pol. Gefangene, ID etc., Anm.) und der Kontakt sei daher untersagt. Man würde die Angelegenheit jedoch nochmals überprüfen und die Sektion Österreich müsse mit einer baldigen vorladung (vermutlich von der Stapo) rechnen. Im Zuge einer Befragung wolle man ermitteln, welchen Zweck das INTER-RUK verfolgt und welche Leute daran beteiligt sind. Eine Garantie daß nach dieser ‚Auskunftserteilung' eine entsprechende Genehmigung erteilt wird, gibt es selbstverständlich nicht. Deshalb werden wir uns auch nicht bereiterklären, Auskünfte welcher Art auch immer, zu erteilen.

P.S.: Eine über 30 Seiten starke Dokumentation über Waltraud Boock ist ab sofort gegen Überweisung von DM 3,50 (incl-Porto) auf das Konto Nr. 247-106-917/00, Österr. Länderbank, lautend auf INTER-RUK, Sektion Österreich, zu erhalten."

Kontakt: INTER-RUK, c/o Inge Zimmermann, Lenneisgasse 7, A-1140 Wien.

PARIS — KRIMINALISIERUNG VON LINKEN ANWÄLTEN

Frankfurt
30.10.78

In Frankreich scheint man von Deutschland zu lernen: Engagierte Anwälte, die es wagen, sich nicht nur bei Prozessen zu betätigen, sondern auch Kritik am Strafvollzug üben, werden kriminalisiert.

So wird Pierre Lenoes — Anwalt von Bobigny — Vorort von Paris, angeklagt, "Objekte und Korrespondenz unrechtmäßig in ene Strafvollzugsanstalt hinein und hinausgebracht zu haben."

Pierre Lenoel ist Mitglied der CTJ (Collectif Travailleur justice) einer Organisation von Anwälten, Justizarbeitern, Sozialarbeitern und Ärzten. Seit einem Jahr verfolgen die CTJ und andere juristischen Organisationen eine Kampagne und kämpfen für die Abschaffung der Q.H.S. = Quartiers de Haute-Securite (Isolationszellen innerhalb der französischen Gefängnisse) und veröffentlichen Aufrufe der dort befindlichen Gefangenen.

Seit einem Jahr werden Pierre Lenoel und andere Anwälte beobachtet und belästigt, die Post zwischen Lenoel und einem seiner Mandanten (in QHS) beschlagnahmt.

Am 6. Oktober begann sein Prozeß. Er soll seinem Mandanten einen Artikel aus "Le Monde" und Broschüren über das CTJ zukommen haben lassen. . . Die Presse schreibt von "avocat-facteur" (Postboten-Anwalt) und zeichnet das Bild des Anwalts, der die "kriminellen" unterstützt, Informationen und Instruktionen gibt und letztlich zur Flucht verhilft.

Alle anderen Anwaltsorganisationen Frankreichs (syndicat des avocats mouvement d'action judiciaire) wie die Menschenrechtsliga, Teile der CFDT (Gewerkschaft) wie das CAP (comite d'action prisonniers) haben sich mit Pierre solidarisiert und ihre Empörung über die Versuche legale Verteidigerrechte einzuschränken und zu kriminalisieren, ausgedrückt.

nous sommes avec toi Pierre
– Tes compains de Francfort –

Kontakt: Pierre Lenoel, Collectiv d'avocats, 8, ter Bd. Henri Barbusse, 93100 Montreuil

GUATEMALA: TODESSCHWADRON SETZT 38 MENSCHEN AUF ABSCHUSSLISTE

FRANKFURT
30.Oktober

Amnesty International hat einen Appell an den Präsidenten von Guatemala gerichtet, das Leben von 38 Menschen zu schützen, die von der „geheimen antikommunistischen Armee" von Guatemala zu Tode verurteilt worden sind und hingerichtet werden sollen. Auf der Todesliste stehen prominente Gewerkschaftler, Journalisten und führende Studentenvertreter.

Seit 1966 sind in Guatemala mehr als 20.000 Menschen durch paramilitärische Todesschwadrone getötet worden, ohne daß die Täter gesetlich verfolgt worden wären.

ITALIEN – SYMPOSIUM

Osnabrück
1.11.78

Ein Italien-Symposium findet vom 16. - 18. November an der Universität Osnabrück statt. Thema: Politik und Kultur in Italien. Alternative Konzepte der Massenkommunikation und Fragen der Gegenkultur. Zahlreiche Vertreter der italienischen Kultur- und Politik-Szene werden erwartet u.a. Toni Negri, Pino Ferraris, Franco Berardi (Bifo von Radio Alice), Vertreter(innen) von Radio Citta Futura und Radio Donne; von deutscher Seite Birgid Rauen, Johannes Agnoli, Ekkehart Krippendorf u.a. Folgende Vorschläge zu Arbeitsgruppen bestehen bisher:

- Intellektuelle und Arbeiterbewegung,
- Radiobewegung,
- Theater (Dario Fo u.a.),
- Musik,
- Frauenbewegung,
- Perspektiven der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen.

Weitere Nachfragen sind zu richten an: **Büro des Fachbereichs 7, Universität Osnabrück, Neuer Graben/Schloß, 4500 Osnabrück, Tel.: 0541/ 608-1**

DIE SITUATION DER GEFANGENEN IN DEN USA

FRANKFURT/DÜSSELDORF
Oktober 1978

Als Nachtrag zu ID 247, Bildbericht über Sing-Sing, ist dieser Beitrag der Gruppe „Arbeitskreis Antiimperialistische Solidarität" über die Strategie des gesellschaftlichen Ausschlusses und den Widerstand der Gefangenen zu betrachten. Dieser Beitrag soll in drei Folgen erscheinen, die sich wie folgt gliedern:

I. Vorgeschichte und Entstehung von „Marion"

II. Die Gehirnwäsche-Programme in „Marion"

III. Der Widerstand der Frauen im Gefängnis

*

Von 'Alcatraz' zu 'Marion'

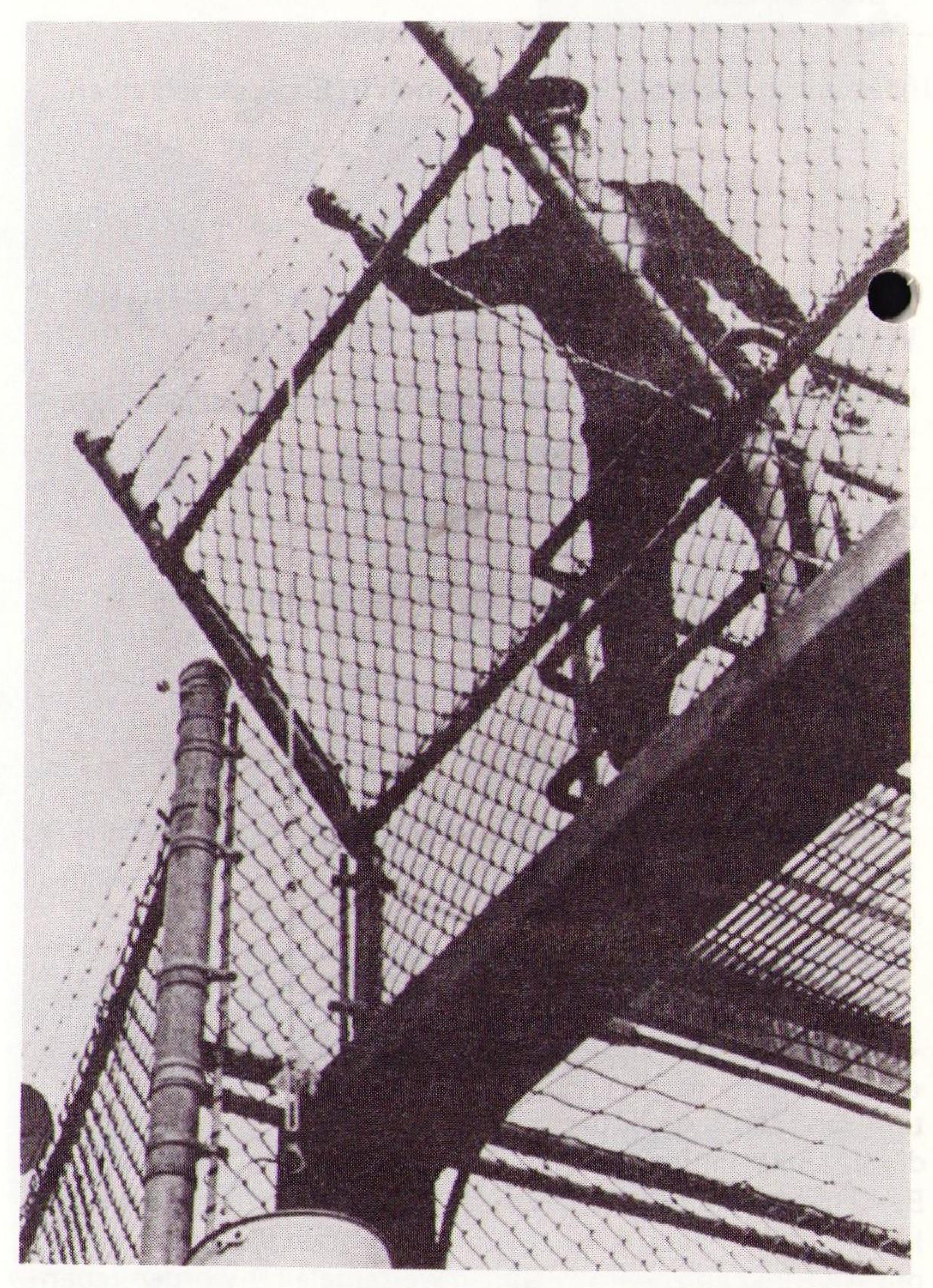
Im Juni 1962 wird Alcatraz, das schweinischste Gefängnis, das es je in Nordamerika gegeben hatte, vom US-Bureau of Prisons (US-Gefängnisbüro) geschlossen.

Auf einer Insel in der Nähe von San Francisco, umgeben vom pazifischen Ozean, stellte Alcatraz den Achretyp eines Gefängnisses aus dem späten 19. Jahrhundert zur völligen Isolierung der Gefangenen dar.

Noch bevor sich die Türen von Alcatraz schlossen, plante das US-Bureau of Prisons den Bau eines noch „besseren" Gefängnisses in 'Marion'. Es steckte 13 Jahre in der Planung und wurde 1963, dreihundert Meilen südlich von Chicago in Illinois, als das „Neue Alcatraz" mit vielen Isolationszellen eröffnet: einhundert Meilen von der nächsten Stadt entfernt.

James V. Bennett, der Direktor des US-Bureau of Prisons, berief nach der Schließung von Alcatraz eine Konferenz ein, auf der alle Gefängnisdirektoren des föderativen Gefängnissystems über Maßnahmen unterrichtet wurden, wie der wachsende Protest und die Unzufriedenheit der Gefangenen zu stoppen sei, denn die alten Methoden reichten für „die neuen Gefangenen" nicht mehr aus. Die „neuen Gefangenen" waren Schwarze, Chicanos oder Puertoricaner; sie waren politisch bewußter, konnten sich mehr Gehör verschaffen und stellten mehr Forderungen.

In einer Reihe von Seminaren über die „progressiven" Trends im Strafvollzug boten Psychologen den Gefängnisleitungen „Alternativen" zur physischen Brutalität gegenüber „Problem"gefangenen an. Sie umrissen Gehirnwäschmethoden, die angeblich von Nordkoreanern und chinesischen Kommunisten während des Koreakrieges benutzt wurden und ermutigten zum Gebrauch solcher Techniken in den Gefängnissen. Dr. Edgar Schein (Professor für Psychologie des Industriemanagements und Autor des Buches „Mensch gegen Mensch: Gehirnwäsche" - „Man against Man: Brainwashing") entwickelte dort ein **24-Punkte-Programm** – von einem Gefangenen das „Manifest der Entmenschlichung" genannt – mit Gehirnwäschemethoden (siehe Teil II), zu denen Direktor Bennett in seiner Abschlußrede feststellte: „... eine Sache, die wir tun müssen, ist genauer zu forschen. Wir sind eine große Organisation mit etwa 24.000 Männern (es gibt circa 24.000 Gefängnisse, Anm.) und wir haben eine glänzende Möglichkeit zu experimentieren... Wir können unsere Umwelt und Kultur beeinflußen... Unternehmen Sie eigene Sachen. Versuchen Sie doch mal ein kleines Experiment, um zu zeigen, was man so mit einem Muslim machen kann. Da muß noch eine



Menge geforscht werden – arbeiten Sie als Individuum oder als Gruppe und lassen Sie uns die Resultate wissen."
Zwischen 1962 und 1971 wurden viele Versuche gemacht, solche Gehirnwäschemethoden in den Gefängnissen anzuwenden und „gute Gefangene" zu produzieren. Da das US-Bureau of Prisons die Macht hat, willkürlich Gefangene in irgendein Gefängnis im Land zu verlegen, würde also allein die Durchsetzung **eines Programms in einem Knast** für seine Zwecke ausreichen, wenn es von den Gefangenen, den Anwälten und der Öffentlichkeit nicht angefochten wird.

In 'Marion' wird versteckt vor den Augen der Öffentlichkeit eines der erfolgreichsten Programme durchgeführt.

Die Geschichte von 'Marion'

1968 bis 1969 erschien in 'Marion' der Psychiater Dr. Martin Groder *) und begann mit einem Therapieprogramm zur vollständigen Vernichtung der persönlichen Identität und Originalität.

Der gefangene Chicano Jesse Lopez weigerte sich mitzumachen. Am 16. Juli 1972 wurde er dafür bestraft und von einem Wärter mit einem Totschläger angegriffen. Jesse kam in Isolationshaft. Einen Tag später traten 534 von 600 Gefangenen in einen Arbeitsstreik, um seine Verlegung aus der Isolation zu fordern. Die Gefängnisleitung war so schockiert, daß sie sofort mit der Durchführung von Dr. Schein's „Manifest der Entmenschlichung" begann. Sechs Tage später wurden 102 Gefangene willkürlich und ohne Erklärung isoliert. Sie wurden in zwei Trakte verlegt, die schnell in große Isolationszellen-Trakte umgewandelt worden waren. Einen Monat lang wurden die Gefangenen voneinander isoliert mit nur wenig Nahrung und kaum Bewegung. Inzwischen war Lopez aus dem Gefängnis entlassen worden.

Am 17. August 1972 brach in dem neuen Isolations-Trakt ein Feuer aus und der schwarze Rauch verbreitete sich schnell in allen Zellen. Die Beamten drehten jedoch das Wasser und die Ventilatoren ab, so daß viele Gefangene einen Lungenschaden bekamen. Es gab keine medizinische Versorgung. Nachdem die Rauchwolken verschwunden waren, stürmten 40 mit Helmen und Knüppeln bewaffnete Wärter in den Trakt. Sie durchsuchten alle 140 Gefangene, stahlen und zerstörten in vielen Fällen deren persönliches Eigentum.
Am nächsten Tag, dem 18. August 1972, betraten zwei Beamte mit einem Axtstiel und einem abgesägten Baseballschläger bewaffnet den Trakt, gefolgt von ungefähr 20 weiteren Wärtern mit Gasmasken und Knüppeln. Sie zogen die Gefangenen aus und ketteten sie an die Zellentüren. Im ganzen Block wurde Tränengas versprüht und auf die Gefangenen eingeschlagen. Diese mußten sich später an die Zellenwand stellen und wurden bis am nächsten Morgen 6 Uhr weitergeschlagen. Wieder gab es keine medizinische Versorgung. Erst fünf Tage später durften die Gefangenen sich das Tränengas vom Körper waschen.

> *„In den ganzen zweieinhalb Jahren, die ich in dieser Festung, diesem Versuchslabor für Verhaltensforschung verbracht habe, war ich Zeuge von Greueltaten, die denen in Pinochet's KZ's in Chile und in Hitler's Ausschwitz entsprechen."* (Victor Bono, Kläger in dem Prozeß für die Schließung des Langzeit-Kontrollblocks in 'Marion'.)

Bis heute ist der Isolationstrakt ein fester Bestandteil des Knastes geworden, in dem 72 der 525 Gefangenen sitzen.

*) Er hatte nach der Konferenz 1962 die 'asklepieion society', eine Therapiegruppe, gegründet und ist Leiter des „Federal Center for Correctional Research" in Butner, North Carolina, in dem „Aktivisten und agressive Gefangene' aus einem 600 Meilen Umkreis zu Mustergefangenen geformt werden sollen. Gegen dieses Projekt demonstrierten damals (1974) ca. 10.000 Leute in Raleigh, N.C..

Marsch auf Paris

LARZAC: DER WIDERSTAND IST NICHT ER – LAHMT

Frankfurt 1.11.78 — *Von einem Mitarbeiter der ID-Internationalismusgruppe:*

"1970 beschloß die französische Regierung, ein Militärgelände auf dem Larzac-Plateau (Departement Aveyron) von 3000 auf 17000 Hektar zu vergrößern und damit etwa hundert florierende landwirtschaftliche Betriebe (Schafzucht, Milchproduktion zur Herstellung von Roquefort-Käse) verschwinden zu lassen.

1972 wurde von einer "unabhängigen" Kommission die "Gemeinnützigkeit" dieses Bauernsterbens zugunsten eines Armeegeländes festgestellt, daß unter anderem dazu dienen soll, waffennärrischen Potentaten der Dritten Welt die neuesten Schießgeräte der französischen Rüstungsindustrie vorzuführen. Im Angesicht des mit ebensoviel Phantasie wie Härte manifestierten Widerstands der Larzac-Bauern, der nicht nur eine regionale, sondern eine nationale Mobilisierung auslöste, wagte es die Regierung nicht, die Enteignung des Bauernlandes zu "gemeinnützigen" Zwecken einzuleiten. Von ihrer liberalen giscardianischen Zuckerseite her gesehen schien sie sogar Anstalten zu machen, den ganzen Erweiterungsplan fallenzulassen.

Doch die Gutgläubigen haben sich getäuscht. Im Herbst 78, acht Jahre nach Beginn der Larzac-Affäre und ein halbes Jahr nach dem für die Linke demoralisierenden Wahldebakel, sahen die Regierungsstrategen einen günstigen Zeitpunkt endlich zuzuschlagen. Dabei wollten sie taktisch besonders geschickt vorgehen: statt die Enteignung des ganzen Geländes anzuordnen, beschränkten sie sich mit dem am 28.9.78 veröffentlichten Erlaß auf zwei Larzac-Gemeinden, und zwar gerade jene, in denen die Larzac-Bauern die schwächsten Positionen haben (weil diese Gemeinden sich von mehr Militär mehr Geschäft versprechen.) siehe ID 252, Seite 30.

Die Regierung hatte sich aber ein weiteres Mal verrechnet. "Auf Regierungsseite war man von der spontanen und nichtsdestoweniger organisierten Reaktionen offensichtlich überrascht", heißt es in der neuesten Ausgabe der von den Larzac-Bauern herausgegebenen Zeitung "Gardarem lo Larzac".

"Im Departement haben wir eine Mobilisierung erlebt, die noch stärker war als vor sieben Jahren zu Zeiten Debres (des gaullistischen Verteidigungsministers unter Pompidou), als dieser ohne Umschweife erklärte: 'Ich habe entschieden'. "

Diese Reaktionen waren: Demonstrationen auf dem Larzac und in der ganzen Region, Hungerstreik von Larzac-Bauern in der Kathedrale von Rodez (dem Hauptort des Departements), Solidaritätserklärungen der Bauerngewerkschaft usw. Am 8. Oktober fuhren 150 Traktoren auf dem Larzac-Plateau auf, um in Gegenwart von 5000 Sympathisanten 40 Hektar zu pflügen, die der Armee gehören; der Ertrag der Ernte im nächsten Jahr soll unter anderem in eine Solidaritätskasse für arbeitslose und streikende Arbeiter fließen.

28. Oktober: Nationaler Aktionstag für das Larzac in ganz Frankreich. In über dreißig Städten (von Marseille bis Metz) Hungerstreiks und Demonstrationen (in Paris gingen dabei die Scheiben des Kulturpalastes "Centre Pompidou" zu Bruch).
Letzte Meldung: Auf dem Aktionstag gaben die Larzac-Bauern bekannt:

"Es ist soweit, es ist beschlossen: wir gehen. Das Ziel: Giscard selber. Und um ihm Zeit zum Nachdenken zu lassen, gehen wir zu Fuß. Die Bauern (bereits ein Dutzend von ihnen) haben sich neue Schuhe gekauft. Unterwegs werden wir zu allen Leuten und mit allen Leuten sagen, daß 'acht Jahre genug sind'. Zusammen mit allen Unzufriedenen werden wir von Giscard die Aufgabe des Erweiterungsplans verlangen!"

Das heißt: Larzacbauern und ihre Freunde werden im November 700 Kilometer zu Fuß nach Paris marschieren, um ihren Landsleuten klarzumachen, daß sie die Nase voll haben von dieser Regierung und dieser Armee!

Was wir hier für die Larzac-Bauern tun können: die Medien dazu zwingen, über die Larzac-Bauern und ihren Marsch zu berichten (Schreiben an Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen). Protestbriefe an Giscard d'Estaing (auf dem Larzac üben auch Bundeswehreinheiten). Abonnement der Zeitung "Gardarem lo Larzac" (Potensac, F-12 100 Millau, mit dem Vermerk "don de solidarite").
Malville- und Larzac-Freaks in der BRD, wacht auf!"

REPORTAGEN AUS PERU

Frankfurt/Lima
1. November

In Südamerika scheint die Phase der unumschränkten Herrschaft von Militärdiktaturen langsam ihrem Ende zuzugehen. In Bolivien, Brasilien, Peru und Ekuador haben dieses Jahr unter mehr oder minder repressiven Bedingungen Wahlen zu Parlament oder verfassungsgebender Versammlung stattgefunden und eine „Rückkehr zur Demokratie" eingeleitet.

Die Bedingungen, unter denen diese „Demokratisierungsprozesse" stattfinden, sind allerdings in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Das Spektrum reicht von Brasilien, wo bei relativ stabilen ökonomischen und sozialen Verhältnissen, die Frage nach der angemesseneren bürgerlichen Herrschaftsform gestellt ist, bis zu Peru, das in jeder Hinsicht in einer tiefen Krise steckt, was eine viel größere Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung wahrscheinlich macht.

Als Anfang Oktober dieses Jahres der 10.Jahrestag des Militärputsches anstand, nahm niemand mehr, nicht einmal die Militärs selbst, größer Notiz davon. Die „Revolution von oben" und der „dritte Weg" sind vollkommen gescheitert und die Militärs sind zur Zeit fast ohne jede soziale Basis. Für die Masse des Volkes haben die tiefgreifenden Strukturveränderungen der Wirtschaftsordnung nichts in Hinsicht auf verbesserte materielle Lebensbedingungen oder soziale Gerechtigkeit gebracht, dafür aber viel Repression, bis hin zum Massaker.
Industrie- und Agrarproduktion stagnierten oder sanken in den letzten jahren, aber der aufgeblähte Militär- und Polizeiapparat gönnte sich reichlich soziale Privilegien und kostspielige Waffenimporte. Die enorme Auslandsverschuldung und das Haushaltsdefizit hätten bereits zum Staatsbankrott geführt, wenn nicht der Weltwährungsfonds etc. Überbrückungskredite gewähren würde. Naütrlich nicht ohne bestimmte Bedingungen zu stellen, wie zum Beispiel Entlassungen im Staatsdienst, Abwertungen, Verteuerungen aller Grundgüter.

Für breite Schichten sind die Einkommen heute unter das Existenzminimum gefallen und Hunger, Unterernährung und Krankheiten nehmen rasch zu, ebenso Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Der Widerstand gegen diese Verhältnisse ist breit, vielschichtig und unterschiedlich in den Formen. Er reicht von den vielen Streiks in einzelnen Fabriken zu den monatelangen Streiks der Lehrer und Minenarbeiter, von einzelnen Landbesetzungen zu lokalen und nationalen Generalstreiks und dem Wahlvotum für linke Parteien.

Auch bei den bürgerlichen Schichten sind die Militärs wegen ihrer selbstgewährten sozialen Privilegien, ihrer Korruptheit und Unfähigkeit, einen Ausweg aus der Krise anzugeben, inzwischen weitgehend diskreditiert. Insofern besteht zur Zeit noch ein relativ breiter politischer Konsens, von links bis rechts, um zum perlamentarisch-demokratischen Herrschaftssystem zurückzukehren. Dieser Übergang wird aber für die herrschenden Klassen zunehmend riskant, da die soziale Bewegung zunimmt und innerhalb der linken Parteien und Gruppen ein Einigungsprozeß in Gang gekommen ist, der unter bestimmten Umständen gegenüber einer bis jetzt gespaltenen Rechten einen herrschaftsfähigen linken Block konstituieren könnte, einer Art peruanische Unidad Popular. Es gibt Einschätzungen, die einen Wahlsieg der linken Parteien bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahr für möglich halten.

Ohne sich auf irgendwelche Prognosen einlassen zu wollen, soll mit dieser Einleitung darauf hingewiesen werden, daß die Peru-Berichte, die im ID in den nächsten Wochen über die soziale und politische Situation veröffentlicht werden, von der Erwartung ausgehen, daß die politische Entwicklung im nächsten Jahr in Peru sich möglicherweise stark zuspitzt.

Der folgende Bericht aus der peruanischen Zeitung „Marka" vom 18.Oktober 78 beschreibt den Hintergrund und den Verlauf eines lokalen Generalstreiks in Pucallpa, der nach Iquitos einzigen weiteren größeren Stadt in den riesigen Urwaldgebieten Ostperus. Die Unfähigkeit der staatlichen Bürokratie dringend benötigte Versorgungseinrichtungen zu schaffen, löst in vielen Teilen Perus soziale Konflikte aus.
Das Taktieren zwischen Verrsprechungen und Repression gegenüber den Forderungen ist typisch für ihr Verhalten in vielen Konflikten, und ein wesentlicher Grund für die Diskreditierung der Militärs. Andererseits wird an dem Konflikt auch deutlich, wie unterschiedliche Klasseninteressen sich zur Zeit gegen die Militärregierung zusammentun:



foto (natürlich): 'Brot für die Welt'.

Pucallpa im Generalstreik

Der Chef der Entwicklungsbehörde des Departements ‚Loreto', General Franzisco Miranda, hatte dem Ultimatum der Gewerkschaft der Chauffeure von Pucallpa keine Beachtung geschenkt, in dem sie ihn ultimativ aufforderten, innerhalb von zehn Tagen in die Stadt zu Gesprächen zu kommen.

Die Chauffeure drohten mit unbegrenztem Streik. Sie forderten sofortige Instandsetzungsarbeiten auf der einzigen Zufahrtsstraße nach Pucallpa, und außerdem „die Asphaltierung unserer Straßen, Wasser und Abwasserleitungen und Licht".

Am 30.September waren die zehn Tage abgelaufen. Am 2.Oktober versammelten sich die zwölf Untergruppen der Gewerkschaft und räumten dem General eine neue Frist ein; diesmal 72 Stunden.

Am 5.Oktober um Mitternacht lief die Frist ab. Eine Minute später begann der Streik.

Der General Miranda fühlte sich langsam ungemütlich, aber er machte keinerlei Anstalten, sich aus Iquitos (Departementshauptstadt) fortzubewegen.

Der Streik der Chauffeure fand bei der Bevölkerung viel Unterstützung. Eine „Verteidigungsfront der Provinz Coronel Portillo" wurde gebildet, um die Hauptforderungen nach Asphaltierung der Straßen, Wasser und Licht nachdrücklich zu unterstützen. Innerhalb einer Woche wuchs sie und konsolidierte sich.

Sie war zunächst von 36 verschiedenen Gewerkschafts- und Bürgergruppen gegründet worden, danach integrierten sich auch die öffentlichen Angestellten, Studenten, Hafenarbeiter, Kneipiers und die Geschäftsleute, die sozialen Clubs und die Kirchengemeinden.
Es ging dann nicht mehr allein um die Forderungen der Chauffeure, sondern die gesamte Bevölkerung trat in den Kampf zur Verteidigung der Gesamtforderungen der Provinz „Coronel Portillo".

Die Hintergründe

In Pucallpa ist es nur möglich, sich in Sprüngen auf den Strassen fortzubewegen. Im Auto, im LKW oder auf dem Motorrad werden Hintern und Eingeweide von den Schlaglöchern ganz ordentlich in Mitleidenschaft gezogen.

Keine einzige Straße ist asphaltiert. Die einzige Zufahrtsstraße nach Pucallpa wurde 1944 gebaut und ist seitdem nicht mehr repariert worden. Es gibt Stellen, die quasi unpassierbar sind.
Das Wasserwerk kann an sich nur 2000 Verbraucher (bei über 20.000 Einwohnern) versorgen und die Beleuchtung ist äusserst unzureichend.

Zuerst versuchte es die Bevölkerung von Pucallpa mit Petitionen bei allen möglichen Behörden, dann verlor sie den Glauben in die vielen Versprechungen und begann zu kämpfen.
Der Anfang war nicht leicht.

Im Oktober 1975 gründeten die verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen die „Vereinigte Front zur Verteidigung der Interessen des Volkes" (FUDIP). Aber sie existierte nur kurze Zeit. Am Tag, als die Arbeiter die Stadtverwaltung besetzt hatten, ließ sie der General Galves Velarde, der Chef der V.Militärregion, von seinen Soldaten wieder herausprügeln. Anschließend ließ er die Bevölkerung zu einer großen Versammlung zusammenrufen, um mit ihr über die Probleme Pucallpas zu diskutieren. Aber mittendrin ließ er die Menschenmenge mit Gummigeschossen zusammenschießen.

Die Einschüchterung erreichte ihren Zweck. Von diesem Zeitpunkt an sprach niemand mehr von der „Front".

Aber die Probleme bestanden weiter und nach einiger Zeit nahmen die Gewerkschaften und die Bewohner der „Jungen Dörfer" (Pueblos Jovenes – peruanische Bezeichnung für die Elendsviertel) den Kampf wieder auf. Schließlich reiste sogar Präsident Morales Bermudez nach Pucallpa.

Die Versprechungen von Morales

Am 8.November 1976 lauschten 5000 im Kino ‚Rex' von Pucallpa den Versprechungen des Präsidenten:
„Im Namen der hier anwesenden, revolutionären Regierung, verspreche ich Ihnen feierlich, daß wir uns verpflichten, im nächsten Jahr 20 km Straße für Pucallpa zu bauen".

Es vergingen Monate und schließlich rückte der Jahrestag der Präsidentenrede heran, ohne daß die Straßenbaumaschine in Pucallpa gesichtet worden wäre. Die Chauffeursgewerkschaft beschloß den Jahrestag des unerfüllten Versprechens feierlich zu begehen und lud die Bevölkerung zu einer Bewohnerversammlung ein, bei der die Tonbandaufnahme der Präsidentenrede noch einmal abgespielt wurde. Ein Orkan von Pfiffen ging über den Plaza San Martin.

Es blieb nich ohne Auswirkungen. Vier Tage später reiste Campodonico Hoyos, der Gesundheitsminister, an und verkündete den unmittelbaren Beginn der Asphaltierungsarbeiten. Er sagte auch, daß er einen Scheck von 40 000 Soles mitbringe, der die Finanzierung der Arbeiten sicherstelle.

Tatsächlich wurden auch Maschinen einer Baufirma gebracht und führte einige Kanalverlegungsarbeiten aus. Aber bereits nach vier Monaten begann die Baufirma im Morgengrauen die Maschinen nacheinander wieder abzuziehen und im März 78 war von ihr keine Spur mehr zu sehen.

Nach diesem neuerlichen Reinfall aktivierte sich zum dritten Mal eine „Verteidigungsfront". Aus 16 Gewerkschaften bildete sich ein Kampfkomitee, das besonders während der Unterstützung für den Lehrerstreik ; vom Mai bis Juli 78 - bei vielen Kampfbereitschaft weckte.

Der Generalstreik wird organisiert

Der erste Aktion der „Front" bestand darin, am Sonntag, den 8.Oktober eine große Volksversammlung zur Unterstützung der streikenden Chauffeure zusammenzurufen, in der Absicht, sich selbst am Streik zu beteiligen.
Anwesend waren auch die Geschäftsleute, die Mitglieder des „Club de leones (eine Art Wohltätigkeitsclubs honoriger Bürger) desgleichen der Rotary-Club, Vertreter der Ärztevereinigung, der Ingenieure und aller anderer Gruppen der „Verteidigungsfront von Coronel Portillo".

Auch die CTP-aprista (quasi gelbe Gewerkschaft, von der APRA kontrolliert) war mit ihren 14 Untergruppierungen anwesend. Ihr Generalsekretär, Santamaria, propagierte die Gründung einer anderen ‚Front' neben der, die bereits existierte, aber die meisten Anwesenden wiesen den Vorschlag als opportunistisch zurück.

Schließlich beschlossen alle Organisationen, sich der bestehenden „Front" anzuschließen. Am Mittwoch, den 11. Oktober wurde in Anwesendheit der Delegierten von 54 Gruppierungen die „Front" auch formal konstituiert. Sie ernannten zehn Vorsitzende, Generalsekretär wurde Manuel Vasquez Valera von der SUTEPCOP (Lehrergewerkschaft).

Die Bevölkerung, die der Konstituierung beigewohnt hat, drängte auf Streik. Er begann am nächsten Tag.

Postvertriebsstück ID Nr. 254... Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

3842 W 3

ROTE FAHNE
ZENTRALORGAN
KAMEKESTR. 19

D-5000 KOELN 1

Achtung liebe Abonenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

Ökologie

Münster:	Wie aus einem schnellen Brüter eine Plutoniumvernichtungsanlage wurde	11
Gorleben:	Weitere Pflanzaktion	13
Hannover:	Gorlebenaktionstag	13
Hamburg:	Diskussion um den Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage Gorleben	13
Münster:	Aktionsvorschläge zu Gorleben	14
Berlin:	Da liegt ein Faß, wo draufsteht: Gift, radioaktiv!	14
Göttingen:	Straßensperre: Ein Lehrstück für die Polizei	15
Frankfurt:	Menschenteppich vor der Lurgi GmbH	16

Medien und Zensur derselben

Braunschweig:	*Die Alternativpresse und die tageszeitung*	*17*
Frankfurt:	*Kleine Antwort der tageszeitung*	*18*
Bremen:	*Ganz groß das Kleinwerden schaffen Ein Leserbrief*	*18*
Oldenburg:	*500 Zeitungen sind sogar sehr günstig*	*29*
Berlin:	Zum Agit-Drucker-Prozeß: Berufsverbot für Staatsanwälte?	31
Saarbrücken:	Prozeß gegen die Saarbrücker Stadtzeitung	31
Frankfurt:	Gemeingefährliche Bestrebungen Ein neuer Zensurfall beim WDR	32
Karlsruhe:	Plakat zum Bullenprozeß gegen die Stadtzeitung	33
Münster:	Schülerzeitungszensur	34
Köln:	Zensurprozeß	34
Marburg:	Anklage wegen Verbreitung der „Dokumentation-der Tod Ulrike Meinhofs"	34
Berlin:	Zum Buback-Nachruf-(Herausgabe)-Prozeß	34

Frauen

Frankfurt	Bedrohen Rechtsradikale den Frauenbuchladen	36
Köln	Kongress feministische Theorie und Praxis in sozialen und pädagogischen Berufsfeldern	36
Neu-Isenburg	Vergewaltigung auf Teneriffa	36

Internationales

Frankfurt:	Wie gehts weiter im Iran	39
Frankfurt:	Erfahrungen mit der kapitalistischen Hochschulreform, Bericht aus Berkeley	40
Dortmund:	An alle die in den USA waren	41
London:	Kongress zur Repression in der BRD	42
Wien:	Gefangenenhilfsorganisation darf Waltraud Book nicht besuchen	42
Frankfurt/ Paris:	Kriminalisierung linker Anwälte	42
Frankfurt:	Todesschwadron in Guatemala	43
Osnabrück:	Italien-Symposion *dortselbst*	43
Frankfurt/ Düsseldorf:	Die Situation der Gefangenen in den USA	43
Frankfurt:	Larzac-der Widerstand ist nicht erlahmt	44
Frankfurt/ Lima:	Reportagen aus Peru	45

Die Bevölkerung übernimmt die Kontrolle ihrer Stadt

Es begann eine außergewöhnlich und manchmal auch sehr schöne Erfahrung. Junge, Alte und Frauen mit der roten Armbinde der Front überwachten den Verkehr, den Handel und die Beförderung von Lebensmitteln, während die Delegierten ihre 15-Punkte-Forderung diskutierten. Die ganzen Geschäfte in den wichtigen Straßen im Zentrum waren den ganzen Tag geschlossen. Niemand arbeitete in den Fabriken, den Verwaltungsbüros und den Schulen. Am zweiten Tag des Streiks hatte die „Front" ihren Forderungskatalog erarbeitet.
Sie forderte außer der Asphaltierung der Zentrumsstraßen und der Überlandstraße, Elektrizität, Wasserleitung und Abwasserkanal, einen Flußhafen, eine Universität, ein Krankenhaus, die Lösung der Probleme der Bauern, Preiskontrolle für die lebensnotwendigen Güter, die Schaffung eines eigenen Departements Ucayali, Schutz für die Produktion der Provinz und die Einrichtung eines autonomen Entwicklungsbüros mit einem Fonds aus den Steuereinnahmen der Zone.

Der Streik geht weiter

Niemand erwartete mehr den General Miranda Varagas in Pucallpa. Trotzdem kam er am Montag, den 16.Oktober. Er kam aus Lima, wo er mit verschiedenen Ministern und dem Präsidenten geredet hatte. In seiner Begleitung kamen die Regionaldirektoren von verschiedenen Ministerien.

Miranda verkündete über Radio die Investitionsprojekte der Departementsentwicklungsbehörde für Pucallpa und führte anschließend mit der „Front" Gespräche im Hotel Mercedes. Er machte Angebot über Angebot.

Die Verhandlungen zogen zwei Tage lang hin. Aber der General konnte keine konkreten Lösungen angeben, sondern blieb bei mehr oder minder allgemeinen Versprechungen. Am Montagabend verfolgte eine riesige Menschenmenge vor dem Hotel die Verhandlungen und war immer mehr davon überzeugt, daß sich nichts verändern würde. Der Streik ging weiter.